

In diesem Falle ist den gegen Kündigung eingestellten betroffenen Arbeitern am 12. Mai zu kündigen, so daß dieselben mit den übrigen betroffenen Arbeitern am 26. Mai entlassen werden können. (Gezogene Kündigung.)

8. Der Bezirkverband für Bayern verpflichtet sich unter der Voraussetzung, daß die Abmachungen unter I und II erfüllt werden, und dadurch ein Erfolg nicht erzielt wird, ab 31. Mai ebenfalls vorläufig 30 Prozent der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlassen, wobei von der Entlassung ausgeschlossen bleiben sollen Mitglieder von Arbeiterverbänden, welche sich grundsätzlich als Gegner der Streikorganisationen bekannt haben, auch wenn deren Anzahl bei einem Werke 70 Prozent überschreiten sollte.

4. Die Verbände haben die unter Punkt I, II und III von ihnen geforderten schriftlichen Erklärungen umgehend, spätestens bis zum 10. Mai bei dem Gesamtvorstand einzureichen.

Der heutige Tag wird endgültige Klarheit darüber schaffen, ob die Unternehmer gewillt und entschlossen sind, diese Pläne durchzuführen. Ist das der Fall, dann muß er Massenkündigungen bringen. Behauptet wird, daß in der gestrigen Sitzung der Scharmacher nur „gleichgültige“ Angelegenheiten erörtert worden seien. Wie dem auch sei: Die Arbeiterchaft ist gerüstet, den Schlag des Unternehmertums zu parieren. Der Metallarbeiter-Verband hat in Erwartung desselben bereits eine Ertragssteuer für seine Mitglieder ausgeschrieben und Vorbereitungen für die glatte Abwicklung des Mitglieder-Aufnahme-Geschäftes getroffen, da die Scharmacher ihm durch ihre Machinationen die Unorganisierten geradezu zutreiben.

Wie der Kampf auch ausfallen möge, am letzten Ende geht jedesmal die Arbeiterchaft kräftiger und selbstbewußter aus demselben hervor. Hat man aus der Berliner Mafiseier nicht gelernt?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai.

Erbschaftsteuerhader.

Wie das Zentrum kirchlichen Interessen alles zum Besten zu wenden sucht, dafür hat es bei der Kommissionsberatung über das Erbschaftsteuergesetz einen neuen Beitrag geliefert, als es die den Kirchen zufallenden Erbschaften nur mit 5 Prozent zu besteuern beschloß und mit den Kompromißparteien dies auch durchsetzte.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte dagegen heute im Plenum, den Steuersatz auf 10 Prozent zu erhöhen. Genosse Bernstein begründete diesen Antrag.

Außerdem lagen noch zwei weitere Anträge vor. Die Janatifer und Pfaffenlieder des Zentrums unterstützten einen Antrag des Abgeordneten v. Savigny, der den Steuersatz für kirchliche Erbschaften von 5 auf 4 Prozent herabsenken wollte, während ein Antrag des freisinnigen Abgeordneten Müller-Reinigen aus dem betreffenden § 14 die Worte „kirchliche Interessen“ streichen wollte, so daß die von der Kompromißmehrheit zugunsten der Kirchen konstruierte Ausnahme fortgefallen wäre.

Für den Antrag Savigny stimmte nur das Gros des Zentrums; Spahn und eine Anzahl seiner Getreuen hielten an dem Kompromiß fest, der Antrag fiel also. Die namentliche Abstimmung über den Antrag Müller-Reinigen brachte jedoch ein erweiterndes Intermezzo. Der Präsident Baasche verkündete, der Antrag sei mit 133 gegen 113 Stimmen angenommen. Während große Bewegung darob entstand, stellte sich die falsche Aufrechnung der Schriftführer heraus, so daß nach nochmaliger Aus- und Zusammenzählung der Antrag als mit 171 gegen 75 Stimmen abgelehnt verkündet werden mußte.

Nach § 15 des Gesetzes sollen der Landesfürst und die Landesfürstin von der Erbschaftsteuer befreit sein. Unsere Fraktion beantragte die Streichung des § 15 und Genosse Bernstein begründete dies mit unserer prinzipiellen Auffassung, die alle Privilegien bekämpft. In der Steuerkommission hatte anfänglich ein Teil der Kompromißmehrheit eine oppositionelle Anwendung und stimmte in der 1. Lesung mit der Linken für die Beseitigung dieses fürstlichen Privilegiums, in der 2. Lesung der Kommission erfolgte der Umfall. Bei diesem Umfall verblieb die Kompromißmehrheit. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 143 gegen 75 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die vormärzliche Art, mit der der Schatzsekretär v. Stengel den Antrag bekämpfte, wurde vom Abgeordneten v. Gerlach scharf charakterisiert.

Fand das Zentrum die Unterstützung der Junker für die Ausnahmebestimmung zugunsten der Kirche, so unterstützte das Zentrum die Ausnahmebestimmungen zugunsten der Agrarier und Junker im § 17. Eine von den Abgeordneten Wier und Genossen beantragte Änderung, die eine Einschränkung des agrarischen Privilegiums beabsichtigte, wurde abgelehnt, der Paragraph nach den Kommissionsvorschlägen angenommen. Auch § 18 enthält im 2. Absatz gleiche agrarische Privilegien. Ein vom Genossen Stolle vertretener sozialdemokratischer Antrag, diesen Absatz zu streichen, wurde abgelehnt.

In schneller Reihenfolge wurden dann alle weiteren Paragraphen ohne wesentliche Debatte nach der Vorlage angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, nach Einführung der Erbschaftsteuer die Steuer auf Salz und Petroleum aufzuheben, wurde vom Genossen Bernstein kurz begründet. Auch dieser Antrag wurde — ohne Debatte — gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dann wurde die 2. Lesung des Gesetzes geschlossen.

Sonnabend: Diätenvorlage; Stempelsteuer; Mantelgesetz.

Die Beratung der Steuergesetze.

Im Abgeordnetenhaus wurde der größte Teil der Freitagsung durch die Beratung der Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz ausgefüllt. Im wesentlichen erfolgte die Annahme der einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen der Kommission, die in mancher Hinsicht nicht unbedeutende Steuererleichterungen für die Besteuerten bedeuteten. Die Versuche einer Reihe von Mitgliedern des Hauses, noch weitere Vorteile herauszuschlagen, scheiterten an dem Widerspruch der Regierung. So erklärte der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben unter anderem einen Zentrumsantrag als unannehmbar, der bei landwirtschaftlichen Grundstücken die Bemessung des Wertes, zu dem sie zur Ergänzungsteuer herangezogen werden, den Ertragswert zugrunde legen will. Die Folge davon wäre einmal eine Belastung des kleinen bäuerlichen Besitzes zum Vorteil des Großgrundbesitzes und zweitens die Steuerfreiheit für eine ganze Reihe

von Gütern — Auzugsbütern, die tatsächlich keinen Ertrag geben und großen Gütern, für die der Besizer keinen Ertrag herausrechnet! Der Antrag wurde abgelehnt, aber daß er überhaupt gestellt werden konnte, ist typisch. Er kennzeichnet die Bauernfreundlichkeit, deren sich das Zentrum nicht genug rühmen kann.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein freisinniger Antrag auf Quotifizierung der Einkommensteuer, d. h.: die Einkommensteuer sollte Jahr für Jahr je nach dem Staatsbedarf berechnet und im Staatshaushaltetat sollte dann festgesetzt werden, wieviel Monatsraten der veranlagten Einkommensteuer für das betreffende Staatsjahr zur Erhebung kommen. In früheren Jahren hatten sich auch die Nationalliberalen und das Zentrum, ja sogar die Freikonfessionen für den Antrag erklärt, der das Einnahmenbewilligungsrecht des Landtags erheblich erweitert. Diesmal sprachen sie sich unter dem richtigen Einwand, daß man eine so hochpolitische Frage nicht mit der verhältnismäßig unbedeutenden Vorlage verknüpfen solle, dagegen aus. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Regierung kommt also nicht in die Lage, ihre Drohung wahrzumachen und der ganzen Vorlage ihre Zustimmung zu verjagen.

Eine zu dem Gesetz eingebrachte freisinnige Resolution auf Änderung des Kommunalabgabengesetzes wurde im Einverständnis mit den Antragstellern bis auf weiteres zurückgestellt.

Die noch auf der Tagesordnung stehende Interpellation betr. die Ausweisungen russischer Staatsangehöriger wurde auf Sonnabend verlegt. Nur noch einige kleinere Vorlagen wurden beraten, darunter die betr. Vereinstellung weiterer Mittel für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von staatlichen Beamten und Arbeitern. Diese Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen.

Auf einen Schelmen anderthalbe.

Die Sozialdemokratie bekämpft auf das entschiedenste die Herabwürdigung der Volksschule, wie sie durch die offiziell gebildete und geförderte religiöse Verflechtung der Schule und durch die Züchtung hurra patriotischer Beschränktheit herbeigeführt wird. Wir wollen, daß man den in der Entwicklung zum selbständigen Denken befindlichen kindlichen Geist respektiere, daß man ihn nicht auf Abwege lenkt, daß man vielmehr alle im Kind schlummernden geistigen Kräfte und Fähigkeiten weckt und auf die richtige Bahn lenkt. Das Kind hat ein Recht darauf, von der Gesellschaft eine an Vorurteilen freie Erziehung zu beanspruchen. Welcher politischen oder religiösen Partei sich das Kind später, wenn es erwachsen ist, anschließen wird, darüber ist in der Kindheit keinerlei Zwang auszuüben, darüber hat der heranwachsende und damit zum selbständigen Denken befähigte und befugte Mensch selbst zu entscheiden.

Wir wünschen aus diesem Grunde auch keineswegs, daß die schulpflichtigen Kinder schon zu Sozialdemokraten gepredigt werden; es genügt uns, daß sie von ihren Eltern vorurteilslos und zu logischem Denken erzogen, daß sie zur Freiheitsliebe, zum Unabhängigkeitsstolz, zur Begeisterung für Wahrheit und Gerechtigkeit angeleitet werden. Wir machen es ferner jedem Sozialdemokraten zur Pflicht, durch sein persönliches Verhalten seinem Kinde das rühmlichste Beispiel zu geben, damit die Kinder gern dem Vorbilde ihrer Väter und Mütter folgen und zugleich Hochachtung vor den Idealen und den Bestrebungen ihrer Eltern bekommen. Wir sind keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß so erzogene Kinder von selbst, ohne künstliches dazu zu tun, die Wege einschlagen werden, die zur Partei führen. Sind die Kinder erst der Schule entwachsen, so wird und muß die Partei in Zukunft mehr als bisher auf sie Einfluß zu gewinnen suchen. Voraussetzlich wird der diesjährige Parteitag sich mit dieser Frage beschäftigen.

So wenig wir aber geneigt sind, die schulpflichtige Jugend durch künstliche Mittel und durch Zwang für unsere sozialdemokratischen Ideen, so hoch wir diese auch immer schätzen, zu dressieren, so sind wir doch noch weit weniger bereit, uns widerstandslos die gewalttätige, mißbräuchliche Beeinflussung unserer Kinder im hurrapatriotischen und religiösen Sinne, wie dies die heutige Volksschule besorgt, gefallen zu lassen. Die sozialdemokratischen Eltern haben in dieser Beziehung bisher eine bewundernswürdige Portion Langmut bekundet, und es ist ein Beweis für die große Achtung, die die Arbeiterchaft selbst der heutigen unvollkommenen und schlecht eingerichteten Volksschule entgegenbringt, daß sie bis jetzt keine ernstlichen Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Volksschule zu politischen und religiösen Herrschaftszwecken getroffen hat.

Wenn die gegenwärtig der zweiten Lesung im Plenum entgegengehende preussische Schulvorlage Gesetzeskraft erlangen sollte, so wird dieser Mißbrauch der Volksschule durch die herrschende konservativ-keritale Reaktion noch in erheblichem Maße steigen. Besonders der religiöse Memorierstoff wird vermehrt und den Kindern noch hochstufengerechter als bisher eingebläut werden. Wir sind der Meinung, daß die preussische Arbeiterklasse diese ihr bewußt und aus Gründen politischer Befähigung angebotene Herausforderung in einer Weise beantworten muß, die der Reaktion keine Freude macht. Haben die sozialdemokratischen Eltern bisher oft genug Heber ein Auge zugebracht, wenn ihre Kinder mit historischen und kirchlichen Räubergeschichten aus der Schule aufwarteten, um Schule und Lehrer nicht in den Augen der Kinder herabzusetzen, so werden die sozialdemokratischen Eltern in Zukunft diese Rücksicht fahren lassen und statt dessen durch entsprechende Auffklärung der Kinder die geistverblöbenden Einwirkungen der Volksschule aufzuheben suchen. Das ist gewiß keine angenehme und keine leichte Aufgabe, weder für die Eltern noch für die Kinder. Aber sie kann beiden Teilen durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden. Die Partei kann für die Eltern wie für die Kinder aufklärende Schriften schaffen; sie kann eine Zeitschrift zur Belehrung der Eltern über erzieherische Fragen und besonders über die Aufgabe, dem Hurrapatriotismus und der religiösen Gehirnerkaltung entgegenzuwirken, herausgeben und ebenso eine entsprechende Zeitschrift für die Kinder, für die ja bereits wertvolle Vorarbeiten vorliegen.

Derartige positive Gegenwirkung gegen die beabsichtigte Schulverfassung in Preußen wird uns durch den Liebermut der Reaktion ungenötigt. Glaubt die vereinigte Klerisei, Junkerei und Pludmacherei uns einen Schelmen spielen zu können, so wollen wir wie in früheren Fällen beweisen, daß wir auf einen Schelmen mindestens anderthalbe setzen können.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Wien.

Aus Wien wird uns vom 10. Mai geschrieben: Die Wiener Sozialdemokratie hat gestern einen ihrer größten Wahlsiege erkämpft. Zwar war es nur eine Gemeinderatswahl, und materiell beschränkt sich der Wahlsieg darauf, daß die Partei die bisher umgekehrten drei Gemeinderatsmandate behauptet und vier neue erobert hat. Was das aber wirklich bedeutet, kann nur

begriffen werden, wenn man sich das Wahlsystem vergegenwärtigt, aus dem der Wiener Gemeinderat hervorgeht. Die Wiener Gemeindevertretung besteht zwar aus 165 Mitgliedern, aber dennoch sind die 21 Mandate, die der vierte Wahlkörper vergibt, eine Vertretung der ganzen Stadt, bedeuten also die sieben Mandate, die gestern die Sozialdemokratie erobert hat, innerhalb der Mandatszahl ein Drittel der Stadt. Es wird nämlich in Wien in Wahlkörpern gewählt und zwar derart, daß die drei ersten Wahlkörper Bestimmung der Privilegierten sind, wogegen der vierte Wahlkörper, eine Nachahmung der fünften Kurie im Staat, die Wahl des allgemeinen Stimmrechtes bedeutet. Während aber jeder der drei alten Wahlkörper 48 Mandate vergibt, entfallen auf den allgemeinen nur 21 Mandate — für jeden Stadtbezirk eins. So kommt es, daß bei der gestrigen Wahl im vierten Wahlkörper, wo von 165 Mitgliedern der städtischen Vertretung nicht mehr als 21 gewählt wurden, zur Wahl nicht weniger als 360 000 Wähler angerufen waren — die größte Wählerzahl, die es in Wien bei einer Wahl jemals gegeben hat. Die abgegebenen Stimmen verteilten sich auf die Wiener Parteien so, daß die Christlich-sozialen 110 000, die Sozialdemokraten 98 000 erhalten haben. — Wenn wir also auch nur ein Drittel, die Gegner zwei Drittel der zur Wahl stehenden Mandate erobert haben, so steht es mit dem eigentlichen Inhalt der Wahl so, daß die Sozialdemokratie in Wien dem einst fast allmächtigen Regime ganz nahegerückt ist, daß sie auch bei der Gemeinderatswahl, wo das Wahlrecht an eine dreijährige Sechsjährigkeit gebunden ist, die Hälfte der Wiener Wähler für sich hat.

Behauptet wurden gestern die großen Arbeiterbezirke Favoriten, Ottakring und Floridsdorf, wo die bisherigen Gemeinderäte Neumann, Schuhmeier und Schlinger mit ganz gewaltigen Majoritäten gesiegt haben — obwohl sich Luegers Größtewahn eingebildet hatte, mit den ihm so unbehaglichen Sozialdemokraten bei dieser Wahl „kurzen Prozeß“ machen zu können.

Die ungünstig das Wahlsystem ist, geht ausreichend aus der Tatsache hervor, daß Schuhmeier über 13 000, Neumann über 10 000 Stimmen erhielt — was sicherlich bei Wahlen in der Gemeinde ganz ungewöhnliche Stimmzahlen sind. Daß außer in Wien ein Gemeinderat, um gewählt zu werden, 10 000 Stimmen braucht und daß fast hunderttausend Stimmen nicht mehr als sieben Mandate bringen, kommt sicherlich sonst nirgends vor. Erobert wurden die Bezirke Brigittenau, Margarethen, Rudolfsheim und Reidling — durchaus Arbeiterbezirke, wo man überall schon oft dem Siege nahe war, ihn aber bisher bei keiner Wahl erreichen konnte. Um so größer ist diesmal die Genugtuung! Gewählt wurden die Genossen Binarsky, Domes, Staret und Wutschel — tüchtige und bewährte Kräfte der Partei. Was die Wiener Siege an Mühe und Arbeit kosten, kann nur ermesen, wer diese Wiener Christlichsozialen kennt. Es gibt wohl nirgends in der bürgerlichen Welt eine Partei mit dieser Agitationskraft, mit dem Eifer, wie er den Mannen Luegers eigen, die überdies an dem beispiellos populären Führer eine bisher nie versagende Zugkraft besaßen. Dazu kommt noch, daß die Wahlbehörde (der Magistrat) völlig in ihrer Hand ist und zum Dienst der Partei scrupellos gebraucht wird. So bedeutet der Sieg über diesen Gegner den unaufhaltsamen Fortschritt der Partei, ist er Frucht und Wirkung des großen Wahlrechtskampfes, der die Arbeiterchaft bis in ihre Tiefen ausgerüttelt und mit Klassenbewußtsein und Kampfesmut erfüllt hat. Es geht überall vorwärts in Oesterreich und auch in dem Lueger-Wien. . . .

Deutsches Reich.

Der Erfurter Aufreizungsprozeß.

Die „Tribüne“, unser Erfurter Bruderblatt, überschreibt ihre Betrachtungen über das Urteil gegen ihre Redakteure v. Lojewski und Klaus „Der bürgerlichen Justiz aufreizendes „Aufreizungs“-Urteil gegen die „Tribüne“ und sagt dann u. a.:

„Das Brandmal eines politischen Tendenzprozesses hatte ihn die Staatsanwaltschaft 58 mal selbst auf die Stirne gedrückt, 46 der geschlagenen Stunden lang zwang sie den Gerichtshof, 46 Artikel — auf 12 wurde verzichtet — wörtlich zu verlesen, die beweisen sollten, daß die „Tendenz“ der „Tribüne“ sei, „alles in den Rot zu ziehen, was dem Deutschen heilig sei.“ Die nicht strafbare Tendenz sollte zur Erklärung und Verurteilung führen! Unter Kollege v. Lojewski, der fünf der Anklagen zu tragen hatte, betonte sehr richtig, daß es gut war, die Artikel zu verlesen, die Öffentlichkeit könne sich dadurch wenigstens ein Urteil bilden, daß die „Tribüne“ nicht zu Gewalttätigkeiten „aufreizt“, sondern zur Gerechtigkeit auffordert. Doch hatte sich unser Kollege insofern getäuscht, als er annahm, die Verlesung würde auch den Richtern die gleiche Erkenntnis bringen. Die Herren haben den ungläublichen Debatten des Staatsanwalts — eine nicht befremdliche Erscheinung in Erfurt — Folge geleistet und zum Teil auf ein noch höheres Strafmaß erkannt, als der Vertreter der Ordnung herbeisehnte.

Doch man gebe sich nicht etwa der Täuschung hin, daß die Arbeiterklasse auch nur einen Augenblick glaubt, unsere Verantwortlichen seien „zu Recht“ verurteilt! Die Arbeiterklasse besitzt historischen Eifer genug, um zu wissen, daß die politischen Prozesse aus den politischen Herrschaftsinstitutionen der Bourgeoisie zu erklären sind. Ist doch der beachtete § 130 allein schon ein politischer Paragraph, geboren aus der politischen Reason der herrschenden Klasse. Noch jede Herrschaftsform hat ihre nackten Interessen mit dem Schein des Rechts umkleidet und ihre Interessen in Paragraphen gegossen. Christus, Luther, Thomas Münzer, die Führer der Reformation, der französischen Revolution usw. mußte noch jede herrschende Klasse als „Heber“, als „Vollstreckung“ kreuzigen, säuhen, vogelfrei erklären, verbrennen, genau so wie die heutige herrschende Klasse die Vertreter des neuen Gedankens, der neuen Kulturperiode ins Gefängnis werfen muß. Die harten Urteile adeln nur das Ringen der unterdrückten Klasse und geben der neuen sozialen Umwälzung ihre jetzt schon erkennbare weltgeschichtliche Bedeutung. Die Freudenreichen der Bourgeoisie, die um die politischen Urteilschläge von Breslau und Leipzig aufgeführt wurden, und die um das Erfurter Urteil ihre Fortsetzung finden werden, liefern überdies die Befähigung dafür von der kompetentesten Seite.“

Nationalliberale Volkstänke.

Stuttgart, 9. Mai. (Eig. Ber.)

Am Sonntag fand in Ehlingen die Generalversammlung des württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins statt, von der an dieser Stelle nur eines besonders interessanten Umstandes wegen Notiz genommen zu werden braucht. Vor zwei Jahren bereits hatte der Verein an den Landtag eine Eingabe gerichtet, worin er diesen aufzuredete, auf die Regierung einzuwirken, daß sie im Bundesrat für die Aufhebung des Reuzenszwanges für die Presse eintrete. Diese Eingabe ist bis heute im Landtag noch nicht zur Verhandlung gelangt und darüber beschwerte sich der Vorsitzende des Vereins am Sonntag mit Recht. Er gebrauchte dabei sehr energische Worte, sagte, daß er es für unmöglich halte,

daß die Kammer einen Wunsch, auf den sich die Beteiligten mit solcher Einmütigkeit vereinigen und hinter dem die württembergische Presse jeder Parteilichung stände, nicht berücksichtigen wolle. Sehr mannhaft fürwahr und sehr entschieden zugunsten der Aufhebung des Zeugniszwanges!

Der Zufall will es, daß erst vor ganz kurzer Zeit im „Schwäbischen Merkur“, dem Hauptorgan der württembergischen Nationalliberalen, das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen ein sozialdemokratisches Blatt besprochen wurde, wobei der ehrenwerte „Merkur“ erklärte, daß in diesem Falle dem Staatsanwalt auch aus der Anwendung der sonst nicht zu billigen Zeugniszwangshaft kein Vorwurf gemacht werden könne, wenn es auf andere Weise nicht möglich sei, den wüsten Ton des sozialdemokratischen Blattes zum Verschwinden zu bringen!

Das ist ein wahres Kabinettstückchen „russischer“ Auffassung vom Begriff der Pressefreiheit. Und nun das Mirakel! Der Mann, der auf der Generalversammlung am Sonntag so mutig für die Aufhebung des Zeugniszwanges eine Lanze brach, heißt Adolf Keller und ist — politischer Redakteur am „Schwäbischen Merkur“! Auch die übrigen Redaktionsmitglieder dieses Blattes sind Mitglieder des Journalistenvereins und stehen „einmütig“ hinter den Worten ihres Vorgesetzten.

Ist es nicht erquickend zu sehen, daß die Sorte derer, die wir sprechen links und können schreiben rechts, noch immer nicht ausgestorben und nicht nur in alten Lustspielen, sondern auch in der nationalliberalen Presse von heute anzutreffen ist? —

Der neue Eisenbahnminister. Wie vor einigen Tagen bürgerliche Blätter zu wissen behaupteten, hätte der verforderte Eisenbahnminister Sudde vor seinem Tode den Eisenbahnbezirgspräsidenten Breitenbach als seinen Nachfolger empfohlen und seine der Kaiser geneigt zu sein, diesem Rat zu folgen. Die Meldung findet durch eine heute abend vom Volkischen Bureau verbreitete Telegramm seine Bestätigung. Breitenbach ist heute vormittag von Wilhelm II. in Straßburg i. E. empfangen und darauf zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. In politischer Hinsicht ist Breitenbach eine unbekannte Größe. Was er ist und bedeutet, muß erst noch die nächste Zeit lehren. —

Beförderung.

Landgerichtsdirektor Raudisch in Leipzig ist in das Oberlandesgericht in Dresden befördert worden. Der genannte Richter war Vorsitzender in der bekannten Verhandlung gegen unseren Genossen Redakteur Heimg, die mit dem Aufsehen erregenden Urteil von 21 Monaten Gefängnis, verhängt gegen die Tendenz der „Leipziger Volkszeitg.“, am 12. Februar in erster Instanz endete. Während das Urteil noch in der Revisionsinstanz schwebt, ist die Beförderung erfolgt. Wenn politische Tendenzprozesse als Sprungbrett zur Beförderung der mit der Aburteilung betrauten Richter dienen, so liegt in der Beförderung eine direkte Aufmunterung zur Klassenjustiz. Ob der Leipziger Tendenzprozess der Grund zur Beförderung nach Dresden war, entzieht sich unserer Kenntnis. Die naheliegende Möglichkeit einer solchen Annahme wäre ausgeschlossen, wenn die Unabhängigkeit der Richter durch ein gesetzlich festgelegtes Beförderungssystem sicherer als heute gelegt wäre. —

Rosa Luxemburg.

Die Blätter vom Schlage der „Täglichen Rundschau“, Deutsche Tageszeitung“, „Staatsbürger-Zeitung“ u. dergl. hatten behauptet, unsere Genossin Rosa Luxemburg sei nach russischem Staatsrecht in Rußland geblieben, da nach „russischem Staatsrecht“ eine Russin durch Heirat mit einem Ausländer ihre russische Staatszugehörigkeit nicht verliere. Wir hatten darauf hingewiesen, daß die staatsrechtliche Behauptung des konservativen und antisemitischen Klüngels selbstverständlich der Wahrheit widerspricht und offenbar nur aufgestellt war, um Rußland zu einer völlerrechtswidrigen Vorgehen gegen unsere Genossin aufzuföhren. Die „Petersburger Zeitung“ bestätigte dann, daß der Staatsrechtssatz, den das konservative und antisemitische Geschmeiß aufgestellt hatte, niemals russischen Rechts gewesen ist. Die „Tägliche Rundschau“ gibt jetzt selbst ihre trübere Plunkerei auf staatsrechtlichem Gebiete zu, erfindet aber fugs eine neue. Das Kimpfliche Blatt, das bekanntlich als erstes unter den „Ordnungsblättern“ zu einem Aderlaß an den Arbeitern vor dem 21. Januar gepufft hatte, bindet nunmehr seinen Lesern den Wären auf, „auf Grund von Sonderbestimmungen über die Heirat von Juden im Auslande“ sei die russische Regierung berechtigt, die Gültigkeit der Ehe Rosa Luxemburgs mit dem Deutschen Lübed nicht anzuerkennen“. In Wahrheit gibt es solche Sonderbestimmungen nicht. Auf Grund der deutschen und der russischen Verträge sowie auf Grund der Staatsverträge ist Rosa Luxemburg Deutsche. Die Nichtanerkennung ihrer deutschen Staatszugehörigkeit wäre ein flagranter Völlerrechtsbruch. Seine Verletzung trauen wir trotz der wiederholten Aufforderung des mit der Moral eines Schöne-Broschures konkurrierenden Hintermannes der „Täglichen Rundschau“ der russischen Regierung nicht zu. Unsere von den Zammerecken der reaktionären Presse so glühend gehasste Genossin Rosa Luxemburg ist übrigens noch immer nicht im Besitze einer Kuffgeschrist. Soweit unsere Informationen reichen, liegt auch keinerlei Anlaß zu einer auch nur scheinbar berechtigten Klage vor. —

Der Handshauer von Breslau ist für die Breslauer Polizei noch immer unauffindbar. Wie die „Breslauer Morgenzeitung“ erzählt, hat man am Montage den schwerverletzten Vieswald nach dem Polizeipräsidium geschafft und ihm dort circa 50 Schußwunden mit der Frage vorgestellt, ob er denjenigen wiedererkenne, der ihn verletzt habe. Natürlich mußte Vieswald dies in jedem Falle verneinen. Es erscheint auch völlig unmöglich, daß Vieswald den Schußmann rekonstruieren konnte, dessen Gesicht er zum erstenmal und nur in wenigen Augenblicken der Angst und des Schreckens gesehen hat, noch dazu in einem mangelhaft erhellen Hausflur. Die einzige, dem Verletzten gebliebene Erinnerung geht dahin, daß der Täter ein unversehrter, jüngerer Mann mit blondem Schnurrbart war, ein Typ, der bekanntlich unter den Breslauer Schußleuten nicht eben zu den Seltenheiten gehört.

Die behördlichen Ermittlungen, schreibt die Breslauer „Volksmacht“ dazu, sind also bisher völlig resultatlos geblieben. Das eine aber steht fest: wenn auch die amtlichen Nachforschungen versagen, die privaten Ermittlungen gehen rastlos weiter und werden nicht eher zur Ruhe kommen, als bis der Täter ermittelt ist, den offenbar das Bewußtsein seiner Schuld zu feige macht, um sich selbst seiner Pflicht entsprechend anzugehen und die Verantwortung für seine Tat auf sich zu nehmen. —

Gestorben an Breslauer Polizeihelden!

Die Breslauer „Volksmacht“ berichtet vom Donnerstag: Bei den Ereignissen, die am denkwürdigen Abend des 19. April sich draußen vor dem Konsolatre abspielten, erhielt unter anderem auch der Arbeiter Baum eine schwere Kopfverletzung. Er begab sich zunächst in privatärztliche Behandlung, mußte aber wegen einer eingetretenen Gehirnverletzung vor einigen Tagen in das Allerheiligenshospital aufgenommen werden, wo der junge, noch nicht 21 Jahre alte Mann, dessen Eltern in Schmolz wohnen, in der Nacht von Mittwoch auf heute verstorben ist.

Ein Toter, eine abgehauene Hand — der Breslauer Polizeipräsident darf stolz sein auf seine umsichtige und besonnene Schutzmannschaft! —

Rückfichtsvolle Behandlung.

Das östliche Deutschland ist bekanntlich nicht dafür bekannt, daß daselbst Menschen „niederem“ Standes besonders rückfichtsvoll behandelt werden. Die Landarbeiter zumal wissen ein Liedchen davon zu singen. Jedoch soll man nicht sagen, daß die großen Herren, die dort gebieten, nicht auch verstehen, Rückficht walten zu lassen. Nur alles zu seiner Zeit und an seinem Ort. In der „Deutschen Tageszeitung“ las man dieser Tage folgende von großer Humanität zeugende Geschichte:

Der böse Elch. Daß die Elche mitunter recht ungemütlich werden können, besonders in ihren häßlichen Revieren, wo sie sich als Herren fühlen, ist bekannt, ebenso daß sie im Remedelta sehr häufig der Post den Weg verstellen, und sogar angriffswise vorgehen, so daß der Postillon um Hilfe rufen muß. Auch die in jenen Gegenden zur Kirche fahrenden Leute haben oft unter ihrer schlimmen Laune zu leiden. Ganz besonders arg hat es aber in dieser Beziehung legitim im Zavelninger Revier ein alter Elchhirsch getrieben, wie der Oberförster von Zavelnigen in der Sitzung des „Allgemeinen deutschen Jagdgenossenschaft“ mitteilte. Der Elch war vor dem Hochwasser auf den Kautener Berg gestürzt und hatte sich dort häuslich eingerichtet. Man wollte er aber durchaus nicht die Begräbnisse dulden, die dort ganz in seiner Nähe auf dem Friedhöfe stattfinden sollten, und so mußte man ihn direkt bewachen, um jeder Störung vorzubeugen. Das muß ihm aber auch wieder gar nicht zugelegt haben, denn er wechselte von seinem Standort und zog nach den eingedickten Ländereien der Großherrschaft Kautenberg hinunter. Hier wußte er sich seine Langeweile nicht anders zu vertreiben, als daß er den Dörfern in der Nähe Besuche abstattete und dort gewissenhaft die Leute von der Straße in die Häuser jagte. Er wurde dadurch schließlich zu einer wahren Landplage, und es blieb nichts anderes übrig, als polizeilicherseits seinen Abzug zu verfügen.

Die Gegend, um die es sich hier handelt, ist dieselbe, die in diesem Frühjahr wieder mal — wie fast alljährlich! — von einem furchtbaren Hochwasser heimgesucht wurde. Wie das alles zusammenhängt und woher es kommt, daß sich die dortigen Dorfbewohner sogar die „schlimmen Launen“ der Elche gefallen lassen müssen, und daß man einen offenbar franten Elch nicht eher abfährt, als bis er zu einer „wahren Landplage“ geworden ist und nahezu allen Verkehr unterbunden hat — das würde der geneigte Leser aus folgenden Zeilen ersehen, die unser Königsberger Vnderblatt am Anlaß eines ebenfalls furchtbaren Hochwasserunglücks im Remedelta am 21. Februar 1903 veröffentlichte: „Alle diese Schädigungen (durch Hochwasser), die Jahr für Jahr wiederkommen können (ist bekanntlich prompt geschehen), wären unmöglich gemacht, wenn man vor einigen Jahren den rechtsseitigen Hülsgamm verlängert hätte und den Hülsgamm, der das Remedelta vor dem alljährlichen Rückfluß aus dem Kurischen Haff schützt, statt mehrere Meilen landeinwärts, in unmittelbarer Nähe des Haffstrandes aufgeschüttet hätte. Aber man scheute sich, die Hülsgamm- und Zavelninger Forsten in das eingedickte Gebiet hineinzubringen, weil man dadurch dem Forstschutz erhebliche Haffbeiträge aufgeladen hätte. Auch einen großen Grundbesitzer, den Grafen Rejhering zu Kautenberg, der in jener Gegend mehrere tausend Morgen Wiesen besitzt, wollte man möglichst wenig belästigen. Vor allen Dingen aber wollte man den Herren Elchen, die noch in einer Anzahl von über 100 Häuptern in den Hülsgamm- und Zavelninger Forsten haufen, ihre lumpigen Reviere belassen und damit ein seltenes und sehr „feudales“ Jagdvergnügen für noch lange Zeit sichern...“

Majestätsbeleidigung.

Von der Strafkammer in Posen wurde am Donnerstag der verantwortliche Redakteur der polnischen satirischen Zeitschrift „Polstru“, v. Rosowski, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. In der Nummer 34 vom 26. August v. J. war ein Gedicht enthalten, in welchem der Grafener Erzbischof v. Stablewski angegriffen wurde, weil er gelegentlich des Kaiserbesuches in Gnesen die Kirchenglocken läuten ließ. Dieses Gedicht soll auch gleichzeitig die Majestätsbeleidigung enthalten haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. —

Der Westpostkongress hielt vorgestern eine Plenarsitzung ab und begann mit der Beratung des Textes der von der ersten Kommission ausgearbeiteten neuen Konvention. Die Versammlung stimmte der in der Konvention vorgesehenen erheblichen Herabsetzung der Gebühren für den Weltverkehr zu, desgleichen der Erhöhung des Einheitsgewichtes für Briefe von 15 auf 20 Centimes, unter Beibehaltung der Tage von 25 Centimes (20 Pfennig) für das einfache Porto, während für die folgenden Portofäge auf Antrag der englischen Delegierten die Tage von 25 auf 15 Centimes herabgesetzt werden soll.

Morenga abermals ausgebrochen.

Amlich wird gemeldet: Jene Hottentottenbande, die von unseren Truppen in den kleinen Karadbergen eingeschlossen war, hat versucht, nach dem unteren Löwenstuf auszubrechen. Die bei Gawaah stehende 7. Kompanie des Feldregiments Nr. 1 griff den Gegner am 4. und 5. Mai an. Am 5. Mai kam es in schwierigerem Gebirgslande zu einem ersten Gefechte, in dessen Verlauf der Gegner seine Stellung räumte. Alle in der Nähe befindlichen Truppen haben die weitere Verfolgung aufgenommen. Nach der amtlichen Verlustliste wurden

am 4. Mai bei Gawaah leicht verwundet: Gefreiter Hermann Schmidt, geb. am 23. November 1881 zu Draunsdorf, Fleckschütz rechten Unterarm.

Am 5. Mai sind im Gefechte am Löwenstuf sätzlich Gawaah gefallen: Gefreiter Gustav Weich, geb. am 4. August 1881 zu Kottswil, Herzschütz; Reiter Friedrich Dorich, geb. am 30. November 1884 zu Siebenbrunn, Vaukschütz; Reiter Hermann Hubria, geb. am 7. August 1885 zu Luzine, Brust- und Vaukschütz.

Schwer verwundet: Leutnant Wilhelm v. Dypen, geb. am 15. März 1882 zu Breslau, Schütz linker Oberarm, linke Brustseite. Leicht verwundet: Oberarzt Dr. Walter von Falsberg, geboren am 30. Januar 1875 zu Stralsund, Gefreiter Bruno K. h. Fer, geboren am 29. September 1882 zu Oberkollmitz, Reiter Edwin Müller, geboren am 27. Januar 1882 zu Langenleuba, Reiter Karl Rauter, geb. am 17. April 1885 zu Stadthagen. Es ist also den Hottentotten abermals gelungen, auszubrechen. Die amtliche Meldung sucht diesen Mißerfolg durch eigenartige Stillierung des Berichtes — der Feind habe „versucht“ auszubrechen und „seine Stellung geräumt“ — vergebens zu verschleiern. —

Nachkänge zum Eisenacher Wahlstrawall.

Die Darstellung der Vorgänge bei dem sogenannten Wahlstrawall in Eisenach, wie sie der Bezirksdirektor Krautwetter in Eisenach beliebt hatte, hat bekanntlich im weimarschen Landtage und auch im Reichstage zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Der Bezirksdirektor hatte sich bemüht, die ganze Schuld der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Den Antisemiten war dies aus der Seele gesprochen. Bei ihrem Antrag betreffend den Schutz der Versammlungsfreiheit spielten die Angaben des Eisenacher Bezirksdirektors eine große Rolle. Abg. Baudert wies demgegenüber auf den Wert einer solchen Darstellung hin, indem er behauptete, daß der Bezirksdirektor positiv unwahre Behauptungen aufgestellt habe. — Bestenfalls hatte auch die freisinnige „Eisenacher Tagespost“ behauptet. Sie beschuldigte den Bezirksdirektor, daß er die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Eisenach so dargestellt habe, wie sie sich „in seinem Kopfe abgemalt“ hätten. Darüber war der Herr Bezirksdirektor aufgebracht. Er

schickte dem Blatte eine langatmige „Berichtigung“, die aber nur zu einem Teile Aufnahme fand. Dabei wiederholte die „Eisenacher Tagespost“ ihre Behauptungen, daß die Darstellungweise des Bezirksdirektors der Wahrheit widerspreche.

Nunmehr rief der Herr Bezirksdirektor den Staatsanwalt um Hilfe an. Er, der früher selbst Staatsanwalt war, scheint nach alledem sicher auf eine Verurteilung des renitenten Redakteurs gerechnet zu haben. Doch hat er sich verrechnet. Obwohl die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse dem Wunsche des Bezirksdirektors entsprach und das Verfahren einleitete, wurde keine Verurteilung des Redakteurs erzielt. —

Ausland.

Und weiter Butvergießen!

Rom, 8. Mai. (Fig. Ver.)

Das Unglaubliche ist geschehen: In Turin, der Stadt mit dem ruhigsten, disziplinierstem Proletariat Italiens, hat man auf streikende Arbeiter geschossen! Ohne ersichtliche Provokation, aus bloßer brutaler Blutgier haben die Polizisten ihre Revolver gegen eine wehrlose Menge gerichtet und acht Menschen verwundet. Das Turiner Proletariat hat sofort die richtige Antwort gefunden: Alle Arbeiter aller Berufe haben heute früh die Arbeit verlassen, der Tramverkehr ruht, die Läden sind geschlossen, die Fabriken sind still. Nur die Krankenhäuser und die Seher der Tageszeitungen haben beschossen, ihren Dienst weiter zu versehen.

Der Streik, der der Anlaß zu dieser eminent ernsten Situation war, ist am 2. Mai ausgebrochen. Er betraf, wie wir bereits berichtet haben, zunächst etwa 8000 Textilarbeiterinnen, die den Sechstendtag forderten. Die Textilbarone — dieselben, die sich den „Bib“ gemacht hatten, den 2. Mai als „Feiertag der Unternehmer“ zu feiern — lehnten jede Unterhandlung ab und schrieben dem Bürgermeister von Turin, Senator Frolo, der seine Vermittlung anbot, einen so unerschämten Brief, daß dieser ihn einfach zurück sandte! Infolge dieses brutalen Verhaltens der Unternehmer griff der Ausstand auf verwandte Industrien über, so daß am 5. Mai bereits 12 000, am 6. 15 000, am 7. 30 000 Arbeiter streikten. Die Arbeitskammer und die sozialistischen Stadtverordneten forderten nun von der Stadtverwaltung ein Lokal, in dem die Streikenden sich versammeln konnten, da die Arbeitskammer die Masse nicht fassen konnte und es offenbar unbefähigt war, die Ausständigen auf den öffentlichen Plätzen zu lassen. Während der Stadtrat noch überlegte, ob er dieser ebenso berechtigten wie dringenden Forderung stattgeben sollte, erfolgte das Blutbad.

Seit gestern nachmittag ließ man Kavallerie in den Straßen vor den Textilfabriken patrouillieren. In der Nähe der großen Turiner Arbeitergenossenschaft „Associazione Generale degli operai“, wo große Menschenmassen aufgestaut waren, ließ man einen Kavallerieangriff machen, angeblich weil Steine auf das Militär geworfen worden waren. Man ließ die Kavallerie in gestrecktem Galopp in die Menge hineinreiten, bis der Corso Sicaardi leer gefegt war. Einige Carabinieri und Polizisten in Zivil folgten den Arbeitern, die sich in den Flur des Genossenschaftshauses zurückzogen und schossen im Hausflur auf die Waffenlosen! Es wurden 12 bis 15 Revolvergeschosse auf die Arbeiter abgegeben: Einer ist am Kopf getroffen, zwei am Unterleib, andere im Rücken. Als die Menge die Verwundeten mittrug, legte sich plötzlich ein eisiges Schweigen über die eben noch lärmende Schar. Kein Ruf, kein Steinwurf! Unter beängstigender Totenstille wurde die unerhörte Kunde der Gewalttat aufgenommen.

Die Polizei hat gestern abend noch weitere Mobeiten versucht und ist gewaltsam in das Genossenschaftshaus eingedrungen, mit blanker Waffe Säbelhiebe ansetzend. Aber die unheimliche Ruhe ist nicht mehr von den Turiner Arbeitern gewichen. Der Generalkrieg ward beschlossen, ohne Beratung, ohne Abstimmung. Die Nachricht, daß die Textilbarone gestern abend den Sechstendtag bewilligt hatten, wurde teilnahmslos aufgenommen. Es war zu spät. Ganz Turin steht im Ausstand; auch die Militärwerkstätte und die staatlichen Tabakfabriken ruben. Die benachbarten Gemeinden Moncalieri und Venaria Reale haben sich der Bewegung angeschlossen.

Breslau-Turin! Turin-Breslau! Die Internationale des Säbels und des Revolvers arbeitet gut!

Wir teilten gestern mit, daß die Herren Senatoren der italienischen Regierung ihre Unzufriedenheit wegen ihrer Schwäche gegenüber den Arbeitern ausgesprochen haben. Ob die Bluthunde jetzt zufriedengestellt sind? —

Erste Stunden.

Wir erhalten aus Rom folgendes Privattelegramm: Der Generalkrieg ist heute in Rom, Genua, Livorno, Mailand und vielen anderen Städten vollkommen durchgeführt. In Rom ist viel Militär zusammengezogen, und es erfolgen zahlreiche Verhaftungen. Aber bis jetzt (1/8 Uhr abends) ist kein ernstlicher Zwischenfall erfolgt. Dagegen wird von bedenklichen Konflikten aus Mailand und Udine gemeldet.

Zum Protest gegen das Verhalten der Regierung legten heute sämtliche sozialistischen Abgeordneten ihre Mandate nieder! Auf einen Antrag Sonninos hin nahm die Kammer die Mandatsniederlegung nicht an. Unsere Parteifraktion beharrt aber bei ihrem Entschluß. —

England.

Die Schulvorlage.

London, 7. Mai. (Fig. Ver.)

Die nächsten Tage werden sowohl im Parlament wie in Versammlungen und in der Presse mit lebhaften Debatten über die Schulvorlage ausgefüllt sein. Für uns Sozialisten hat die ganze Aufregung keinen Sinn, denn es handelt sich um einen konfessionellen Bank. Aber die Aufregung wird von den verschiedenen Konfessionen gegen die Regierung ausgenutzt. Die anglikanische Kirche (Staatskirche), die Katholiken (von der ganzen irischen Partei unterstützt) und die frommen Juden haben sich vereinigt, um die konfessionelle Schule zu schützen, die von der neuen Vorlage bedroht wird.

Der wichtigste Paragraph ist der erste. Er lautet: „Am und nach dem 1. Januar 1908 wird eine Schule nur dann als eine öffentliche Volksschule betrachtet werden, wenn sie von der Lokalbehörde verwaltet wird.“ Um diesen Punkt wird der ganze Kampf toben. Es ist deshalb nötig, seine Grundlagen zu betrachten: Vor dem Jahre 1902 gab es in England öffentliche Volksschulen (Board Schools) und freiwillige oder konfessionelle Schulen. Beide erhielten Zuschüsse von der Zentralregierung (vom Staat), aber die Haupteinnahme der Board Schools kam aus Lokalsteuer (Gemeindebesteuern), während die konfessionelle Schule auf freiwillige Beiträge ihrer Bekenners angewiesen war. In dem

Board Schools war der Religionsunterricht interkonfessionell, ein allgemein christlicher, an dem die Kinder aller christlichen Konfessionen gemeinsam teilnahmen. In der freiwilligen Schule war der Religionsunterricht dagegen konfessionell. Aber die freiwillige Schule hatte mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, und sie war deshalb pädagogisch minderwertig, so daß sie dem Untergang nahe war. Um sie nun vor dem Untergang zu retten, brachte die frühere (konservative) Regierung im Jahre 1902 eine Vorlage ein, die die freiwillige Schule auf die Lokalsteuern verwies. Aber die Verwaltung blieb in den Händen der Konfessionen, da ihnen zwei Drittel der Verwaltung gewährt wurden. Gegen diese Rettung der konfessionellen Schule erhoben sich die Nonkonformisten (die der Staatskirche nicht angehörenden Protestanten) und griffen zur Steuerweigerung und zur Agitation gegen die Konfessionen.

Die konservative Regierung wurde bei den letzten Januarwahlen schließlich geschlagen, und die Liberalen gelangten ans Ruder. Das Mitglied der liberalen Partei sind die Nonkonformisten. Es versteht sich nun von selbst, daß die liberale Regierung den Nonkonformisten Rechnung tragen mußte. Die neue Vorlage ist daher im Sinne der Nonkonformisten und der Demokraten gehalten. Sie besagt: „... Die konfessionelle Schule wird abgeschafft. Die Schule wird aus öffentlichen Mitteln unterhalten und muß interkonfessionell sein; jede Institution, die aus öffentlichen Mitteln (Lokal- und Staatssteuern) unterhalten wird, muß der Volkskontrolle und nicht der konfessionellen Kontrolle unterworfen sein.“

Gegen diesen Paragrafen erhoben sich nun wieder die Anglikaner (Staatskirche), Katholiken und Juden; sie wollen die konfessionelle Schule aufrechterhalten und doch aus dem öffentlichen Säckel schöpfen. Im Parlament wird diese Erhebung von den Konservativen und den Iren unterstützt werden.

Die Arbeiterpartei ist selbstverständlich im Prinzip für die radikale Verweltlichung der Schule und hat sich auf ihrem letzten Kongress gegen jede Verbindung zwischen Religion und Schule ausgesprochen. Jedoch kann sie die Vorzüge der neuen Schulvorlage im Vergleich zu den früheren Zuständen nicht übersehen. Vor allem sieht es ja den Eltern frei, ihre Kinder dem in der Schule erteilten Religionsunterricht fernzubehalten; dann sind die Lehrer nicht gezwungen, den Religionsunterricht zu erteilen, so daß das Gewissen der Bürger nicht verletzigt wird. Schließlich wird der alte demokratische Grundsatz: „No taxation without representation“ (d. h. daß öffentliche Besteuerung öffentliche Kontrolle einschließt) wieder hergestellt. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Arbeiterfraktion für die Regierung gegen die Staatskirche und gegen die Katholiken stimmen wird.

London, 10. Mai. Im Unterhause wurde heute die zweite Lesung der UnterrichtsVorlage nach vierstündiger lebhafter Debatte mit 410 gegen 204 Stimmen angenommen. Die Minderheit setzte sich aus Unionisten und Nationalisten zusammen; die Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten mit den Anhängern der Regierung.

Schweden.

Bermittlung bei Streiks und Ausperrungen.

Beide Kammern des Reichstages haben am 5. Mai den Gesetzentwurf über die Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten angenommen, dessen wichtigste Bestimmung die ist, daß sechs Beamte ange stellt werden, die — jeder in dem ihm zugewiesenen Landes teil — bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber Verhandlungen anbahnen sollen. Die Aufgaben der Vermittlungsbeamten wurden auf Vorschlag des Staats- und Geschäftsrates noch dahin erweitert, daß sie auch bei Streitigkeiten der Arbeitgeber wie der Arbeiter untereinander versuchen sollen, Frieden zu stiften. Man hat hier offenbar an den Streit zwischen der selbständig organisierten Arbeiterschaft und dem mit Unternehmerhilfe zustande gekommenen Streikbrecherverband: „Svenska Arbetsförbundet“ gedacht, wo ein Friedensschluß selbstverständlich nicht möglich ist. Genosse Lindquist, Vorsitzender der Landesorganisation der Gewerkschaften, erklärte in der zweiten Kammer, daß jener Versuch zum Regierungsentwurf ganz unnötig sei und daß eine solche Betätigung des Beamten nicht dazu dienen könne, sein Prestige zu fällen.

Amerika.

In Brasilien gewinnt die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger unter der Arbeiterschaft, und es sind deutsche Elemente, welche den Boden bereiten und die Agitation leiten. Die Einheimischen reden von einem „freien republikanischen Brasilien, wo es keine politische Entrechtung, keine aristokratischen Privilegien gibt und wo der Sozialismus seine Gristenberechtigung hat.“ — Die „Germania“, eine im 29. Jahrgang erscheinende deutsche Zeitung für Brasilien, erklärt dagegen, daß es für die arbeitende Bevölkerung der großen südamerikanischen Republik geradezu notwendig geworden ist, daß sich zu ihrem Schutze eine mächtige sozialdemokratische Partei bildet. Die Arbeiter sind in einer schlimmen Lage, oft wie die Sklaven gehalten. Nicht selten treten sie in einen Streik, um ihren fauer verdienten Lohn zu erhalten; dabei werden sie von der Polizei drangsaliert und oft mit Gewalt zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen. In vielen Betrieben ist das Trudsystem an der Tagesordnung; die Arbeiter erhalten Gutscheine und nur selten Geld für die geleistete Arbeit. Eine Sanktion der Unternehmer gibt es ebenföwenig wie Arbeiterschutzgesetze. Diese Lage des Arbeiters scheint der herrschenden Klasse ganz in der Ordnung, aber auf Arbeiterkongressen und in den Verbänden der Arbeiter ertönt jetzt immer lauter der Ruf nach Abhilfe. Die „Germania“ schreibt dazu: „Da dem Arbeiter die Unterstützung der öffentlichen Meinung völlig fehlt, da er in der Gesetzgebung keine Vertreter seiner Interessen hat, bleibt ihm nichts übrig als die Selbsthilfe, als der Kampf aus eigener Kraft um Befreiung seiner Lage. Und dieser Kampf ist aussichtslos und utopisch, wenn er sich auf das ökonomische Gebiet beschränkt, er muß politisch sein, das heißt, er muß sich darauf richten, die Macht zu erringen, welche heute zum Nachteil einer großen Mehrheit dardender Kulturförderer in den Händen einer kleinen Minderheit genießender Schmarotzer liegt. Ein hierauf gerichteter politischer Kampf ist aber sozialistisch, und eine Organisation, die sich diesen Kampf zur Aufgabe macht, nennt man eine sozialdemokratische.“

Wer unter solchen Umständen die Berechtigung der Sozialdemokratie für Brasilien in Abrede stellt, leugnet, daß sich das Vorhandensein der oben beleuchteten Mißstände nicht abstreiten läßt, das Recht der Arbeiter zum Kampf für die Befreiung ihrer Lage und damit das dem ganzen Menschendasein zugrunde liegende treibende Motiv! ...

Soziales.

Zur Landflucht.

Die „Märkische Volksstimme“ veröffentlicht aus dem Landberger Kreise folgenden, von dem im Landberger Kreise üblichen nicht sonderlich abweichenden Arbeitsvertrag eines ländlichen Arbeiters:

Kontrakt.

Zwischen dem Gutbesitzer Fried. Schmidt-Cladow und dem Arbeiter Ernst Kluge und Frau ist folgender Kontrakt verabredet und abgeschlossen.

Der Arbeiter erhält freie Wohnung, 6 Raummeter Holzreißig, 100 Asten Land zu Kartoffeln, um für sich Kartoffeln zu legen, Futter für 2 bis 3 Ziegen und Streu, muß sich aber allein mahlen, was ihm angewiesen wird, eine Kuh darf sich Arbeiter nicht halten. Tagelohn. Der Mann erhält pro Tag vom 1. Oktober bis 1. April 1,00 Mark, vom 1. April bis zum 1. März 1,25, von da an bis 1. Oktober 1,50 M. Die Frau oder Diensthänger pro Tag 0,50 M. das ganze Jahr hindurch, beim Dreschen mit Flögel erhält der Arbeiter den 14. Scheffel mit Haufen. Der Arbeiter sowie die Frau oder Diensthänger haben das ganze Jahr hindurch zu

arbeiten. Der Kontrakt tritt vom 7. November 1905 in Kraft bis 7. November 1906.

Cladow, den 7. November 1905.

W. u.

Ernst Kluge, Friedrich Schmidt.

Der Arbeiter hat 6 Kinder im Alter von 1, 3, 6, 8, 9 und 12 Jahren. Solche Ausbeutungsverträge zeigen, wie dringend not die am Karfreitag von der Versammlung der Brandenburger Sektion des Fabrikarbeiter-Verbandes so scharf betonte Organisation der Landarbeiter als besondere Sektion des Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter-Verbandes ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Sonderbare Manipulationen

werden von den Behörden in Ober-Schöneeweide zur nachträglichen Rettung der A. E. G. vor den Waidemonstranten vorgenommen. Unter den Arbeitern war das Gerücht verbreitet, die Firma wolle die Wiedereinstellung der Arbeiter nur unter Einführung einer neuen Arbeitsordnung vornehmen, welche die zehn stündige Arbeitszeit vorsehe. Unter der Beschuldigung, dieses Gerücht verbreitet zu haben, wurde am Mittwoch früh zwischen 6 und 7 Uhr ein Funktionär der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Graf in Ober-Schöneeweide, aus dem Bette heraus verhaftet. Man nahm in der Wohnung desselben eine Hausdurchsuchung nach dem Original dieser Arbeitsordnung vor; Graf wurde dann nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Köpenick übergeführt, wo er vom Untersuchungsrichter beschuldigt wurde, eine Arbeitsordnung gefälscht zu haben.

Zugewiesen wurde die Untersuchung wegen der „gefälschten“ Arbeitsordnung auch nach einer anderen Richtung hin geführt. Per Automobil ging die wilde Fahrt nach Britz. Dort haussuchte man bei dem Bevollmächtigten Schröder der Metallarbeiter-Gewerkschaft nach derselben Arbeitsordnung. Weiter machte man den Versuch, eine Hausdurchsuchung im Bureau der Metallarbeiter-Gewerkschaft vorzunehmen, wo die Kriminalbeamten jedoch von der Verwaltung mit ihrem sonderbaren Ansinnen abgewiesen wurden und sich damit auch zufrieden gaben, da sie nur den Auftrag hatten, bei Schröder zu haussuchen.

Der verhaftete Graf ist inzwischen entlassen worden, ist sich aber trotz der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter immer noch nicht klar, wessen er eigentlich beschuldigt ist. — Von einer Fälschung kann umsoweniger die Rede sein, als die den wiedererhaltenden Arbeitern übergebene Arbeitsordnung in der Tat eine — zehn stündige Arbeitszeit vorseht! Nur wird diese Arbeitszeit tatsächlich nicht innegehalten, sondern eine acht- bis neunstündige! Was soll also die ganze Aktion?

Die Ausperrung im Buchbindergewerbe nimmt immer weiteren Umfang an. Den Mitgliedern des Prinzipalverbandes ist durch Beschluß ihres Vorstandes aufgegeben, Arbeiten der Firmen, welche ausgesperrt haben, zum Selbstkostenpreis anzunehmen. Bei allen Firmen, welche Streikarbeit erhielten und deren Inhaber sich nicht ehrenwörtlich verpflichteten, Streikarbeit zurückzuweisen, wurde die Arbeit niedergelegt; da jedoch über kurz oder lang wegen Verweigerung von Streikarbeit, Differenzen welche zur Arbeitsniederlegung führen, ausbrechen würden. Dadurch wird erzielt, daß auch die eigene Arbeit dieser Unternehmer liegen bleibt.

Folgende Firmen sind gesperrt: Wäbden u. Co., R. Sperling, Läderig u. Bauer, Kleist, S. Reib, H. Richmann, E. J. Walter, Schneider u. Kiegler, Frische-Baumbach, S. Schuber, A. Ludwig, Raudsch Buchdruckerei, A. Schöb, C. Reichste, W. Kammerer, Fled Radsch. Die Ortsverwaltung. Sämtliche Arbeiterblätter werden um Rücksicht gebeten.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen. Ihre ablehnende Haltung erklären die Arbeitgeber damit, daß sie sich nicht den Gehülfen ausliefern wollen. Inwiefern dieses zutrifft, wenn man eine 13 stündige Arbeitszeit, einstündige Mittagspause und Befreiung des Logis bewilligt, ist nicht recht ersichtlich. Es kann dieser Einwand nur als Ausrede betrachtet werden. Umso mehr, da die Arbeitgeber selbst den Tarif kündigten. Die Geschäftsinhaber werden einzeln aufgesucht und mit allen Nebelkünsteln bearbeitet, nicht zu bewilligen. Nicht tüchtig ist hierbei Herr Schilke, Kamlerstraße. Auch die in allen Stadtteilen noch immer stattfindenden Versammlungen der Arbeitgeber beschließen, die Forderungen abzulehnen. Trotzdem laufen natürlich häufig neue Bewilligungen ein. Die Firmen, die bis jetzt bewilligten, haben nunmehr Plakate erhalten und den Gehülfen ist die neue Kontrollkarte angehängt worden. Keutlich sind beide durch unterstehenden Titel und der Unterschrift Paul Piere. Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte.

Deutsches Reich.

Die Ausperrungswut tritt jetzt epidemisch in Hannover auf. Seit Wochen liegen die Stein drucker und Lithographen auf der Straße, auch wegen „unersättlicher und ungerechter Forderungen“. Nur die Firma König u. Ehardt hatte die Ausperrung nicht mitgemacht, zum größten Schimmer des sozialpolitischen Leuchtturnes Herrn Festbad, des Führers der Schmarotzer. Da hörte die Firma J. E. König u. Ehardt, daß „ihre“ 63 Stein drucker und Lithographen ihre freilebenden und ausgesperrten Kollegen durch Extrabeiträge unterstützen, statt die Arbeitgeber zu loben! Darum kündigte die Firma dem Personal am Sonnabend und braucht sich nun nicht mehr als Verräter, als Streikbrecher betrachten lassen. Doch der Liebetritt zum Schmarotzer hatte einen unerwarteten Erfolg. Am Montag um 9 Uhr verlangten die Gehülfen Erlaubnis zum Besuche einer Versammlung. Die Direktion gab die Erlaubnis nicht und erklärte, wer die Fabrik verlasse, sei entlassen! Darauf verließen sämtliche 63 Mann die Stätte ihrer Wirksamkeit und schlossen sich den kämpfenden Kollegen an.

In Hildesheim ruft die Arbeit auf sämtlichen Bauten. Die Schmarotzer im Baugewerbe hatten nach dem Streik im Mai 1904 eine Lohnhöhung bewilligen müssen, die mit der zweiten Steigerung am 1. April 1905 in Kraft trat. Am 1. April dieses Jahres lief der Tarifvertrag ab. Trotz ihrer schlimmen Erfahrung beim letzten Streik fühlten sich die „Herren“ so sicher, daß sie die Arbeiter mit dem „Angebot“, am 1. Januar 1907 eine Lohn-erhöhung eintreten zu lassen, darüber, wie hoch diese ausfallen werde, aber erst vom 1. Oktober ab zu verhandeln, verhöhrten. Zum Ueberflus sperrten die Unternehmer noch wegen der Beteiligung an der Kaiserfeier einen Teil ihrer Arbeiter aus. Damit war das Maß der Sünden voll gemacht und am Sonnabend beschloßen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit am Montag niederzulegen, wenn nicht die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 5 Pf. Lohnzulage bewilligt wird. Vorläufig lehnten die Unternehmer die Forderungen ab, sie werden aber nun noch vor dem 1. Oktober nicht nur verhandeln, sondern auch bewilligen müssen.

Der Verein Hamburger Reeder hat das Eingreifen des Seemannsamtes als Einigungsamt zurückgewiesen. — Der Wiedereintritt der Hafenarbeiter zur Arbeit erfolgte ruhig und in voller Ordnung. Von den von auswärtig gekommenen Arbeitswilligen sind bereits viele wieder abgereist, andere werden heute und in den nächsten Tagen folgen.

Der niederträchtige Verrat,

den die christliche Organisation der Maler und Anstreicher in Dortmund begangen hat, hat nun doch die freigeorganierten veranlaßt, den Streik abzubrechen. Wie schon mitgeteilt, schlossen diese mit dem Prädikat „Christlich“ Unzufriedenen auch organisierten nicht bloß hinter den Rücken der kämpfenden freigeorganierten Kollegen einen reduzierten Tarif mit den Unternehmern ab, sie erbotem sich auch, an Stelle der Streikenden arbeitswillige Kräfte von auswärtig herbeizuschaffen. Schien dies leichter auch zunächst unmöglich, so hat man doch sehen müssen, daß die Massenwerbung von Streikbrechern von den „Christen“ schon von langer Hand vorbereitet war. Kaum waren die Verräter mit den Unternehmern einig, da kamen sie auch schon mit großen Trupps Streikbrecher aus Münster, Köln und anderen schwarzen Orten angereist. Der Streikbruch ist hier im höchsten Sinne des Wortes von „Christen“ mit aller Heberlegung organisiert worden, schlimmeres dürfte man in Deutschland jedenfalls noch nicht erlebt haben. Um die auswärtige Streikbrecherrotte unbehindert in die Arbeitsstellen der Streikenden unterbringen zu können, gingen die „Christen“ hin und benutzten der Polizei die Streikposten der freigeorganierten. Dabei sich in erster Linie ein Meuch hervortat, der seinerzeit die freie Organisation verlassen hat, nachdem er bei dieser Gewerkschaftsgelder unterschlagen hat.

Der Zweck des schmachvollen Verrates liegt klar zutage: Die „Christen“ wollten auf dem Wege des Verrates die freie Organisation aus Dortmund verdrängen, weil sie auf andere Weise bisher keinen Boden gewinnen konnten. Sie haben sich hier in der ehesten Rolle der Hyänen des Schlachtfeldes gezeigt. Unter den bewandten Umständen blieb den Streikenden nur noch übrig, die Arbeit wieder aufzunehmen; sie beschloßen, den Streik abzubrechen, aber den reduzierten Tarif der christlichen Verräter nicht anzunehmen. Vorläufig gibt es nun noch wichtigeres, als den Kampf gegen die Unternehmer; die Gelben, die man vorher noch als Organisation anerkannte, sind der schlimmere Feind.

Zur Metallarbeiterausperrung in Dresden. Die Metallarbeiter Dresdens beschäftigten sich in fünf stark besuchten großen Versammlungen mit den Vorschlägen, richtiger Provokationen der Gewerkschaft; gleichzeitig nahm man zu der angedrohten Nischenausperrung des Verbandes der Metallindustriellen Stellung. Die Referenten behaupteten in sachlicher Weise die Situation und das provozierende Verhalten der Gewerkschaft. Unter den versammelten Metallarbeitern herrschte trotz fünfstündiger Ausperrung die beste Stimmung. Es herrschte überall eine große Begeisterung, und mit elementarer Wucht trat die Entschlossenheit zutage, den Kampf bis zum Ende zu führen. Die Mitteilungen der Referenten, über das allen Einigungsversuchen hohnsprechende Verhalten der Industriellen in der letzten Verhandlung wurde mit stürmischer Entrüstung aufgenommen. Die Versammelten nahmen schließlich unter großer Begeisterung für die große Sache eine Resolution an, in der die letzten Bedingungen der Gewerkschaft als ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter und als entwürdigend und unerfüllbar bezeichnet wurden. Nach der bisherigen Stellungnahme der Unternehmer lehnten es die Versammelten ab, die Bedingungen, unter denen eine Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen könne, zu präzisieren. Dem Verlangen der Unternehmer, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, werde man den äußersten Widerstand entgegensetzen und lieber, wenn nötig, den Kampf bis zur völligen Erschöpfung fortsetzen.

Verfammlungen.

Der Ortsverein Berlin der freien Vereinigung der Maurer hielt im Gesellschaftsraum Berliner Muster eine Mitglieder-versammlung ab, um zum Verlauf der Kaiserfeier Stellung zu nehmen. Nehle als Referent führte unter anderem an, daß die Unternehmer es wieder fertig gebracht haben, eine ganze Anzahl Kollegen einen Tag auszusperrten. Eine kleine Anzahl älterer Kollegen habe es fertig bekommen, den Versammlungsbeschlus zu umgehen und am 1. Mai zu arbeiten. Nach längerer Diskussion wurde ein von Heller vorgelegter Antrag, am 2. Mai keine Unterstützung zu beziehen, mit großer Majorität von der Versammlung angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nach dem Streik.

Hamburg, 11. Mai. (Fridatdepesche des „Vorwärts“.) Nach Aufnahme der Arbeit bietet der Hafen das alte Bild. Bis auf wenige Hundert sind die Hafnarbeiter zur Einstellung gelangt; der Rest folgt in den nächsten Tagen. Die ausländischen Streikbrecher arbeiten gesondert. Die Reeder erklären, wie zuvor, nur mit aktiven Seeleuten verhandeln zu wollen. Sie haben dies heute durch Schreiben dem Seemannsverbande mitgeteilt.

Die Ausperrung im Posener Baugewerbe.

Posen, 11. Mai. (B. L. B.) Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe beschloß heute die Aufhebung der Ausperrung zum 14. Mai. Es bleibt den Maurern somit anheimgefallen, die Arbeit zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder aufzunehmen. Nachregelungen finden nicht statt.

„Undurchführbare“ Forderungen.

Braunschw. 11. Mai. (B. L. B.) Die erneuten Verhandlungen zwischen der Kommission der Metallarbeiter und der Kommission der Metallindustriellen wegen Beilegung des Streikes sind ergebnislos geblieben. Die Arbeitnehmer bestanden auf ihren prinzipiellen Forderungen einer gleichmäßigen von den Arbeitgebern anzuerkennenden Regelung der Lohnforderungen. Die Arbeitgeber lehnen ihrerseits diese Forderungen als undurchführbar an.

Pastor Kalkhoff gestorben.

Bremen, 11. Mai. (B. L. B.) Der Pastor Kalkhoff von der Martini-Kirche, Präsident der deutschen Goethe-Gilde und Vorsitzender des Musikbundes, ist heute nacht gestorben. — Pastor Kalkhoff war der „Fromme“ im Lande verhaßt, weil er seine Heberzeugung nicht nur durch Worte bekundete, sondern sie auch durch seine Handlungen zum Ausdruck brachte.

Kessel-Explosion.

Hiel, 11. Mai. (B. L. B.) Heute nachmittag, kurz vor 5 Uhr, explodierte in der alten städtischen Gasanstalt am Fleethörn ein alter Trudkessel, als er außer Betrieb gesetzt werden sollte. Vier Arbeiter wurden hierbei schwer verletzt.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Rom, 11. Mai. (B. L. B.) Die Arbeitskammer beschloß, daß die Arbeit vor Rittersdorf wieder aufgenommen werde. Die Zeitungen werden morgen früh erscheinen.

Zum englisch-türkischen Konflikt.

London, 11. Mai. (B. L. B.) Wie das Reutersche Bureau vernimmt, läuft das Ultimatum an die Türkei am Sonntag um Mitternacht ab. Falls der Sultan verjeden sollte, in seiner Unnachgiebigkeit zu verharren und Zwangsmahnen notwendig werden sollten, würde die Flotte unverzüglich in Aktion treten.

Reichstag.

100. Sitzung. Freitag, den 11. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Der Vizepräsident ist mit einem Votum geschmückt. Am Bundesratspräsidenten: Herr v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des Gesetzes betr. Besteuerung der Erbschaften.

§ 13 befreit von der Erbschaftsteuer einen Erwerb von nicht mehr als 500 M.

Erwerb, der in Darreichung des Unterhalts für 30 Tage besteht (§ 1969 Bürgerliches Gesetzbuch), Befreiung von einer Schuld, die in Rücksicht auf eine Notlage des Schuldners angeordnet ist, Erwerb, der an eheliche Kinder und an uneheliche seitens der Mutter oder mütterlichen Voreltern fällt, Erwerb, der an Ehegatten fällt, Erwerb, der an Eltern, Großeltern, vom Vater anerkannte uneheliche Kinder und an Kindesstatt angenommene Personen fällt, soll bis zu 10 000 M. frei bleiben. Legate von Personen, die im Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben, bis zu 3000 M. sollen von der Steuer frei bleiben. Schließlich soll frei bleiben Erwerb, der an Familienstiftungen fällt.

§ 14 bestimmt, daß Erbschaften an Kirchen, Stiftungen usw., Anwendungen für kirchliche oder gemeinnützige Zwecke sowie an Statten und Unterstützungskassen für Familienangehörige und solche Personen, die zum Erblasser in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, nur mit 5 Prozent befreit werden sollen.

Die Beratung über beide Paragraphen wird verbunden. Die Abgg. v. Savigny und Graf Praskina (Z.) beantragen, Erbschaften an Kirchen und an Anstalten usw., die kirchliche, mildtätige und gemeinnützige Zwecke verfolgen, sofern sie das Recht juristischer Personen haben, von der Steuer frei zu lassen und 4 Proz. statt 5 Proz. zu setzen für Anwendungen zu kirchlichen, mildtätigen und gemeinnützigen Zwecken sowie für Erbschaften an Unterstützungskassen usw. für Familienangehörige und Personen, die zu einem wirtschaftlichen Unternehmen, bei dem der Erblasser beteiligt war, in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen.

Abgg. Müller-Reiningen und Wiemer (fr. Sp.) beantragen, in § 13 die Grenze für die Steuerfreiheit von Erbschaften auf 1000 M. heraufzusetzen, in § 14 die Ausdehnung der Ermäßigungen auf „Kirchen“ und „Kirchliche Zwecke“ zu streichen.

Die Abgg. Albrecht und Genossen beantragen, die Grenze für die Steuerfreiheit auf 2000 M. heraufzusetzen und bei Legaten für solche Personen, die zum Erblasser in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden haben, auf 3000 M. Dagegen soll § 14 (die ermäßigten Steuerfälle) ganz gestrichen werden.

Abg. v. Savigny begründet den Antrag des Zentrums. Präsident v. Ballestrin: Der Abg. v. Savigny ist in seiner Begründung auch auf § 14a eingegangen. (Das Zentrum beantragt darin, die unter § 14 bezeichneten Anwendungen bis zu 5000 M. überhaupt frei zu lassen.) Ich halte es für richtig, auch diesen Paragraphen mit zur Diskussion zu stellen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Die von uns vorgeschlagene Erhöhung der frei bleibenden Erbschaften von 500 auf 1000 M. entspricht den Wünschen gerade des Mittelstandes, und sollte daher auch der Rechten und dem Zentrum annehmbar sein. § 14 wollen wir nicht beseitigen, wie die Sozialdemokraten, wir erkennen die Ausführungen des Vorredners bezüglich des idealen Sinnes als berechtigt an, wir wollen aber beseitigen das Wachstum des Vermögens der toten Hand. Wir wissen ja gar nicht, wie groß die Tragweite der Bestimmungen des § 14 ist, die wir zu streichen wünschen. Nach der letzten Veröffentlichung fielen im Jahre 1898 an die tote Hand in Preußen über 8 Millionen Mark. Das ist aber nur die genehmigungspflichtige Summe; die Beträge unter 3000 M. überfließen das Doppelte, so daß in Preußen 24 und in ganz Deutschland etwa 40 bis 45 Millionen jährlich an die tote Hand fallen. Das halten wir für schädlich und bitten daher um Annahme dieser Anträge. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Stoeder (Wirt. Ver.): Dr. Müller-Reiningen bezeichnet das Geben an Kirchen als bedauerliches Privilegium. (Widerpruch bei den Freisinnigen.) In den Kreisen, in denen ich verlehre, in den Kreisen der lebendigen Christen (Lachen links.) werden solche Geben nicht bedauert, sondern stets mit großer Freude begrüßt. (Heiterkeit links.) Wir bitten um Annahme des Antrages Savigny. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Reichschatzsekretär Herr v. Stengel: Die Heraushebung der Befreiungsgrenze von 500 auf 1000 M. wird regierungsseitig nicht für berechtigt gehalten, zumal die dem Erblasser nahehestehenden Personen in viel höherem Maße befreit sind. Für den Mittelstand fällt die Sache gar nicht ins Gewicht, wohl aber für die Reichsfinanzen. Die Anträge Savigny und Wiemer bezüglich der Kirche und kirchlichen Anwendungen stehen in scharfem Widerspruch zu einander; die Regierungsvorlage und die Kommissionsbeschlüsse schlagen einen Mittelweg vor, der meines Erachtens berechtigt ist. Eine Statistik, wie sie Dr. Müller wünscht, werden wir für das ganze Reich auf Grund des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzes erlangen. Die Anträge Savigny wären bereits in der Kommission gestellt und erörtert worden; jetzt läßt sich schwer übersehen, wie weit dadurch etwa Unstimmigkeiten in das Gesetz hineinkommen. Würden wir dem Antrage Savigny folgen, so bereiten wir den Weg für etwas, das die Antragsteller nicht wollen, nämlich für die direkte Besteuerung des Vermögens zur toten Hand. Deshalb kann ich Ihnen nur die Annahme der Kommissionsbeschlüsse empfehlen.

Abg. Bernstein (Soz.):

In notwendiger Konsequenz der Tatsache, daß gestern unser Antrag zu § 12 abgelehnt worden ist, hatten wir unseren Antrag zu § 14 zurückgezogen. Im übrigen ist unsere Stellung zu den beiden Paragraphen 13 und 14 unverändert die gleiche, wie sie in erster Lesung zum Ausdruck gekommen ist. — Es war sehr interessant, zu hören, wie Herr v. Savigny, der gestern nur für einen kleinen Teil seiner Fraktion sprach, heute als Redner der gesamten Zentrumspartei diese Anträge hier begründen konnte. Daß das Zentrum, wie er sagte, in der Kommission es bereits versucht hat, diesen Anträgen Geltung zu verschaffen, muß ich entschieden in Abrede stellen. So weitgehende Forderungen für die Kirche, wie sie hier jetzt auftritt, sind in der Kommission nicht aufgestellt worden. Diese Anträge sind ein vollständiges Novum in den Verhandlungen über dieses Gesetz. Herr v. Savigny hat sich darauf berufen, daß in der Gesetzgebung der Einzelstaaten den Kirchen derartige Privilegien eingeräumt sind. Wir sind aber im Reichstag nicht dazu da, das zu bereinigen, was durch alte Gesetze unter ganz anderen Verhältnissen eingeführt ist und bis heute noch fortgeschleppt wird. In dem Gesetz wird nicht nur von Kirchen, sondern im allgemeinen von religiösen Gemeinschaften gesprochen. Das soll wohl die Sache weiteren Kreisen schmackhafter machen. Wir übersehen aber nicht, daß es sich dabei nur um anerkannte Religionsgemeinschaften handelt, also um solche, die die Rechte einer juristischen Person besitzen; ebenso bei mildtätigen Gesellschaften. Und Herr v. Savigny hat nicht verkehrt hinzuzufügen, daß es sich dabei um Gesellschaften handelt, die einer staatlichen Prüfung unterzogen worden sind. Die Begründung dieser Steuerpläne hörte sich ja sehr rührend an. Dabei handelt es sich aber gar nicht darum, daß etwa der Kirche das Recht genommen werden soll, zu erben, sondern es wird ihr nur zugemutet, zu den Lasten des Staates dasselbe beizutragen wie andere Erben. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist hier vorgeführt worden, welche große Summen die tote Hand einnimmt. Der größte Teil der Millionen, die der Kirche zufließen, geht auf kleine und kleinste Beiträge der armen, und ärmsten Massen zusammen. Für diese Unsummen aber würde auch bei Annahme unseres Antrages keine Besteuerung eintreten, denn die Beträge bis 500 M. sind ja schon in der Kommissionsfassung sowieso steuerfrei, und diese Grenze soll nach dem Antrage Müller-Reiningen bis auf 1000 M., nach unserem Antrage auf 2000 M.

hinaufgesetzt werden. Die Debatte hat mich in dieser Hinsicht etwas bedenklich gestimmt. Trotzdem bleiben wir dabei, wir wollen keine Ausnahmegesetzgebungen gegenüber kirchlichen Legaten. Abg. Dr. Stöder meint: Wer wohnt, den ergreift eine Unlust, wenn er nach dazu eine Steuer bezahlen soll. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sehr unrichtig! Denn wenn er wirklich etwas Gutes für die Allgemeinheit tun will, so muß er damit einverstanden sein, daß ein Teil davon für den allergeringsten Zweck innerhalb der Nation: für die Reichskasse verwendet werde. Ich will gar nicht leugnen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen die wohlthätigen Stiftungen viel Gutes schaffen. Aber auf der anderen Seite wird mit ihnen auch sehr viel Unfug getrieben. Und diese Stiftungen nehmen leider den größten Teil der Gelder für sich in Anspruch, die überhaupt für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stehen. Bei den „mildtätigen Stiftungen“ ist aber immer die Gefahr des Nepotismus (Bettelnwirtschaft) und der Korruption vorhanden. (Sehr richtig! links.) Die übernommene alte „Mildtätigkeit“ steht im Widerspruch mit dem Geiste der modernen sozialen Reform. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) zu dem Geiste der Staats- und Reichsgesetzgebung, so wie er wenigstens sein sollte. So können Sie zum Beispiel die riesige moderne Arbeitslosigkeit unmöglich mit „Mildtätigkeit“ bekämpfen, sondern nur durch soziale Gesetze. Gerade die Erbschaftsteuer aber könnte dem Reiche die nötigen Mittel zur Durchführung sozialer Gesetze beschaffen. Wir sind daher Gegner der ganzen Steuerprivilegien der §§ 13 und 14. Wir werden gegen die Kommissionsfassung und erst recht gegen den Antrag v. Savigny stimmen. Falls unser Antrag abgelehnt werden sollte, werden wir für den Antrag Dr. Müller-Reiningen stimmen, da er wenigstens einen großen Teil der sonst steuerfreien Stiftungen unter das Gesetz stellt.

Dr. Stöder sagt: Wohltätigkeit sei „lebendige Hand“. Wir aber sagen: Die lebendige Hand das ist die öffentliche Gesetzgebung, nicht eine Privatstiftung, mag sie sich nennen, wie sie will. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Man hat hier viel von „religiösem“ Empfinden gesprochen. Ein eigentliches „religiöses“ Empfinden, das von 10 Proz. oder 5 Proz. Erbschaftsteuer abhängt! (Sehr gut! links.) Herr Stöder sprach vom „Geben im großen Stil“; dabei dachte er vielleicht an den Freiherren v. Wichard, der die Gaben im großen Stile n a h m. (Lebhafte Heiterkeit links.) Herr Stöder sagt, die Anwendungen kommen von der toten in die lebendige Hand; statt solcher allgemeinen Reden sollte er die Statistik ansehen. Von den 4,8 Millionen Anwendungen an die katholische Kirche im Jahre 1898 waren nur 543 000 M. für mildtätige Zwecke bestimmt. Alles andere für rein kirchliche Zwecke, Seelenmessen und dergleichen! (Lachen des Abg. Erzberger.) Alle Erbschaften werden in etwa einem Menschenalter, nach 30 Jahren, von neuem besteuert; nur bei der toten Hand nicht! Was die hat, hat sie unversteuert für alle Zeiten. (Sehr richtig! links.) Ich appelliere an das liberale Gefühl aller Liberalen im Reichstage, auch der Nationalliberalen (Lachen rechts), das Kompromiß, das einseitig vom Zentrum gebrochen ist, auch ihrerseits zu verlassen und für unseren Antrag zu stimmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Savigny (Z.): Die Liberalen sollten so liberal sein, dem religiösen Empfinden, aus dem heraus Schenkungen für kirchliche Zwecke gemacht werden, die Freiheit zu lassen, dafür keine besondere Steuer zu zahlen. (Lebhafte Heiterkeit links. Bravo! im Zentrum.)

Abg. Westermann (natl.): Die Sorge für den Liberalismus der nationalliberalen Partei möge Herr Müller-Reiningen u s überlassen. (Lautes Lachen links.) Wir halten an den Beschlüssen der Kommission fest. Wenn das Zentrum das nicht tut, werden wir uns unsere Stellung für die dritte Lesung vorbehalten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schmidt-Warburg (Z.): Die Beschlüsse der Kommission sind doch nichts absolut Unantastbares; es muß doch gestattet sein, auch jetzt noch Anträge zu stellen, sonst wäre unsere Beratung hier ja überflüssig. Was die Liberalen jetzt wollen, haben sie nicht einmal in der Zeit des Kulturkampfes gemollt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen polemisiert in längeren Ausführungen gegen den Abg. Stöder. Der Herr Abg. Stöder und seine Freunde prunken immer mit ihrer „nationalen Gesinnung“. Dieses Sträuben gegen eine Besteuerung der toten Hand zeugt gerade nicht von nationaler Sinne. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Die vorliegende Frage ist keine religiöse, sondern eine einfach steuerpolitische. Wir sind Gegner jeder Sondersteuer, aber auch jedes Steuerprivilegiums. An dieser inneren klaren Stellungnahme werden uns die Ausführungen des Abg. Stöder nicht irre machen. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Böhm (natl.): Es handelt sich hier um eine ganz spezielle Frage, die nach praktischen Gesichtspunkten zu entscheiden ist. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.)

Abg. Dietrich (L.): Ich brauche nicht erst auszuführen, daß wir die kirchliche Liebestätigkeit so hochschätzen wie der Abg. Stöder, aber die Befürchtung, daß die Kommission zu gefährden, veranlaßt uns, für die Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse und gegen die Anträge v. Savigny zu stimmen — trotz der Bundesgenossenschaft des Abg. Dr. Müller in dieser Frage, die uns fast betrogen hätte, für die Anträge zu stimmen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.) protestiert gegen die Wortworte des Vorredners.

Hiermit schließt die Diskussion. Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß ein Antrag Müller-Sagan auf namentliche Abstimmung über den Abänderungsantrag Müller-Wiemer eingelaufen sei.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Bei der Abstimmung werden zunächst die Anträge Albrecht (Soz.) und Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.) zu § 13 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Gruppen abgelehnt. Die Anträge v. Savigny (Z.) zu § 15 werden gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Rechten abgelehnt. § 13 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge Albrecht (Soz.) zum § 14 sind zurückgezogen. Der erste Abzug des Antrages Savigny zu § 14 wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung und einiger Konservativen abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Müller-Reiningen zu § 14 mit 133 gegen 113 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. (1) Große Heiterkeit und Handklatzchen links. Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche verkündet das Resultat noch einmal. (Lebhafte Unruhe rechts und Verhandeln des Vizepräsidenten mit den Schriftführern.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Bei der Ermittlung des Resultats ist ein Irrtum vorgekommen; die Ermittlung muß wiederholt werden.

Der Antrag Dr. Müller-Reiningen ist mit 171 Stimmen gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt!! Die Anträge Savigny werden abgelehnt, § 14 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 13 befreit den Landesfürsten und die Landesfürstin von der Erbschaftsteuer.

Abgg. Dr. Müller-Reiningen und Wiemer beantragen, diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Gerlach (fr. Sp.): Der Antrag Müller-Reiningen ist in der ersten Lesung der Kommission angenommen; die Ablehnung in der zweiten Lesung muß auf

Borgänge hinter den Kulissen

zurückgeführt werden. Es wurde gesagt, daß bei Streichung dieses Paragraphen das ganze Gesetz scheitern würde!! Das ist ein unerhörtes Mißtrauen gegen die Fürsten selbst. Wir haben größeres Vertrauen zu den Fürsten und dem Bundesrat. Auch

der Fürst soll dem Reiche geben, was des Reiches ist. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Wiemer (fr. Sp.): Im Reichsgesetz ein Privilegium für die Fürsten zu schaffen, liegt meines Erachtens nicht im Interesse der Fürstentümer selbst. In unserer sozial verkümmerten Zeit ist es nicht wohlgetan, eine Bevorzugung der Leistungsfähigsten zu schaffen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Reichschatzsekretär Herr v. Stengel: Es handelt sich nicht darum, ein neues Privileg der Bundesfürsten zu schaffen, sondern ein Privileg der Landesfürsten zu erhalten, ein Privileg, das aus ihrer Souveränität entspringt. Deshalb ist es richtig, die Beschlüsse der Kommission aufrecht zu erhalten.

Abg. Bernstein (Soz.):

Der Erbschaftsteuerentwurf ist ein neues Reichsgesetz, in das man keine veralteten Einrichtungen hineinbringen soll. Neues Recht soll nach neuen Grundfassen geschaffen werden.

Die Steuerprivilegien der Landesfürsten

Stammen aus Zeiten mit ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen. Es ist gar nicht abzusehen, weshalb von der Erbschaftsteuer irgend ein Angehöriger des Deutschen Reichs ausgenommen werden solle, und stehe er noch so hoch. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichschatzsekretär auf die angeblich großen Opfer der Fürsten hingewiesen hat, so erlaube ich mir hinter diese Worte ein lebhaftes Fragezeichen zu setzen. Für die Zwecke des Reichs bringt doch gerade die große Masse die größten Opfer. Ich glaube nicht, daß es ehrenvoll für die Landesfürsten ist, daß man für sie hier eine Steuerbefreiung hineinbringt, die früheren Staatsleistungen entsprach, aber mit unserem modernen Leben nicht mehr im Zusammenhang steht. Wir sind als Sozialdemokraten auch Republikaner. Wir sind Gegner der monarchischen Staatsformen, wir halten sie für überlebt und für durchaus nicht mehr zweckentsprechend. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber unsere Gegnerschaft gegen diese Steuer-Exzeption kommt nicht aus dieser Anschauung heraus. Man kann Anhänger der Monarchie und doch Gegner dieses Steuerprivilegiums sein. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wenn die Kaiser Monarchen haben wollen, so steht ihnen frei, für sie Opfer zu bringen und auf dem Wege der Gesetzgebung ihnen Gelder auszugeben. Das ist eine Sache für sich, und ich glaube, dem deutschen Volke kann nach dieser Richtung kein Anhänger der Monarchie einen Vorwurf machen. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube sogar, daß das deutsche Volk in dieser Richtung etwas mehr tut, als notwendig ist, und daß ein Teil der jetzigen Finanzen davon herrührt, daß wir noch in dem alten föderalistischen Schotem stehen, durch das die Nation große Ausgaben hat für die Menge von Landesregierungen, die ganz und gar keine Funktionen mehr haben und die sich nur erhalten haben im neuen Reich, weil sie nun so zufällig einmal da waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die meisten Landesfürsten sind ferner außerordentlich reich und verfügen über Einnahmen, von denen man — milde ausgedrückt — sagen muß, daß ihr rechtliches Herkommen ein außerordentlich zweifelhaftes ist. (Hört! hört! und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Eine Fülle von Gütern, die nach dem strengen Rechte dem Lande gehören, sind infolge allerlei zweifelhafter Deklarationen in den „Beig“ der Landesfürsten übergegangen. Es gibt keinen deutschen Landesfürsten, der Rot leidet. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keinen Landesfürsten in Deutschland, dem es seine Einnahmen nicht erlauben, so zu leben, wie es ihm besagt. Und wenn wir es wirklich nötig hätten, den Landesfürsten Mittel zu gewähren, so wäre das Sache der Gesetzgebung der Einzelstaaten. Der Antrag, das fürstliche Privileg zu streichen, wurde in der Kommission in erster Lesung mit dreizehn gegen zwölf Stimmen angenommen. Aber dann hat man alle die Einwendungen gemacht, die wir heute vom Reichschatzsekretär gehört haben: Die Fürsten hätten einen Teil ihrer Souveränitätsrechte an das Reich abgetreten usw. Das ist doch aber das Allermindeste, was sie tun konnten. Das Reich hat ihre Weiterexistenz ermöglicht. Es hieße ihnen kein günstiges Zeugnis ausstellen, wenn man ihnen gleichsam nachträglich noch ein Privileg mit diesem Steuerprivileg bezahlen wollte. Deshalb fordere ich Sie auf, dem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, wie Sie es in der Kommission zuerst getan hatten. Bei dem größten Teile des Volks stehen Sie in dem Glauben: in der Art Ihrer Finanzreform die breiten Massen belastet zu haben. Wenn Sie nicht noch mehr die Auffassung bestärken wollen, daß nur auf dem Rücken der breiten Volksmasse diese Finanzreform zustande kommt, so beseitigen Sie alle diese Privilegien in diesem Erbschaftsteuergesetz, die Privilegien der Kirche, des Grundbesitzes und auch die der deutschen Fürsten! Denn das Deutsche Reich sollte doch stets den Standpunkt der Rechtsgleichheit aufrecht erhalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wagner (libd. Sp.): Dem Volke sagt man, neue Steuern sind notwendig im Interesse der Sicherheit des Reiches. Da wird es das Volk nicht begreifen, daß man vor den höchsten Stellen Halt macht. (Beifall links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Aus der Rede des Reichschatzsekretärs sprach ein vorwärtlicher Geist, gegen den hier Protest erhoben werden muß. Bestern wurde die Erbschaftsteuer von ihm als „indirekte Steuern“ bezeichnet; dann darf doch niemand ausgenommen sein! (Sehr gut! links.)

Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel: Die Erbschaftsteuer kann eine direkte und auch eine indirekte oder wenigstens nicht direkte Steuer sein. (Schallende Heiterkeit links.)

Die Abstimmung über § 15 ist auf Antrag Wagner eine namentliche.

§ 15 wird mit 143 gegen 75 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen aufrechterhalten!

§ 16 trifft Bestimmungen, nach denen Schenkungen unter Umständen, die auf Umgehung der Erbschaftsteuer schließen lassen, dem Gesetze unterworfen sein sollen.

Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen eine redaktionelle Aenderung, die von dem Abg. Bernstein (Soz.) kurz begründet wird. § 16 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 17 legt besondere Privilegien für die zu land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücke und Gebäude fest.

Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, diese Bestimmungen zu streichen, von freisinniger Seite: sie auf Erbschaften bis zum Wert von 20 000 M. einzuschränken.

Abg. Dr. Müller-Reiningen: Falls unser Antrag abgelehnt wird, haben wir noch den Eventualantrag gestellt, das Privileg nur eintreten zu lassen, falls die Grundstücke vom Erwerber selbst benutzt werden. Das liegt gerade im Interesse des kleinen Mittelstandes.

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Wenigstens dieser im Interesse des kleinen Mittelstandes liegende Eventualantrag müßte auf Annahme rechnen können bei denen, die sich stets als „Freunde des Mittelstandes“ geben. (Bravo! links.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Dieses Steuerprivileg hat auch den letzten Schimmer von Berechtigung verloren, nachdem durch den § 12 die Kinder von der Erbschaftsteuer ausgenommen worden sind. So lange der Sohn, der von seinem Vater ein Landgut erbt, das ja seinen mobilen Geldwert repräsentiert, der Steuer unterlag, konnte man mit einem Geben von Berechtigung sagen, daß er in der Bewirtschaftung des väterlichen Gutes durch die Steuer imgehener belastet werde. Heute kommt nur noch der Fall in Betracht, daß irgend welche Verwandte das Gut erben, von denen man noch gar nicht weiß, ob sie es verwalten oder bewirtschaften wollen. Sie zu privilegieren, liegt nicht der mindeste Grund vor. Außerdem einbedrückt dieser Paragraph schon deshalb der inneren Berechtigung, weil in § 15 die Bestimmung getroffen ist, daß, wo die Erhebung der Steuer mit irgend welchen

Gärten verbunden sein würde, Stundung bis zu 10 Jahren zugelassen ist und daß die Stundungssicherheit nicht zur Substitution führen darf. Das gilt auch, wenn nicht der Sohn vom Vater, sondern wenn irgend ein Verwandter ein Gut erbt. Auf 10 Jahre kann er sich die bei kleinen Gütern ja geringe Erbschaftsteuer stunden lassen. Der Paragraph stellt also in der Kommissionsfassung ein Privilegium dar, für das wirtschaftliche Gründe nicht geltend gemacht werden können. Er ist ein reines Privileg des Besitzes, der nur den reichen Großgrundbesitzern zugute kommen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie werden daher in erster Linie für Streichung der ganzen Bestimmung, in zweiter Linie für den freifinnigen Antrag stimmen, der das Privileg wenigstens auf die Kleingrundbesitzer beschränkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sowohl der sozialdemokratische als der freifinnige Antrag wird abgelehnt und § 17 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 18 handelt von der Ermittlung des Wertes der Masse. Im zweiten Absatz wird bestimmt, daß bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, der Ertragswert zugrunde gelegt werden soll.

Abg. Stolle (Soz.) (bei der großen Unruhe im Hause schwer verständlich) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieses Absatzes. Dadurch, daß hier statt wie sonst der gemeine Wert bei landwirtschaftlichen Grundstücken nur der Ertragswert der Ermittlung des Steuerbetrages zugrunde gelegt werden soll, wird wieder ein neues Privileg für die Landwirtschaft geschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wird § 18 in der Kommissionsfassung angesetzt erhalten.

Die §§ 19-28 werden debattellos angenommen. Zu § 29 liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) vor, wonach über alle Erbschaften von mehr als 1000 M. eine obligatorische amtliche Inventarisierung aufzunehmen ist.

Abg. Bernstein (Soz.): Die Wichtigkeit der hier vorgeschlagenen Maßregel brauche ich Ihnen wohl nicht näher zu begründen. Es ist eine bekannte und nach den Tatsachen sehr berechnete Maßnahme, die in weiten Bevölkerungskreisen sehr große Steuerhinterziehungen stattfinden. Den großen Vermögensverheimlichungen, die vorgenommen werden, kann erst entgegengetreten werden, wenn man einmal feststellt, wie groß das vorhandene Vermögen war. Dazu bietet sich bei der Inventarisierung der Erbschaft eine vorzügliche Gelegenheit. Vielleicht gewährt diese Inventarisierung die Aussicht auf eine wirklich zutreffende Uebersicht über das Vermögen, die nicht so unsicher sein würde wie die Angaben auf Grund der heutigen Vermögenssteuer. Erst die Inventarisierung würde ein Bild von dem nationalen Reichtum und ein Maß dafür geben, was für nationale Zwecke vorhanden ist. Für unseren Antrag können also selbst diejenigen stimmen, die alle unsere übrigen Anträge abgelehnt haben. — Im Interesse einer gerechten Steuerverteilung, im Interesse einer wirklich zuverlässigen Vermögensstatistik und im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit fordere ich Sie dringend auf, diesen Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freifinnigen abgelehnt.

§ 46 der Regierungsvorlage, der das Erbschaftsteuerrecht zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen ermächtigt, soll nach dem Vorschlag der Kommission gestrichen werden.

Abg. Bernstein (Soz.) tritt für Aufrechterhaltung des § 46 ein. § 46 wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen.

Zum letzten Paragraphen der Vorlage liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, nach dem aus den Mitteln der Erbschaftsteuer die Abgaben auf Salz, Petroleum und Zucker abgeführt werden sollen.

Abg. Bernstein (Soz.): Was wir erstreben, ist: dieser Erbschaftsteuer, auf deren Boden wir stehen, die größtmögliche Steuererleichterung zu verschaffen. Wir sind aber Gegner der Ausgaben, für welche diese Steuer erhoben wird. Wir stellen daher den Antrag, die Abgaben auf ein so notwendiges Volkswirtschaftsmittel wie das Salz, durch welche der Preis dieses Produktes um mehr als 100 Proz. verteuert wird, ebenso die Abgaben auf Petroleum, dieses wichtige Beleuchtungs- und Heizungsmittel, welches von den breiten Massen in höherer Nähe konsumiert wird als von den besitzenden, denen Gas- und Elektrizität zur Verfügung stehen, und ebenso die Abgabe auf Zucker zu beseitigen. Trotz all der schweren Mängel, welche Sie durch Ablehnung unserer Anträge dem Erbschaftsteuerrecht gegeben haben, werden wir für dieses stimmen, und wir hoffen, wenn unser Antrag auf Beseitigung der genannten Abgaben angenommen wird, daß darin für Sie ein Anreiz liegen wird, die Höhe der Erbschaftsteuer in der Weise zu erhöhen, wie wir es beantragt haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Da sich niemand weiter zum Worte meldet, kommt es gleich zum Abstimmung.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Hierauf verlagert sich das Haus am Sonnabend 1 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Zweite Beratung der Diktensvorlage und der mit ihr in Verbindung stehenden Vorlage auf Aenderung der Reichsverfassung. 2. Zweite Beratung einer Novelle zum Reichsstempelgesetz. 3. Mantelgesetz.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Automobilgesetzentwurf.

Die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs über die Haftpflicht für den bei dem Betrieb an Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden nahm gestern nach zweitägiger Debatte den § 1 des Gesetzentwurfs in folgender Fassung der Regierungsvorlage an:

„Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs ein Mensch getötet oder körperlich verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Betriebsunternehmer verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Als Kraftfahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes gelten Wagen oder Fuhrwerke, welche durch elementare Triebkraft bewegt werden, ohne an Bahngleise gebunden zu sein.“

Die Erlasspflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Verletzten verursacht worden ist. Im Falle der Verschuldung einer Sache steht das Verschulden desjenigen, welcher die tatsächliche Gewalt über die Sache ausübt, dem Verschulden des Verletzten gleich.“

Anerkannt wurde, daß die Schadenersatzpflicht ebenso wie bei Eisenbahnen nur dann ausgeschlossen ist, wenn ausschließlich höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten den Schaden verursacht hat, während bei nur vorliegendem Mitverschulden nach dem Grundgedanken des § 254 B. G. B. dennoch eine Schadenersatzverpflichtung ausgesprochen werden kann. Den größten Mann in der Debatte nahm die Frage in Anspruch, ob als Träger der Schadenersatzpflicht der Eigentümer, der Automobilhalter oder der Betriebsunternehmer anzusehen sei. Von den ausländischen Vorschlägen und Befehlswürfen will der österreichische Gesetzentwurf den Führer und den Eigentümer haftpflichtig machen, steht aber eine große Anzahl Ausnahmen vor. Der schweizerische Entwurf wollte dem Automobilhalter die Schadenersatzpflicht auferlegen. Frankreich und England haben spezielle Vorschriften über die Haftung für durch Automobile angerichtete Schäden nicht, gehen aber in der Rechtsprechung in Anlehnung an die allgemeinen Rechtsgrundsätze über Haftung teilweise über das deutsche Verschuldungsprinzip weit hinaus. Die Notwendigkeit einer Zwangsversicherungspflicht wurde allseitig anerkannt und betont, daß allein diese geeignet sei, etwaige Schäden für den Schadenersatzpflichtigen zu mildern und einen zahlungsfähigen Schuldner dem Verunglückten für jeden Fall zu sichern.

Die nächste Kommissionsitzung findet am Dienstag statt.

Die Revolution in Rußland.

Die Duma fordert die Amnestie.

Der Zar ist so kurzschichtig gewesen, in seiner Begrüßungsrede, die übrigens sein einziges Geistesprodukt sein soll, kein Wort über eine Amnestie verfallen zu lassen. Er bildete sich augenscheinlich ein, seine armfertigen Phrasen würden im Lande einen derartigen Eindruck machen, daß man die erste und selbstverständlichste Forderung, die einer allgemeinen Amnestie, ganz vergessen würde. Die ersten Reden, die in der konstituierten Duma gehalten wurden, beweisen freilich, daß die Abgeordneten die Stimmung der Massen denn doch besser kennen. Die erste Sitzung der Duma nahm folgenden Verlauf:

Die Wahl Muromzews zum Präsidenten wird mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Dieser bezieht sodann unter lauten Beifallsrufen die Präsidententribüne. Als erster bittet Petrunzewitsch um Wort. Auf Aufforderung des Präsidenten bezieht er die Rednertribüne und bezeichnet es als Pflicht der Ehre und Würde, daß das erste freie Wort denen gewährt sei, die für die Freiheit der Heimat ihre Freiheit geopfert hätten. (Stürmischer Beifall.) Alle Gefängnisse seien überfüllt, tausend Hände seien der Duma, Freiheit ersehnd, entgegengereckt. Es sei Pflicht, alles daran zu setzen, daß die Freiheit, die sich Rußland erkaufte habe, keine neuen Opfer mehr koste. (Stürmischer Beifall.) Friede und Eintracht werden gefördert. Obgleich diese Frage bei der Adressdebatte zur Sprache kommen werde, so sei es doch unmöglich, den lauten Schrei des Herzens zurückzubringen und die Frage nicht schon jetzt zu berühren. Das freie Rußland fordere die Befreiung der Verhafteten. (Stürmischer Beifall.)

Muromzew dankt sodann den Abgeordneten für das durch die Wahl ihm erwiesene Vertrauen und betont, die Arbeit der Duma werde vor sich gehen auf der Basis der Achtung vor den Prärogativen des konstitutionellen Monarchen und auf dem Boden völliger Erneuerung der Regierung. (Beifall.) Sodann wurde die Sitzung geschlossen. Da der Präsident sich Freitag dem Kaiser vorzustellen hat, findet die nächste Sitzung der Duma erst Sonnabend statt.

Die Adresse der Duma an den Zaren.

Die Petersburger Zeitung „Nascha Schisn“ ist in der Lage, mitzuteilen, die Adresse der Duma an den Kaiser, die gegenwärtig von der Kommission der Parlamentarischen Fraktion der konstitutionell-demokratischen Partei entworfen wird, werde die Notwendigkeit einer Amnestie, Gewährung der bürgerlichen und politischen Freiheiten an alle Bürger und Befreiung der Scheidewand zwischen Monarchen und Duma, das heißt des Reichsrates, betonen. Das Blatt unterschreibt die Thronrede vollständig; über die Regierung schweigt es; in Wirklichkeit existiere auch noch keine Regierung, sondern es seien nur Personen auf Staatskosten vorhanden, die auf das Erscheinen einer aus der Volksvertretung hervorgegangenen wahren Regierung warten.

Die Resolution des Arbeitertages, die durch die Veröffentlichung der Grundgesetze bekannt wurde, lautet: Am Vorabend der Eröffnung der Duma beschloß die Regierung, dem russischen Volke eine Herausforderung zuwerfen. Die Gesetze sind herausgegeben, ihre Revision ist dem Volke entzogen worden; der Wuraunkratte ist die Macht zurückgegeben worden. Die Duma, die Hoffnung des Landes, versucht man zur Rolle der Dienerin ihrer bürokratischen Regierung zu machen. Man wünscht, dem Volke die Rechte fortzunehmen die ihm zuerkannt waren, und die zu verwirklichen es sich berechtigt hält. Die Partei der Volksfreiheit erklärt, daß sie in diesem Schritte der Regierung eine offene scharfe Verletzung der Volksrechte erblickt, die das Oktobermanifest anerkennt.

Die Presse, die Thronrede und die Amnestie.

Die offiziöse „Nowoje Wremja“ bezeichnet die Thronrede als wichtigen Faktor zur Veruhigung des Landes, zur Festigung des Staatsbürgeriums und der Freiheit. „Nitsch“ hebt hervor, daß die Regierung durch die Thronrede den Beweis geliefert habe, daß sie der Gesellschaft nicht um einen Schritt entgegenkommen will. Die Regierung zeigene sich dadurch aus, daß sie die günstigsten Augenblicke ungenutzt vorübergehen lasse. Die Thronrede habe künstlich alle künftigen Fragen umgangen; die Regierung sei auf dem schmalen Wege, der ihr geblieben, nicht um einen Schritt vorwärts oder rückwärts gekommen. Dieser Stillstand bedeute bei dem allgemeinen Vorwärtstreiben einen Rückschritt. Der gestrige Tag habe ein klar bewiesen, daß nämlich die Regierung planlos handle.

Die gesamte Presse der Residenz ist heute einig in der eindringlichen Forderung der Amnestie. Diese zu erlangen wird das erste Bestreben der Duma sein. Es ist anzunehmen, so wird dem „Tag“ gemeldet, daß die Regierung sich diesem ersten Wunsch des Volkes nicht entgegenstellen wird, denn sonst wäre ein Konflikt von unabsehbaren Konsequenzen da. Was die Wahl Muromzews zum Präsidenten der Duma betrifft, so wird sie von der Presse, speziell der konstitutionell-demokratischen einstimmig gelobt. Muromzew ist ein Mann in der Mitte der Fünftziger und gilt als unschuldig, energisch und mit organisatorischem Talent begabt.

Land und Freiheit.

Der Mehrzahl der Bauerndeputierten genügt das Agrarprogramm der Kadetten nicht. Sie erklären: „Das Land ist Gottes und muß dem gehören, der es bearbeitet.“ Ein Redner verlangte in einer Versammlung der bäuerlichen Abgeordneten, daß jeder Bauer so viel Land erhalten müsse, wie er mit seiner Familie bearbeiten könne. „Erst Land und dann Freiheit!“ Darauf sah die Versammlung aus Anlaß der Ausweisung verschiedener Arbeiter folgende Resolution an: „Wir, 123 Abgeordnete, erblicken in dieser Wahlnahme der Administration eine Herausforderung der Arbeiter, die darauf gerichtet ist, am Vorabend der Eröffnung der Reichsduma einen Streik zu provozieren und an diesem Streik Anlaß zu nehmen. Wir drücken unsere tiefe Unzufriedenheit über diese Handlung der Regierung aus und fordern unsere Genossen aus der Zahl der Arbeiter auf, auf die Provokationen der bürokratischen Regierung nicht zu reagieren und zu glauben, daß wir entschlossen sind, bis zum Schluß gegen die Willkür und für die volle Freiheit zu kämpfen.“

Nach unter den Kosaken gärt es.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Petersburg geschrieben: Für wichtig halte ich eine Episode nach der gestrigen Dumasitzung, bei welcher der Abgeordnete der Uralkosaken auf der Straße zum Publikum sagte: „Die Uniform hat in uns Kosaken den Menschen erdrückt. Das ganze russische Volk muß uns helfen, Staatsbürger zu werden. Wir haben

uns unsere Trophäen nicht in der Wandschüre, sondern hier im Bande geholt. Helft uns, diese Trophäen loszuwerden!“

Die bulgarische Sozialdemokratie.

Die Entwicklung der bulgarischen Sozialdemokratie erschöpft sich seit dem Jahre 1908 in einem unerfreulichen Bruderkrieg, der ihrem Prestige und ihrem Einflusse nicht nur beim Bürgertum, sondern auch bei der großen Masse der noch ungeschulten Arbeiterklasse unersäglichen Schaden zufügt. Diese Periode stellt ein wichtiges und lehrreiches Kapitel der Geschichte des Sozialismus im Orient dar. Deshalb halten wir es für angebracht, diese Geschichte in knappen Zügen darzulegen.

Die bulgarische Sozialdemokratie ist 1894 durch eine Handvoll enthusiastischer junger Gebildeter begründet, von denen manche sodann nach Beendigung ihrer Studien aus dem Auslande zurückgekehrt waren, wo sie sich mit dem Marxismus und der modernen Arbeiterbewegung vertraut gemacht hatten. Schon damals traten zwei Strömungen hervor, die eine mehr den politischen Kampf bezugsnehmend, die andere eine Gewerkschaftsorganisation als Vorstufe für die Bildung einer solchen politischen Partei erstrebend. So entstanden bald zwei Sonderorganisationen. Diese führten aber ihr Sonderleben kaum ein volles Jahr: finanziell erschöpft, einigten sie sich, umso mehr, als prinzipielle Differenzen beide Lager nicht trennten und „nur“ persönliche Gegenstände zu überwinden waren. Die neue Partei eignete sich das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie an.

Bis zum Jahre 1901 war der so gebildeten Partei kein erwähnenswerter Zuwachs an Mitgliedern beschieden. Sie rekrutierte ihre zwar wenigen, aber großen Lebensidealisten hingebenden Anhänger aus den christlichen Schichten der bürgerlichen Intelligenz, zumeist aus der Mitte der Volksschullehrer, die durch die Verfolgungen seitens der damals herrschenden Reaktion und aus Mitleid mit dem hart geplagten Volke zum Sozialismus, das heißt zum Sozialismus getrieben wurden. Ihrem Hauptbestandteil nach war die Partei damals also durchweg bürgerlich-intelligent und kleinbürgerlich. Wenn auch kein an Mitgliederzahl, so ertrug sie die Partei doch der Sympathien eines großen Teiles der Gesellschaft als eine ehrliche und erfrischende Strömung im politischen Sumpf. Somit ertrug sie sich also auch einen gewissen Einfluß auf das öffentliche Leben des Landes. So wenig es ihr aber möglich war, eine erfolgreiche sozialistische Tätigkeit im bürgerlichen und stark konservativ gesinnten Volk zu entfalten, so es prinzipientreu gab sie sich in ihren Worten. Ihr bewußtes Ziel war natürlich die Organisation der Arbeitermasse, aber gerade diese schwierigste der Aufgaben: die inmitten der Schichten des Kleinbürgertums zerstreuten enterten Arbeiterelemente in eine Organisation zusammenzuführen — gerade diese Aufgabe war ihrem dogmatisch erlernten Geiste und ihrer Vorliebe zum Spintisieren nicht angemessen.

Ein regeres Leben innerhalb der Partei begann erst 1900/1901, nachdem 1899 die Gründung der Bauernarbeitergewerkschaft — und damit die Geburt der bulgarischen Arbeiterbewegung — durch den verstorbenen sozialistischen Agitator Dimitar Dimitrow erfolgt und so der Sozialdemokratie ein Rückgrat gegeben war. Die Partei selbst begann nun durch und durch proletarisch zu werden und nahm einen raschen Aufschwung. Gleichzeitig traten aber verhängnisvolle taktische Differenzen innerhalb der Partei hervor. Es sei vorausgeschickt, daß, soviel auch die „engherzigen“ Sozialisten ihren Parteigegnern, den „weitherzigen“ Sozialisten, Revisionismus vortrugen, die damals ausgebrochenen Streitigkeiten mit der derzeitigen Vernunftdebatte der deutschen Sozialdemokratie nichts gemein hatten. Für jene Differenzen kann man eine Analogie nur etwa in den inneren Kämpfen der russischen Sozialdemokratie finden.

Die um diese Zeit hervorgetretenen spontanen Bewegungen der Handwerker und der Bauernmasse gegen die reaktionäre Regierung Stambolows gaben dem Genossen Janko Salafow, der als Begründer des „weitherzigen“ Sozialismus gilt, den Mut, die Auffassung der bürgerlichen Demokratie, den Zusammenbruch des terroristischen Regimes durch die vereinten Anstrengungen aller demokratischen Kräfte des Landes und ein eventuelles Zusammengehen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem fortschrittlichen Bürgertum in Aussicht zu stellen. Demgegenüber vertraten die „engherzigen“ Sozialisten die Meinung, daß es außer der Sozialdemokratie keine Kraft gibt, die den bulgarischen Monarchismus ernsthaft bekämpfen kann und daß demgemäß eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige Partei gegründet werden müsse. Wohlgerne — auch die „weitherzigen“ Sozialisten haben es keineswegs unterlassen, den unabhängigen, von allen bürgerlichen Strömungen grundverschiedenen Charakter der sozialdemokratischen Bewegung zu betonen.

Es brach nun zwischen den beiden Sonderparteien eine persönliche Feindschaft und ein Wettkampf um Eroberung von Genossen und Zweigvereinen aus, wie er energischer und rücksichtsloser keine bürgerliche Partei geführt worden. Die Frucht von alledem war, daß beide Fraktionen in volle Ohnmacht verfielen. Ihre Mitgliederzahl nahm unaufhörlich ab, ihr Prestige und ihr Einfluß schwinden völlig dahin.

Nach jener Spaltung von 1903 wuchsen sich die Gegensätze zwischen den „engherzigen“ und „weitherzigen“ noch mehr aus. Man kann kurz sagen, daß sich allmählich die Gruppe der „weitherzigen“ zu einer modernen sozialdemokratischen Partei gestaltete, in der es allerdings eine Linke und eine Rechte und dazwischen ein Zentrum gibt; die Gruppe der „engherzigen“ kann man etwa mit den deutschen sog. „Anarcho-Sozialisten“ vergleichen. Während der drei Jahre seit 1903 vermochten die „weitherzigen“ die wirtschaftliche Organisation des Proletariats zu erweitern und zu kräftigen. Leider mußte das geschehen unter Kämpfen gegen die „engherzigen“, die ihre Bestrebungen auch in die Gewerkschaftsbewegung hineintragten wollten. Demgegenüber erklärten die „weitherzigen“ Sozialisten, daß es für die Gewerkschaften absolut notwendig sei, einzig zu bleiben, wollten sie ihre Werkkraft nicht preisgeben und im Wirtschaftskampfe nicht in volle Ohnmacht verfallen.

Ueber die neue Spaltung der „engherzigen“ Gruppe ist nicht viel zu sagen. Es bestehen weder prinzipielle noch taktische Differenzen zwischen den beiden Fraktionen; es sind nur unbedeutende Gegensätze in der Organisationsfrage zutage getreten. Trotzdem nehmen die Anfeindungen zwischen den beiden feindlichen Erbkern heute denselben Umfang und dieselben Formen an, wie vorher die zwischen den „engherzigen“ und „weitherzigen“. Die vom „liberalen“ Flügel proklamieren in ihrem soeben geschaffenen Organ „Proletarier“ den Kampf gegen drei Fronten: gegen den „konserbativen“ Flügel, gegen den Opportunismus der „weitherzigen“, denen sie allerdings viele Zugeständnisse machen, und endlich gegen die Bourgeoisie.

Die Partei der „weitherzigen“ Sozialisten hat sich auf ihrem letzten Kongresse (Juli 1908) bereit erklärt, auf der Grundlage der Anstifterdeklaration die Einigung der sozialistischen Kräfte zu arbeiten.

Man fragt sich, wie eine solche Entwicklung möglich ist, wie eine sozialistische Fraktion sich zu einer anarcho-sozialistischen Fraktion konnte. Man kann das nicht verstehen, wenn man nicht die sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse Bulgariens herbeizieht. Bulgarien durchläuft eine Periode, in der die alten Wirtschaftsformen rasch dahingehen, während der Prozeß des Aufbaues der neuen ökonomischen Struktur infolge der politischen Mißwirtschaft verlangsamt ist. Dieses Mißverhältnis erzeugt eine starke Schicht von beschäftigungslosen Gebildeten und deklassierten Proletariaten. Dieser Elemente, die eine große Rolle bei der Versumpfung des politischen Lebens Bulgariens spielen, konnte sich die Sozialdemokratie nicht erwehren.

Über je mehr sich die sozialen Verhältnisse aufräumen, je mehr das schaffende Proletariat an Zahl und Massenbewußtsein wächst, umso mehr verliert der „Anarcho-Sozialismus“ an Boden, sobald auch in Bulgarien in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie endlich eine Periode ruhiger Entwicklung erreichen dürfte. —

Aus Industrie und Handel.

Aufsichtsrat-Trinkgelber. In Mannheim-Neckarau be-
sitzt die Aktiengesellschaft der Rheinischen Gummi- und
Kellulosefabrik, deren Arbeiter gegenwärtig wegen einer auf
Lohnerhöhung gerichteten Bewegung ausgeperrt sind, ihren
Aufsichtsrat bestehende Lantienmen. Jeder Lantienmenrat erhält für
Teilnahme an drei Sitzungen die Kleinigkeit von 75 000 Mark. —
Eine den Reichstagsmitgliedern bekannte Persönlichkeit ist die kleine
habische Exzellenz v. Jagemann, der ehemalige Vertreter
des Münsterlandes im Bundesrat. Dieser Herr, der jetzt pensioniert
ist und an der Universität Heidelberg als Privatdozent Rechts-
wissenschaft lehrt, besitzt einen unverwundlichen Reichtum. Es gelang
ihm, Aufsichtsrat des in Heidelberg domizilierten Bankinstituts zu
werden; als solcher nimmt er wohl zweimal im Jahre an den
Sitzungen teil, wofür ihm ein kleiner Nebenverdienst zufällt, der
ebenfalls mit fünf Ziffern sehr kräftig ausgedrückt wird. Den An-
gestellten des Fabrik- und Bankwesens dagegen wird jede geringe
Anstellungsverbesserung striktig gemacht.

Eine tumultuarische Generalversammlung, die ihre Fortsetzung
wohl noch vor dem Strafrichter finden wird, wenn die verschiedenen
Akteure aus den beiden Lagern nicht vorziehen, sich nach bekannter
Methode zu vertragen, nachdem man sich geschlagen, war die der
Aktionäre der Senftenberger Kohlenwerke. Die eine Partei warf
der anderen eigennütziges Verhalten auf Kosten der Gesellschaft vor;
die Vorwürfe der Uebergründung, der Unfähigkeit, der unläuterlichen
finanziellen Verbindungen mit Lieferanten, der strafbaren Be-
günstigung, des Kontraktbruchs usw. flogen hin und her. Die Ge-
schichte endete vorläufig mit dem Hinauswurf des Herrn Eydam,
des Vertreters der einen Partei, aus dem Aufsichtsrat. Eydam
selbst erklärte, er habe bereits der Staatsanwaltschaft Mitteilung
von den Praktiken des Direktoriums zugehen lassen. Ein Mitglied
des Aufsichtsrates legte seinen Posten wieder mit der Begründung
trotz der verfahrenen Verhältnisse und trotz diverser diesbezüglicher
Versuche habe seit Jahresfrist keine Aufsichtsratsitzung stattgefunden.
Nach dem „E. L.“ führte Herr Eydam in der Generalversammlung
folgendes aus:

An drei Momenten habe die Gesellschaft zu leiden gehabt.
Erstens an dem Mißverhältnis, das zwischen ihrem Kapital und
ihrer Schuldenlast bestand, zweitens an der wesentlich verspäteten
und schlechten Maschinenlieferung der Vernburger Maschinenfabrik,
und drittens daran, daß der Direktor der Gesellschaft, Schulz,
nicht imstande sei, ein Kohlenwerk zu leiten. Was insbesondere den
zweiten Punkt, die Maschinenlieferung der Vernburger Maschinen-
fabrik, betreffe, so sei das Urteil von Sachleuten über diese Maschinen
berühmend ausgefallen. Es sei nach Suspensionierung des Direktors
Schulz vom Amte eine Schadenersatzklage auf 300 000 M. gegen die
Vernburger Gesellschaft angestrengt worden. Diese Gesellschaft habe
sich dahin vergleichen wollen, daß sie 200 000 M. Kapital auf ihre
Forderung geben wolle. Die Senftenberger Verwaltung habe aber
270 000 M. gefordert, daran sei der Vergleich gescheitert. Eine
private Sitzung einiger Aufsichtsratsmitglieder habe darauf
den neuen Direktor abberufen. Die Schadenersatzklage sei
niedergeschlagen worden, man habe sich mit einigen Nach-
lieferungen begnügt. Im Zusammenhange damit brachte das
Aufsichtsratsmitglied Eydam die Behauptung vor, daß eine

Persönlichkeit der Vernburger Maschinenfabrik „gewissen Persönlich-
keiten finanzieller Gefälligkeiten“ erwiesen habe, eine Keuherung, auf
die die Verwaltungspartei nichts erwiderte. Eydam berichtete sodann
fernere Einzelheiten finanzieller Mißwirtschaft und führte weiter aus,
daß seit Jahresfrist keine einzige Aufsichtsratsitzung stattgefunden
habe, und zwar trotz wiederholter Bemühung einzelner Mitglieder,
eine solche Sitzung zustande zu bringen.

Das müssen ja nette Zustände sein! Die Direktion bestritt
natürlich jede Schuld, Eydam sei ein böser Kerl, der die Gesellschaft
an die Götter ausliefern wolle. Schließlich wird man sich aber
gegenseitig attestieren: . . . kein Engel ist so rein! Es handelt
sich schließlich ja nur um den Anteil an der Mehrwertbeute.

Eine erhebliche Zunahme der Belegschaften hat während des
ersten Quartals 1906 im preussischen Kohlenbergbau stattgefunden.
Im Steinkohlenbergbau stieg die Zahl der Belegschaften von
444 897 im ersten Quartal 1905 auf 465 633, also um 21 236 Köpfe,
im Braunkohlenbergbau von 44 172 auf 46 803, also um 2631 Köpfe.
Diese Zunahme verteilt sich, wie folgt, auf die einzelnen Bezirke:

Bezirk	1905	1906	Zunahme
Steinkohlenbergbau			
Breslau	114 621	119 963	5 042
Halle	31	34	3
Klausthal	3 787	3 909	182
Dortmund	263 259	270 004	12 835
Bonn	62 899	65 573	3 174
Braunkohlenbergbau			
Breslau	2 257	2 459	202
Halle	84 377	86 232	1 875
Klausthal	1 507	1 607	10
Bonn	5 941	6 485	544

Relativ viel stärker als die Zunahme der Belegschaftsziffer ist
die Steigerung der geförderten Kohlenmengen, wobei allerdings der
außergewöhnliche Ausfall in der Steinkohlenförderung infolge des
vorjährigen Streiks zu berücksichtigen ist.

Preissteigerungen werden gemeldet für Feinbleche auf 145 M.
pro Tonne auf Dortmund oder Siegen, für Schweiseseisen um 5 M.
auf 147 M.

Die Haussiers haben Glück! Der Streit in Frankreich, die
Katastrophe in San Francisco waren für die wirtschaftlichen Wetter-
macher glückliche Ereignisse, nun kommt der Streit in Witkowitz in
Oesterreich hinzu. Infolge Differenzen mit den Arbeitern, die durch
die Waisener noch verschärft wurden, beantworteten die Direktoren
einen Auslass mit Stilllegung des Eisenerz Witkowitz, welches
bei circa 14 000 Arbeiter 900 Tonnen Roheisen täglich herstellt. In 1904
wurden hier circa 1,8 Millionen Doppelpentner gewaltes Eisen und
Stahl produziert. Eine Menge Fabriken der Maschinenbranche beziehen
ihr Eisen von Witkowitz. Die Vorgänge in Witkowitz, die viele
Fabriken in Verlegenheit bringen, werden in Deutschland jubelnd
begrüßt. Es werden Abschlüsse nach Oesterreich zu Inlandpreisen
gejätigt. Das ist ein Grund zu Preissteigerungen.

Sankt Petersburg. Die fiskalischen Saargruben haben für das
zweite Semester die Richtpreise für circa 30 Sorten erhöht, und
zwar für Flammkohlen um 20 und 50 Pf. und für Fettkohlen um
10 und 60 Pf. für Staubkohlen erfolgte ein Zuschlag von 1 M.

Bei Einzelsendungen erhöhen sich in den Monaten September bis
einschließlich Dezember die Preise ungewaschener Kohlen um weitere
40, für gewaschene um 80 Pf.

Aus der Frauenbewegung.

Der eiserne Konkurrent. Durch Einführung von Maschinen in
einer Branche, die sonst nur Handarbeit kannte, sind wieder eine An-
zahl Arbeiterinnen in ihrem Arbeitsverdienste geschmälert, ja vor-
läufig sogar ganz erwerbslos geworden. In der Glasbläsfabrik
von Feuer u. Co. in Schöneberg — einem großen Betriebe, wo un-
gefähr 600 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind — wurden viele
der letzteren mit dem Nähen von Glashandschuhen beschäftigt. Seit
14 Tagen werden dort für diese Arbeit Versuche mit Maschinen ge-
macht. Eine Handnäherin verfertigt an einem Tage bis 700 Körper,
gezählt wird pro 100 Stück 50 Pf., was einen Tagesverdienst von
3,50 M. ausmacht. Eine Maschine wird von drei Arbeiterinnen bedient,
welche für 100 Körper 24 Pf. erhalten. Die Erlangung des früheren
Lohnes bedingt mithin die Fertigstellung von über 4000 Körpern.
In den 14 Tagen jedoch, die als Lehrzeit dienten, haben die Mädchen
einschreiben müssen, daß es unmöglich ist, die Stückzahl auch nur an-
nähernd zu erreichen, sie brachten es im Höchstenfall auf 2000 Stück.
Selbst wenn weitere Gewöhnung die Leistungsfähigkeit noch etwas
steigern sollte, wird die Höhe des früheren Tagesverdienstes nicht
erreicht. Wegen der mangelhaften Leistungsfähigkeit der Maschine
wollen andere Fabrikanten übrigens die Versuche damit eingestellt
haben. Während der Lehrzeit erhielt jede Arbeiterin 15 Mark
Wochenlohn. Die Vorarbeiterin meinte, als ihr vorgestellt wurde,
daß für den niedrigen Preis von 8 Pf. pro Hundert die Arbeit nicht
geleistet werden könne, man solle noch etwas Arbeit mit nach Hause
nehmen! Vom Herrn Direktor wurde geantwortet: „Wenn das nicht paßt,
kann gehen!“ Das haben denn auch 18 von den 30 Arbeiterinnen
getan. Am Freitag verhielten sie von Herrn Feuer eine glänzendere
Lohnzulage zu erlangen. Vergeblich! Sämtliche 18 Mädchen zogen
es darauf vor, die Arbeitsstelle zu verlassen. Bei Auszahlung des
noch zu erhaltenden Wochenlohnes kam es noch einmal zu Aus-
einandersetzungen. Lohn, Buch und Karte sollten sich die Mädchen
am Sonnabendabend, zur Zeit der üblichen Lohnauszahlung holen.
Erst nach ganz energischem Vorgehen gelang es, alles zu erhalten.
Leider ist von sämtlichen Arbeiterinnen keine organisiert. Jeden-
falls wird ihnen obiger Vorfall die gute Lehre geben, sich ihrem
Verbande anzuschließen.

W.

Schöneberg. Der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein
hält am Montag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, seine regelmäßige
Vereinsversammlung bei Obst. Martin Lutherstr. 51 ab. Auf der
Tagesordnung steht: Vortrag der Frau Dr. David über: „Der
neue Vorkurs und seine Wirkung auf die wirtschaftliche Lage“.
Außerdem finden Besprechungen über die am zweiten Pfingstfesttage
stattfindende Landpartie statt und werden die Mitglieder ersucht,
bestimmte und pünktlich zu erscheinen. Gäste, Herren wie Damen,
haben Zutritt. Der Vorstand.

Dr. Richter-Verlag. Im hiesigen Frauen- und Mädchen-
bildungsverein spricht Montag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr
Genosse B. Riethe über „Erd- und Feuerbestattung“. Lokal: Riesen-
Gassestr. 104. Gäste willkommen. Der Vorstand.



**Tokio-
Strohhüte**
mit angebogener Krempe.
Aparte,
kleidsame Formen.
3,75, 2,75, 2,25
1,90, 1,30
75 Pf.



**Rillen-
Strohhüte**
mit angebogener Krempe.
Leichte,
beliebte Stroharton.
3,75, 2,75, 2,25
1,90, 1,30, 0,75
65 Pf.



Kniff-Strohhüte



**Binsen-
Strohhüte**
Sehr leicht **85 Pf.**



Panama-Hüte
Naturfarben u. gebleicht.
Allerneueste Formen u. Ge-
flechte. 30.-, 24.-
30.-, 16.-, 8.-, 5,75 **2 M. 75**



**Dick-
Strohhüte**
mit flacher
Krempe **1 M. 50**

== Zurückgesetzte Herren-Strohhüte . . 25 Pf. ==

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Masstabes
Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Der Haupt-Katalog Nr. 39 (Hüte und Wäsche) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstraße 59-60.

Tausende

von Herren können Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf
an gut sitzenden Bekleidungsstücken im
Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
□ □ □ fertig und nach Maß □ □ □
Bekleidung für sämtliche Berufe
der Firma
LESKE & LEHRER
78 Kottbuser Damm 78

decken.

Da wir unsere sämtlichen **Maßsachen** in eigenen großen, der
Neuzelt entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten anfertigen lassen,
so richten wir an unsere werten Kunden die ergebene Bitte, uns **Pfingst-
bestellungen schon jetzt** zu machen.

Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an das werthe
Publikum, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maß-
sachen auf das Sorgfältigste verarbeiten zu können.

Die jetzt bestellten Sachen können auf Wunsch **auch später**
abgenommen werden.

== Sämtliche bei uns bestellten Maßsachen ==
werden unter Leitung erster Meister und nach dem
vom Verbands der Schneider und Schneiderinnen festgesetzten Lohnsatz
angefertigt.

||| Was Verarbeitung, Eleganz, Sitz und Auswahl an Stoffen anbelangt, |||
steht unsere Spezial-Abteilung unerreicht einzig und allein da. |||

Unerreichte Auswahl an
Frühjahrs-Anzügen • Frühjahrs-Paletots
Knaben-Anzügen • Knaben-Paletots

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadelloser Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

„Penners Ruh“
Allen Kranken und Bekannten zur
Wittelsung, daß ich meine Restauration
von Hummelburg nach Nixdorf,
Pflügerstraße 9 (am Rottbuler
Bassin) verlegt habe. Ich bitte um
gütigen Zuspruch.
17633
Hermann Penner.

**Reichels Universal-
Magenpulver**
Wagenstarkend,
die Verdauung unterstützend, stark
appetitregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 (fr. Ver.).
Otto Reichel, Berlin 49, Eisenbahnstr. 4.

Freibank
für den Gemeindebezirk Berlin.
Wegen Renovierung bleibt die Freibankbeiräte Götlicherstraße 70
vom Sonnabend, den 12. Mai bis Sonnabend, den
19. Mai, inf. geschlossen.
Der Direktor: Preußlow.

Schmerzloses Zahnziehen
gratis! 1727b
Plomben, künstliche Zähne
nur gegen Erstattung der Auslagen.
Zahn-Klinik Friedrichstr. 65, (zw.
Kronen- u. Mohrenstr.)
geöffn. v. 9-5 Uhr, auß. Sonntags.

Hüte **Nützen**
und Strohhüte
für Herren und Knaben.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Landsbergerstr. 90, 1 Treppen
rechts.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Nur soweit Vorrat reicht.

Frischer Stangen-Spargel

15 28 38 48 Pf.

Gewinn- Lose der Königlich Preussischen Lotterie **zähle sofort aus.** 125/13* Heinrich Kron, Bank- u. Lotteriegeschäft, Alexanderstrasse 54.

Gute Die Lagerbestände eines Häufchens erworbenen 117/7*

Schuhwaren Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäfts, nur tadellose, gut gearbeitete Sachen, werden schnellstens **enorm billig** verkauft **Wienerstrasse 15** (am Görlitzer Bahnhof).

W. Zapel, Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131. Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte. Größte Auswahl in Strohhüten. Lager in Schirmen und Mützen. 1904*

Wo? machen wir diesen Som mit unsere Landpartien hin? Nach Pichelswerder zum **alten Freund.** Bei schlechtem Wetter bequem Platz. Der alte Freund. Küche stets in altekannter Güte.

Hutfabrik Carl Renz 11402* 3. Oranienstrasse 3. Filiale: Charlottenburg, Kantstraße 134a. **Große Auswahl in Strohhüten.** Steife und weiche Hüte. - Mützen. Großes Lager in Regenschirmen.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf empfiehlt sich den geehrten Gemarkungen etc. zu seinen Ausflügen. Große Saal, großer schattiger Garten und alter Park, herrlich am Platensee. Billige möblierte Zimmer mit auch ohne Pension, per Kopf von 3 R. täglich an, auch für die Pfingstferien. Ebenso habe noch Himmelsstich, Jamb. Saal und August einige Sonnabende und Sonntage frei. 9102* Um recht zahlreichen Besuch bittet **Friedrich Saewert.**

5. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

282 93 519 89 839 85 932 1188 (1000) 254 337 458
 675 (500) 87 2678 211 456 623 745 871 084 3243 825
 4008 12 (500) 650 78 751 863 (1000) 984 5263 67 998
 7027 499 668 755 81 8108 (1000) 271 (500) 306 (5000)
 86 98 438 77 831 627 722 90 9013 38 103 345 86 413
 536 (500) 633 723 845 922 23

10181 221 61 (500) 368 418 633 730 39 946 (1000)
 11153 241 417 814 767 903 20 12029 90 230 77 469
 614 18 44 67 (1000) 734 80 524 (500) 27 13061 224 77
 (500) 399 423 592 7 737 14212 22 (500) 522 (1000) 994
 15054 172 407 308 682 710 807 66 433 16045 69 168
 20 306 81 430 656 877 928 39 60 75 17386 (1000) 351
 96 (500) 454 639 81 87 806 937 18116 57 82 253 07 443
 56 671 781 19025 122 270 379 772

20045 180 560 699 723 21056 58 107 422 57 78
 337 88 873 22281 484 608 23 (500) 95 887 943 2312
 270 340 512 24033 (500) 148 496 565 600 18 25 787
 25015 430 73 780 903 75 26018 305 31 48 538 780 826
 (500) 22 50 27413 529 755 912 28216 482 (500) 703
 (1000) 944 29208 285 632 713 73 98 879

30127 218 (500) 32 (500) 352 72 74 531 81 619 32
 775 837 31067 373 (500) 93 561 645 996 (500) 33003
 234 (500) 332 493 (500) 610 31 810 30 903 33038 133
 (500) 387 507 688 732 841 904 38 (500) 34018 280
 97 807 682 743 935 35071 195 301 34 410 39 339 (500)
 781 36029 223 90 303 625 39 44 751 928 37287 326
 65 468 539 38044 335 921 24 57 (500) 39036 155 332
 742 823 438

40062 69 (1000) 76 78 219 65 225 670 935 41021
 122 415 906 (1000) 42004 476 572 896 943 43237 500
 44 24 355 (1000) 403 15009 608 974 44638 183 90 642
 74 50 45117 352 429 545 988 707 80 872 950 74 46055
 73 400 20 742 825 87 (1000) 92 47022 75 99 210 30 36
 344 80 570 (500) 711 823 926 67 48012 155 312 99 462
 709 890 49044 (500) 191 285 719 30 589 832

50142 433 43 93 519 78 740 64 66 908 51014 37 602
 85 99 270 417 88 52000 4 30 203 302 73 456 (500) 567
 648 98 766 53073 156 88 78 709 57 66 (1000)
 54102 208 38 81 407 89 307 714 944 55091 129 31
 278 410 96 557 646 (500) 741 (500) 56166 (500) 354
 494 (1000) 594 685 010 12 67 57471 632 58 58 702 57
 58190 217 90 (1000) 325 415 (5000) 586 92 777 826
 50068 154 339

60018 303 122 26 266 354 617 61010 18 46 122 33
 389 446 632 (500) 36 69 707 574 62058 107 223 623
 60 753 522 65119 211 44 (500) 361 392 815 818 83
 64074 136 247 308 685 801 65299 573 (500) 720 905 906
 45 66067 (5000) 426 45 588 133 925 8 86 67319 34
 764 838 916 83 68179 278 321 31 509 (3000) 38 900 8
 69005 137 209 215 74 86 415 (5000) 81 82 514 59 90
 771 867 (5000) 96 901

70010 44 69 87 196 265 95 332 60 418 94 524 (500)
 714 908 76 71122 237 399 481 99 545 93 825 37 44 912
 17 (5000) 44 72172 216 399 437 337 614 39 774 904
 73190 320 494 551 649 74141 300 60 70 501 619 769
 814 878 750 856 113 64 85 350 (5000) 99 602 25 924
 76038 90 138 90 293 324 62 470 635 43 45 763 824 909
 89 77303 404 62 (500) 635 810 988 78000 114 16
 207 57 94 347 61 67 906 79065 77 213 31 (500) 426
 683 (500) 678 899 994

80018 76 416 35 546 790 81099 108 33 276 335 81
 90 (5000) 577 966 703 82149 375 495 565 835 50 (500)
 81 922 71 72 83084 (5000) 161 (1000) 36 393 (500) 462
 902 55 84022 (500) 224 321 (5000) 84 92 641 63 718
 924 30 89 85062 347 607 887 86115 322 405 593 630
 764 (5000) 75 824 87002 69 163 267 83 366 (10000)
 423 518 43 85068 80 105 368 73 416 801 32 860 89192
 444 788 836

90131 306 78 96 631 91 (500) 698 878 91300 14
 81 96 (5000) 821 (5000) 72 81 (5000) 92029 (5000) 536
 71 93086 595 96 717 801 62 (500) 94089 115 (1000)
 219 91 305 433 675 620 725 30 815 95009 207 38 57
 (500) 594 50 672 718 25 835 951 (5000) 96021 (5000)
 127 297 301 12 587 (5000) 603 14 862 922 33 97230 98
 381 (5000) 495 822 49 98169 229 333 417 618 21 81
 984 99174 227 369 836

100017 258 361 67 488 542 71 954 101047 515
 180 (500) 405 25 (500) 654 721 833 941 102427 510
 (1000) 632 915 (500) 103036 308 462 (5000) 83 503
 67 632 704 (500) 29 843 104142 236 66 82 443 599
 623 (500) 86 739 915 46 105041 81 430 832 (30000)
 97 728 (500) 843 (500) 909 (500) 106901 (5000) 128
 365 414 (500) 548 (1000) 660 90 930 42 107228 144 363
 88 419 41 514 671 (500) 807 40 108930 89 235 395
 634 109048 256 307 29 820 914 73 86 (500)

110033 89 257 97 (500) 428 (5000) 96 750 99
 (5000) 111271 319 503 (1000) 852 112022 207
 390 410 700 98 850 61 910 54 83 (5000) 113136 54
 (1000) 289 (5000) 461 583 (1000) 692 725 803 77 90 913
 28 89 114096 65 174 407 529 730 80 541 70 993
 115892 92 98 116106 62 284 476 615 69 705 26 29
 990 117082 360 419 685 913 33 (500) 118037 28 214
 383 608 773 119333 227 36 373 828

120045 (500) 175 395 604 121161 (500) 211 (500)
 368 (500) 25 637 46 50 83 787 894 945 122019 218
 530 (500) 699 706 29 63 944 123141 150 000 (500)

5. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

109 403 623 (500) 721 80 1180 302 676 741 913
 2117 29 81 (1000) 226 403 563 707 21 (1000) 810 948
 3000 192 246 93 230 562 92 (500) 63 788 89 880 4086
 156 (5000) 319 432 529 673 (500) 704 5097 157 388
 456 65 822 65 814 940 49 6021 49 387 484 85 554 772
 (500) 863 915 19 41 7044 45 (500) 146 325 51 05 (5000)
 541 70 74 98 729 (500) 32 (500) 32 8178 90 (500) 369
 682 796 64 827 923 9008 94 129 223 68 (5000) 92 833
 48 740 54 830 949

10106 87 323 (5000) 466 768 75 923 (500) 11191
 (500) 256 (500) 351 71 469 (5000) 885 12179 235 68 447
 36 573 621 96 713 83 (500) 927 91 (500) 13098 155
 (500) 67 386 456 506 765 987 14075 183 235 504 743
 819 15031 184 206 45 424 615 (1000) 827 921 16246
 (1000) 331 793 887 903 17232 494 18145 320 470 550
 66 75 754 810 (1000) 969 19063 78 194 488 71 516 35
 42 613 17 (1000) 93 845 903 (5000)

20104 202 547 722 95 837 93 21007 153 57 297
 332 523 (1000) 22071 (5000) 233 384 793 (500) 872
 23212 304 443 500 888 (1000) 935 24005 63 143 407
 596 989 25310 (5000) 405 70 529 810 26007 13 41 133
 334 401 69 549 789 834 90 27087 196 341 83 415 30 791
 921 25344 46 338 67 927 29086 80 154 90 518 47 (1000)
 646 890

30007 585 547 58 94 31428 59 74 839 32184 222
 631 53 820 60 72 016 (1000) 33346 (500) 474 96 577
 711 700 66 34060 253 447 409 43 546 633 729 70 839
 33262 474 93 643 (500) 809 97 924 50 36182 (500)
 205 884 326 62 657 812 23 37023 70 85 90 96 147 63
 680 796 848 (500) 38074 127 30 200 93 96 404 25 543
 614 82 705 845 39066 74 203 342 68 72 406 20

40298 407 537 78 684 762 94 893 41209 (1000) 408
 21 828 688 743 83 806 42080 (500) 109 260 488 98 524
 42 (1000) 687 43244 87 302 487 820 31 77 96 639 54 65
 74 781 (500) 44002 210 501 733 94 97 (500) 45064 218
 318 57 (500) 430 75 610 719 966 46153 359 411 515
 21 (500) 611 94 827 (500) 42 969 47272 486 511 623 28
 (5000) 779 (500) 48301 633 74 77 98 807 807 908 (500)
 23 90 49068 104 13 263 406 82 630 986

50898 107 327 (500) 89 435 (1000) 584 762 51100
 209 61 317 38 69 736 89 806 70 52321 47 472 634 (500)
 1771 53069 192 73 206 37 98 504 737 861 968 54062
 (500) 68 246 457 823 (5000) 63 609 12 40 83 (500) 827
 55046 240 470 518 730 899 932 (500) 56027 125 347
 (500) 400 500 791 924 57031 (5000) 143 52 91 (500)
 229 90 308 638 726 97 (500) 882 935 58904 209 373 462
 617 731 895 972 59012 184 320 94 74 801 947 (500)

60241 46 350 433 560 71 656 834 61236 (500)
 465 528 720 896 62076 151 60 691 (500) 787 98 500
 104 63182 (1000) 724 89 (500) 588 64081 (10000)
 194 835 690 701 (500) 67 (500) 70 (500) 853 907 65266
 (500) 349 52 81 416 586 674 (500) 787 940 66103
 (500) 220 900 426 530 88 620 78 848 83 903 90 78
 67110 12 338 63 496 606 (500) 744 830 84 86 68124
 47 421 69 76 79 456 686 82 754 (5000) 801 54 929
 69 69090

67007 79 85 223 804 742 (1000) 900 10 32 (1000)
 42 71006 65 118 38 424 694 890 72184 90 296 460
 (5000) 519 35 43 907 73108 (5000) 417 504 882
 (5000) 879 74102 35 78 586 694 78 794 860 75308
 (1000) 388 500 (500) 67 628 886 76029 26 174 209
 91 420 (500) 39 58 527 41 54 91 77015 81 (500) 134
 281 58 350 54 511 775 898 90 67 78005 33 145 210
 19 322 81 408 516 718 964 94 79288 238 84 561 88
 770 816 33 (5000)

80339 407 29 986 81004 44 268 878 82004 57 (500)
 646 898 934 83242 389 601 (500) 12 50 846 84015
 215 88 (5000) 355 58 431 833 85056 89 474 568 74 89
 (500) 945 906 86 162 202 61 824 680 87057 203 99
 307 480 621 623 62 888 88007 327 478 626 769 834 98
 994 90 (1000) 89103 207 10 39 75 308 309 63 83 654
 893 964

90061 146 301 43 88 306 34 (1000) 523 903 28 35
 91078 341 570 (1000) 81 696 92443 48 151 358 (500)
 97 419 531 642 25 90 771 50 816 (500) 43 63 947
 93532 498 (500) 557 (500) 735 (500) 66 814 94037 70
 146 (500) 311 444 (1000) 635 778 (1000) 904 93239 837
 483 813 16 920 96132 74 95 286 675 58 641 (1000) 678
 740 75 90 97115 88190 (500) 20 227 42 678 707 85 819 83
 667 99560 296 439 783 998 99308 24 478 514 (500)
 681 985

100134 76 229 (500) 21 804 693 895 (500) 10192
 55 267 556 650 (500) 903 102028 (500) 83 184 290 451
 57 637 605 762 71 905 85 103462 (5000) 527 719 43 878
 982 33 104303 10 (500) 49 402 811 786 (5000) 50 844
 680 105006 131 66 96 300 411 24 94 831 772 973 (5000)
 106176 488 322 664 107180 496 607 66 722 910
 108130 237 319 419 (5000) 62 792 109090 188 365 645
 731 902 64

110080 261 81 601 (5000) 716 28 834 57 111207
 30 (5000) 413 694 94 (5000) 708 79 884 948 (500) 112 83
 245 52 705 971 113023 63 316 699 83 733 62 502 43
 114083 742 601 584 85 629 (1000) 764 832 65 11570
 156 (500) 65 378 90 675 747 65 82 860 110656 560
 341 117338 128 41 80 456 891 70 01 963 (10000)
 486 647 808 985 119320 473 751 39 78 816 928

120223 50 384 415 27 (500) 621 23 826 (1000) 931
 64 65 83 121125 451 524 783 (5000) 834 122183 (500)
 236 633 63 (1000) 122 (5000) 31 72 123166 56 213 (5000)

5. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

109 403 623 (500) 721 80 1180 302 676 741 913
 2117 29 81 (1000) 226 403 563 707 21 (1000) 810 948
 3000 192 246 93 230 562 92 (500) 63 788 89 880 4086
 156 (5000) 319 432 529 673 (500) 704 5097 157 388
 456 65 822 65 814 940 49 6021 49 387 484 85 554 772
 (500) 863 915 19 41 7044 45 (500) 146 325 51 05 (5000)
 541 70 74 98 729 (500) 32 (500) 32 8178 90 (500) 369
 682 796 64 827 923 9008 94 129 223 68 (5000) 92 833
 48 740 54 830 949

10106 87 323 (5000) 466 768 75 923 (500) 11191
 (500) 256 (500) 351 71 469 (5000) 885 12179 235 68 447
 36 573 621 96 713 83 (500) 927 91 (500) 13098 155
 (500) 67 386 456 506 765 987 14075 183 235 504 743
 819 15031 184 206 45 424 615 (1000) 827 921 16246
 (1000) 331 793 887 903 17232 494 18145 320 470 550
 66 75 754 810 (1000) 969 19063 78 194 488 71 516 35
 42 613 17 (1000) 93 845 903 (5000)

20104 202 547 722 95 837 93 21007 153 57 297
 332 523 (1000) 22071 (5000) 233 384 793 (500) 872
 23212 304 443 500 888 (1000) 935 24005 63 143 407
 596 989 25310 (5000) 405 70 529 810 26007 13 41 133
 334 401 69 549 789 834 90 27087 196 341 83 415 30 791
 921 25344 46 338 67 927 29086 80 154 90 518 47 (1000)
 646 890

3000

Hus der Partei.

Maifeier östpreussischer Landarbeiter.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Es dürfte wenig bekannt sein, daß auf einem 4000 Morgen großen Rittergute in Ostpreußen der erste Mai seit Jahren durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert wird. Auch in diesem Jahre herrschte am 1. Mai sowohl auf dem Gute und seiner großen Dreierrei als auch auf den dazu gehörigen Vorwerken feierliche Stille. Kein Schlot rauchte, kein Pflug, keine Egge war in Bewegung. Es war eben ein Arbeiterfeiertag. Abends vergnügten sich die Landarbeiter mit ihren Familien bei Musik, Tanz und einem vom Besitzer kredenzten Trunk. Die zahlreichen Landarbeiter dieses großen Gutes sind meist polnisch-masurischer Abstammung und daher der deutschen Sprache wenig mächtig. Trotzdem bemüht sich der Besitzer, der natürlich Parteigenosse ist, die Leute über den Zweck der Maifeier sowie über die Ziele der Sozialdemokratie nach Möglichkeit aufzuklären. Es kann den ostelbischen Junkern gar nicht dringend genug empfohlen werden, sich an diesem Festtag — es heißt Komotowen bei Biella — ein Beispiel zu nehmen, wie man ein gutes Einvernehmen zwischen Landarbeitern und Besitzer herstellt, ohne daß dabei die Landwirtschaft zugrunde geht.

Uebergangsformen zu würdigen Form der Maifeier, der Arbeitsruhe, nennt die „Pälz. Post“ die Maifeier am Abend des 1. Mai und auch vor oder nach dem 1. Mai in einem Artikel, der sich mit unserer Kritik der Verlegung des Festes befaßt. Und sie meint, der „Vorwärts“ müßte gerade so gut wie andere wissen, daß es vom ersten Tage an, wo die Beschäfte gefahrt wurden, bis auf den heutigen Tag nirgends möglich gewesen ist, die Maifeier strikte durchzuführen, daß sowohl die Maifeier am Abend des 1. Mai als auch vor oder nach dem 1. Mai als Uebergangsformen zur würdigen Form der Maifeier, der Arbeitsruhe, überall aufgefaßt und daher mit Recht gebildet wurden, ohne in ihnen die schlimmsten Disziplinbrüche zu sehen, die der „Vorwärts“ nunmehr konstruiert.

Diese Behauptung der „Pälz. Post“ ist nicht richtig. Die Feier am Abend des 1. Mai kann in alle Wege nicht als Disziplinbruch betrachtet werden, da diese Form der Feier ausdrücklich in den Beschläffen gestattet, die Arbeitsruhe nicht zur absoluten Pflicht gemacht worden ist. Anders ist's mit der Verlegung der Feier auf einen anderen Tag. Die „Pälz. Post“ meint zwar, wenn die Feier nicht am 1. Mai durch Arbeitsruhe, sondern am Abend begangen werde, so verliere sie doch einmal ihren demonstrativen Charakter, werde von rein agitatorischem Wert, und den habe sie schließlich auch, wenn sie auf einen anderen Tag verlegt werde. Darin können wir dem Pälzer Parteiorgan aber nicht beistimmen. Erhebend und begeistend wirkt auch bei der Abendfeier am 1. Mai der Gedanke, daß die Feiernden an diesem Tage ein Teil sind einer großen internationalen Festgemeinschaft. Sicherlich arbeitet aber auch die Feier am Abend des 1. Mai weit wirksamer der Arbeitsruhe vor, als die Feier an anderen Tagen. Nun kann für ganz besonders rückständige Orte, wo die Arbeiterbewegung sich erst im Entstehen befindet, allenfalls einmal eine Ausnahme von der Regel zugelassen werden. Derartige ist immer vorgekommen und hat uns nie angegeregt. Wenn die Ausnahme feste Sitte zu werden droht und also ihren Ausnahmeharakter verliert, so liegt für die Parteipresse wohl Anlaß vor, an die Verpflichtung, am 1. Mai zu feiern, zu erinnern.

Die Mannheimer „Vollstimme“ hat sich nun die Mühe gemacht, die Parteipresse zu durchlöchern, um festzustellen, daß nicht bloß in Baden und in Süddeutschland überhaupt, sondern daß auch nördlich des Rheins, im Hessischen, Rastattischen, Thüringischen, Oldenburgischen usw. solche Maifeiern nach dem 1. Mai in nicht geringer Zahl vorkommen. Leider hat das Blatt recht und wir können, nachdem wir durch die Polemik zu einer genaueren Beachtung der Sache in der Parteipresse angeregt worden sind, feststellen, daß die Liste der „V.“ noch gar nicht vollständig ist, daß z. B. auch im Hannoverischen solche Feiern nicht selten sind. Dafür scheinen sie aber in anderen Teilen Deutschlands, wo sicherlich auch noch viele rückständige Orte zu finden sind, ganz zu fehlen oder nur ganz ausnahmsweise vorzukommen. Was mag der Grund für diese Verschiedenheit sein? Wir glauben, daß die Genossen dieser letzteren Landesteile von dem Gedanken ausgehen, daß die Abhaltung der Maifeier an einem anderen Tage als am 1. Mai die Gefahr mit sich bringt, daß die Meinung aufkommt, die Feier könne ohne Schaden an jedem beliebigen Tage abgehalten werden und daß es daher nicht nötig sei, für die Durchsetzung der Feier am 1. Mai selbst energische Anstrengungen zu machen. Von diesem unferes Erachtens richtigen Gesichtspunkt sollte man auch die Maifeiern einmal betrachten, die in vielen Orten den Feiern am 1. Mai folgen. Auch sie laufen Gefahr, als Ersatz für eine würdige Feier am 1. Mai betrachtet zu werden. Wenn die Arbeiter Frühjahrsfeste oder andere Volksfeste an irgend einem Sonntag feiern wollen, so bedürfen sie dazu nicht der Bezugnahme auf die Maifeier.

Unser badischer Korrespondent hat das Verdienst, durch seine Aufschrift den Anstoß gegeben zu haben zu der Feststellung, daß die Verlegung der Maifeier auf andere Tage als auf den 1. Mai in verschiedenen Teilen Deutschlands leider ziemlich weit verbreitet ist. Was wir optimistischere bisher als verschwindende Ausnahme anfaßen, ist zum Teil Regel geworden. Um so mehr ist Veranlassung, durch die Kritik Befestigung anzubahnen.

Bemerkten wollen wir zum Schluß noch, daß die Mannheimer „Vollstimme“ in ihrer unehrlichen Polemik gegenüber dem „Vorwärts“ fortfährt und ihren Lesern sorgsam jedes Wort, das wir zu der Sache geschrieben haben, verschweigt, unanständigerweise sogar unterläßt, ihre falsche Bekundigung gegen den „Vorwärts“ zurückzunehmen, die Mannheimer Schwurgerichts-Prozesse ignoriert zu haben. Daß sie fortfährt, davon zu phantasieren, den „neuen Herren“ sei es nicht um die objektive und unparteiliche Kritik der Tätigkeit der Parteigenossen imelde zu tun, sondern lediglich um die einseitige Diskreditierung der Parteigenossenschaft eines einzelnen Landes, die — warum, können wir uns wohl denken — in „Groß-Berlin“ nun einmal nicht wohl gelitten ist, das wundert uns an diesem Muster eines Parteiblattes nicht weiter mehr!

Totenliste. In Bielefeld starb der Genosse Robert Kahl, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Bielefelder Stadtverordnetenkollegium.

Bitte an gut situierte Organisationen und Parteigenossen. Die Parteigenossen in Leobschütz O.-S. verfügen wieder über einen Versammlungsraum noch über Mittel zur Beschaffung von geeigneter Literatur, haben aber ein dringendes Bedürfnis nach Ausbildung. In dem Bewußtsein, daß vielerorts derartige Literatur und Material nutzlos lagern, bitten die Genossen, ihnen solches an die unterzeichnete Adresse portofrei zu senden zu wollen. Alois Hoffmann in Leobschütz O.-S., Votenstr. 37.

Alle arbeiterfeindlichen Blätter werden um Abdruck dieser Bitte gebeten.

Polkzliches, Berichtliches usw.

Gegen die Breslauer Polizeitalen hielten die Dresdener Genossen eine große Protestversammlung ab. Genosse O. Zimmer-Breslau referierte. Er erzählte u. a., der Bierfüller Wiewald, dem die Hand abgehakt wurde, habe ihm wörtlich erklärt: Kollege, ich bin ein Christ gewesen, aber durch den Polizei-

säbel bin ich eines anderen belehrt worden. Sei versichert, mit der einen Hand werde ich meine Pflicht als aufgeklärter Arbeiter erfüllen.

Als der Redner schließlich auf die Dresdener Revolution vom 9. Mai 1849 zu sprechen kam, entzog ihm der überwachende Polizeibeamte das Wort, und als die Versammlung durch Beifall protestierte, sprach er, nach alter sächsischer Sitte, wegen Mißachtung der polizeilichen Autorität die Auflösung aus!

So gefeilt sich Polizeitalen zu Polizeitalen.

Versammlungen.

Eine imposante öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und den verwandten Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die den großen Saal der Brauerei Friedrichshain bis zum letzten Platz füllte, tagte am Donnerstag, 7. Mai, im Saal des Verbandes Berliner Buchbinderbesitzer. Das war die Tagesordnung, zu der Brücker an Stelle des Verbandsvorsitzenden Bloth das Referat übernommen hatte. Bloth hatte nach Leipzig eilen müssen, wo bis Donnerstag mittags 400 Kollegen und Kolleginnen bereits außerhalb der Betriebe sich befanden, weil es nun dort doch wegen Verweigerung von Streikarbeit zu Entlassungen und infolgedessen zu Solidaritätsersparungen gekommen war. Dem Referat Brückers ist vor allem zu entnehmen, daß die Erwartung einer schnellen befriedigenden Erledigung der Berliner Maifeierfolgen (Auslieferung usw.), die in der Ausgesperrtenversammlung vom Montag nachmittag zum Ausdruck kam, sich nicht erfüllt hat. Die Erfüllung der Normen, welche diese Versammlung für die Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag, den 8. Mai, aufgestellt hatte, — siehe Bericht vom Dienstag — ist von vier Betriebsunternehmern abgelehnt worden. Die Herren waren nicht geneigt, das alte ausgesperrte Personal vollständig an die alten Plätze zu stellen und bei wegen Arbeitsmangel erforderlichen Entlassungen mit den Jünglingsgehilfen zu beginnen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Betriebe blieben draußen und es nahm demzufolge auch der Kampf durch Verweigerung von „Streikarbeit“ seinen Fortgang. Aber auch Unternehmer, bei denen die Wiedereinstellung der Ausgesperrten nach Vereinbarung mit den Arbeitervertretern glatt vor sich gegangen war, wurden wieder rückfällig, unter dem Einfluß des Herrn Kommissionsrat Frische aus Leipzig, der Dienstag zu einer unerbittlichen Besprechung der Unternehmer und der Arbeitervertreter (Verbandsvertreter) als Vorsitzender des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer erschienen war. Herr Frische durchschritt die Erörterungen mit einem in so hochfahendem und brüstem Ton diktatorisch vorgebrachten Verlangen, die Arbeitervertreter sollten entweder mit Ja oder mit Nein antworten, ob sie die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beabsichtigten, daß den Vertretern des Buchbinderverbandes nichts übrig blieb, als ihm ein „Nein!“ entgegenzurufen. Das bedeutete das Ende der Besprechung. Die Situation ist jetzt eine durchaus ernste. Infolge der veränderten Verhältnisse ruht die Arbeit u. a. auch wieder bei Wuppen und bei Luderitz u. Bauer. In längeren Darlegungen, bei denen er den Bruch zwischen dem Buchbinderverband und dem Berliner und dem Deutschen Buchbinderbesitzerverband verwertete, erbrachte der Referent den Beweis, daß die Unternehmer die Berliner Maifeier als Anlaß zu einem Tarifbruch zu benutzen trachten. Aus allem zur Verfügbung stehenden Material ergab sich aber auch, daß sie ohne die Berliner Maifeier einen anderen Anlaß irgend welcher Art herauszufinden hätten, um Schritte zu tun, die bezwecken sollten, der bevorstehenden Tarifbewegung zu schaden, sie in eine für die Arbeiter und Arbeiterinnen ungünstige Zeit hineinzudrängen. Schon im März habe der Deutsche Buchbinderbesitzerverband angedroht, daß er seine Maßnahmen treffen werde, wenn nicht bis zum 1. Mai, wie Kommissionsrat Frische besonders scharf bei einer Konferenz vom 15. März betonte, eine zustimmende Antwort auf das Unternehmerangebot der Verlängerung des bestehenden Tarifs auf 5 Jahre ergehe. Der Verbandsvorstand habe darauf nach Rücksprache mit den Gauvorständen und den Vertretern der drei Tarifstädte beschlossen, den Vorschlag der Prinzipalsorganisation abzulehnen und zu beantragen. — Ein ganz offener Tarifbruch liege nun darin, daß der Verband Berliner Buchbinderbesitzer bei Ablehnung der Freigabe des 1. Mai die Tarifgemeinschaft für den Fall zur aufgelöst erklärte, daß auch nur ein Teil der Arbeitnehmer nicht am 1. Mai zur Arbeit kommen würde. Wohlgeachtet: die Tarifgemeinschaft, die vom Zentralvorstand des Buchbinderverbandes mit dem Zentralvorstand des Deutschen Buchbinderbesitzerverbandes abgeschlossen sei für Berlin, Leipzig und Stuttgart. Und Kommissionsrat Frische aus Leipzig habe zweifellos mitgewirkt bei dem Zustandekommen des Entschlusses der Berliner Unternehmer. Wenn aber der Vorstand des Deutschen Verbandes, der mit dem Buchbinderverband in einem Gegenständigkeitsverhältnis stehe, dazu seine Zustimmung gebe, so könne man nicht bloß mehr von einem Tarifbruch der Berliner Unternehmer sprechen, sondern müsse sagen, die gesamte organisierte Unternehmerverschaft stehe dahinter. Die Absicht der Herren, der für den Herbst geplanten Tarifbewegung ein Bein zu stellen, zerplitternd zu wirken, dürfe auf keinen Fall zur Durchführung kommen. Der augenblickliche Streit werde kaum von heute auf morgen beendet sein. Aber gleichwohl: Wenn die Kollegenschaft in derselben Einmütigkeit zusammenstehe, wie bisher, dann werde es den Unternehmern nicht gelingen, die Herbstbewegung illusorisch zu machen. Das Vorgehen der Unternehmer reize geradezu auf zum Zusammenhalt. Sorge jeder dafür, daß man im Herbst sagen könne: Die Unternehmer sind ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft! (Stürmischer Beifall.)

Im Einverständnis mit den funktionären der Zahlstelle und den Vertretern des Verbandsvorstandes schlägt Redner folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß bereits in der gemeinsamen Konferenz vom 16. März in Leipzig die Unternehmer, falls der Verlängerung des Tarifs unfererseits nicht bedingungslos zugestimmt würde, weitere Maßnahmen gegen unsere Mitglieder angekündigt haben; — in fernerer Erwägung, daß das Vorgehen der Berliner Prinzipale als eine derartige Maßnahme zu betrachten ist: erklärt die Versammlung, daß sich das Verhalten der Prinzipale als Tarifbruch schlimmster Art darstellt. Die Versammlung spricht ihre schärfste Verurteilung gegenüber diesem Wortbruch aus. Die Ausweisenden verpflichten sich, unermülich für die Organisation zu wirken, damit der Plan der Unternehmer, unsere Tarifbewegung zum Herbst illusorisch zu machen und unseren Verband zum Weichbluten zu bringen, vereitelt wird. Des weiteren spricht die Versammlung den im Kampf befindlichen Kollegen und Kolleginnen ihre Sympathie aus, und es verpflichtet sich die Versammlung, die Ausgesperrten finanziell und moralisch zu unterstützen.“

In der Diskussion ergänzten noch Schade, Marx, Sanke, Meise u. a. das vom Referenten entworfene Bild der Situation. Streikarbeit soll abgelehnt werden. Marx von der Ortsverwaltung des Verbandes hob hervor, daß der Kommissionsrat Frische bei der letzten Aussprache am 8. Mai den Verbandsvertretern gegenüber in einer Weise aufgetreten sei, wie unter der Gefindordnung es die „Derrschott“ gegenüber dem „dienenden Gefinde“ gewohnt sei.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Angesichts der ernsten Situation wurde die Bildung einer Streikleitung für notwendig erachtet. Dieser gehören an die Kollegin Schreihart und die Kollegen Bruck, Köppler, Schade, Thielemann, Marx, Rügner, Richter und Wytomski. Vom Montag ab befindet sich die Zentrale für die Aussperr- und Ausweisungsangelegenheiten im Scharfmacherhause. Mit fürmischen

Hochs auf den Buchbinderverband endete die von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung.

Eine Auseinandersetzung mit der Schmiedezunft gab es am Donnerstag in einer stark besuchten Versammlung der bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegehilfen. Einberufen war die Versammlung von dem Gesellenausschuß, um die jüngsten Vorkommnisse auf dem Innungsnachweis in der Mulackstraße zu kritisieren und Ersatzwahlen vorzunehmen. Die Herren Meister waren eingeladen und auch recht zahlreich erschienen. Obermeister Wankle meldete sich bei Beginn der Versammlung zur Geschäftsordnung zum Wort und protestierte gegen die Tagesordnung, soweit sie die Ersatzwahlen zum Gesellenausschuß anbelangte, denn, so meinte er, der Gesellenausschuß hätte ihm davon Mitteilung machen müssen, damit er eine solche Versammlung hätte einberufen und leiten können. Die Versammlung beschloß einstimmig, es bei der festgesetzten Tagesordnung zu belassen. Darauf erhob sich ein anderer Junftmeister und klagte bitter darüber, daß der Verbandsbevollmächtigte Siering als Referent in der Versammlung vorgelesen sei. Falls Siering nicht als Referent beiseite geschoben werde, sähen sich die Meister gezwungen, den Saal zu verlassen. Einstimmig beschloß die Versammlung, daß Siering das Referat halten solle. Darauf erhoben sich der Obermeister und mit ihm die Schar seiner Getreuen, und im Gänsemarsch gingen zum Saal hinaus. Nur einige Meister blieben in der Versammlung. Siering gab nun eine ausführliche Darstellung der schwebenden Differenzen zwischen der Innung und ihrer Gesellenchaft. Seit zwei Jahren gibt der Gesellenausschuß auf dem Arbeitnachsweis der Innungsherberge die Arbeit aus. Dieses Recht, den arbeitslosen Gesellen die offenen Stellen selbständig zu vermitteln, war dem Ausschuss von der Innung seinerzeit eingeräumt worden, um der früheren „Stellenverschlebung“ ein Ende zu machen und den Gesellen wieder einigem Vertrauen zu der arg verunsicherten Innungsherberge einzuführen. Es gelang dem Gesellenausschuß auch wirklich, Ordnung in diesem Sumpfloch der Innung zu bringen. Jetzt aber hat die Innung ohne Hinzuziehung des Gesellenausschusses plötzlich beschloßen, diesem die Arbeitsausgabe aus den Händen zu nehmen und dieselbe einem Konjunktium von 16 Meistern zu übertragen. Den Ausschussmitgliedern wurde der Beschluß schriftlich mitgeteilt und sie kurzerhand aus dem Nachweis hinauskomplimentiert. Die Ursache zu diesem gewaltsamen Vorgehen der Meister war — die Maifeier. Demantlich feierten am 1. Mai zirk 800 Innungsgesellen. Dieser Frevel mußte gerichtet werden. Es wurden auf Verreiben des neuen Obermeisters 200 Gesellen ausgesperrt. Freilich holte die Mehrzahl der ausgesperrungslustigen Meister ihre Gesellen in den nächsten beiden Tagen schleunigst wieder in die Werkstätten zurück. Einige besonders scharfmacherisch veranlagte Junfter aber hatten die Gesellen, welche an der Maifeier teilnahmen, dauernd entlassen. Selbstverständlich wurden die Werkstätten dieser Herren darauf von dem Schmiedeverband gesperrt. Gegen selbstverständlich war es nun aber auch, daß kein Geselle dort Arbeit nahm, so oft die Werkstätten auch auf dem Arbeitnachsweis ausgerufen werden mochten. Darob erobsten die Junftmeister gewaltig. Auf Veranlassung ihres Obermeisters sperrten sie nun unter sich den Arbeitnachsweis des Verbandes in der Stralauerstraße und entzogen dem Gesellenausschuß die Arbeitsausgabe in der Mulackstraße. Und das Ergebnis dieser obermeisterlichen Maßregel? Die 16 Junftmeister sitzen abwechselnd in ihrer Innungsherberge und rufen aus Werkstätten offene Stellen aus. Die arbeitslosen Gesellen sitzen zwar auch da, aber kein Teufel nimmt Arbeit an. Sie haben nämlich beschloßen, die Annahme von Arbeit auf dem Innungsnachsweis unter allen Umständen so lange zu verweigern, bis die Meister dem Gesellenausschuß wieder den Platz räumen. So geht es schon eine Woche lang, da die Gesellen ihren Beschluß strikte durchführen. Aus der Stadt und den Vororten werden die tapferen Nachweismeister von ihren Kollegen brieflich und telephonisch mit Anfragen bestraft, ob sie ihnen denn noch nicht bald Gesellen schicken, da sie notwendig Beschlaglammie gebrauchen. Wohl oder übel haben sich nun viele Meister entziehen müssen, den von ihnen gesperrten Verbandsnachweis in der Stralauerstraße aufzusuchen und sich von dort Gesellen zu holen. An sich wäre dies ja nur von Vorteil für die Organisation. Doch hier handelt es sich darum, die Innungsgelöhne zu zwingen, ihren ungeschlichen und nur von purem Scharfmachergeistes diktierten Beschluß, dem Gesellenausschuß die Arbeitsausgabe zu entziehen, wieder rückgängig zu machen. Daher der passive Widerstand der Gesellen und die Verweigerung der Arbeitsannahme. Stürmischer Beifall wurde dem Referenten gezollt, als er sagte, dies sei die Antwort der Gesellen auf die „Rai-Kraftprobe“ der Meister. Als erster Distriktsordner erbat sich Herr Hoffschmiedemeister Popp das Wort. Er kramte das Verhalten der Meisterhaft zu rechtfertigen. Als Vorstandmitglied der Innung könne er aber sagen: In der Innung gäbe es keine Scharfmacher, aber here im Hause müßte ein Meister doch sein.

Herr Scholz, Bundesvorsitzender vom Bund deutscher Schmiedeeinnungen, pflichtete seinem Vordredner bei und bemerkte: Es sei vorgekommen, daß auf dem Innungsnachsweis für den Verband agitiert worden wäre. Das sei doch unzulässig. Wohl habe er nichts dagegen, wenn sich die Gesellen in einer Organisation zusammenschließen, wie es die Meister ja auch tun. Jedoch der Nachweis sei neutraler Boden. Die Meister seien immer für volle Freiheit der Anschauung eingetreten und mühten sich daher gegen jeden Zwang auf diesem Gebiete zuwenden. Redner empfahl schließlich, die Nachweisangelegenheit durch die beiderseitige Schlichtungskommission regeln zu lassen. Meister Wode desavouierte dann in dralliger Weise seinen Kollegen Popp, indem er sich selbst als Scharfmacher bezeichnete.

Von den Gesellen sprachen sodann Engelhardt, Hinge, Köppler und Köppler, indem sie sachlich aber präzise verschiedene unrichtige Behauptungen der Meister zurückwiesen. Niemand würden sich die Berliner Schmiedegehilfen den 1. Mai nehmen lassen. Hätten die Meister diesen einen Tag freigegeben, so wäre am anderen Morgen die Arbeit überall in gewohnter Weise fortgesetzt worden, ohne daß ihnen geschäftliche Nachteile erwachsen wären. Da sie sich aber von Scharfmachergeistes leiten ließen, so dürften sie sich auch nicht wundern, wenn die Gesellen jetzt Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Zeiten seien eben vorbei, wo die Meister mit den Gesellen machen konnten, was sie wollten. Siering würdigte in seinem Schlußwort die Reden der drei Meister ebenfalls noch gebührend, ohne jedoch zu verkennen, daß sie in ziemlich entgegenkommendem Tone gesprochen hätten. Hoffschmiedemeister Popp und der Bundesvorsitzende Scholz blühten allerdings etwas verbucht drein, als Siering ihnen zurief: Verkündig! Sie begeistern sich für die Freiheit und verurteilen den Zwang — und dabei sitzen Sie in der Zwangsdinnung. (Lebhafter Beifall.)

Es gelangte sodann folgende Resolution zur Annahme:

Die in den Musterkälen, Kaiser Wilhelmstraße tagende Versammlung der bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegehilfen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem bereits vollzogenen Beschluß der Berliner Schmiedeeinnung: dem Gesellenausschuß die Arbeitsausgabe auf dem Innungsnachsweis abzunehmen. Sie verlangt von der Innung die Zurücknahme dieses Beschlusses, weil derselbe nicht nur gegen die guten Sitten, sondern auch gegen das Gesetz verstößt, andererseits aber auch dazu nicht die geringste Veranlassung vorlag. — Die Versammelten sprechen dem Gesellenausschuß ihr volles Vertrauen aus und beauftragen denselben, eventuell bei der Ausschussbehörde wegen der Maßnahme der Innung vorstellig zu werden.

In den Gesellenausschuß wurden sodann gewählt: Piper, W. Hinge und G. Hinge. Als Arbeitsvermittler wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt.

War den Jubelt der Insurate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 12. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhaus. Der Waffenfremd. Schachspielhaus. Goldfische. Neues Operntheater. Apentönig und Menschenfeind. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Neues. Lipbens in der Unterwelt. Anfang 8 Uhr: Westen. Die Niderman. Festung. Der Überpelz. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Militärstaat. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-nachliches Theater). Das Glück im Winkel. Kleines. Die Tragödie der Liebe. Berliner. Die lustige Witwe. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Residenz. Liebeskunst. Neutral. Die Gloden von Corneville. Lustspielhaus. Die von Hochsattel. Trianon. Loulou. Thalia. Hochparterre links. Metropol. Aus ins Metropol. Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen. Stefano. Madame Schibard. Apollo. Born und hinten. Gumbst. Dumbst. Carl Weik. Aus allem Geschlecht. Wintergarten. Spezialitäten. Vastage. Spezialitäten. Belle-Alliance. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Tonabend 8/10/12. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.

Ferdinand Bonns Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operntheaters aus Hamburg. (Direktor Max Monti.)
Sonnabend und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:

Die lustige Witwe.

Neues Theater.
Anfang 7 Uhr.
Sonntag zum erstenmal:

Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:

Tragödie der Liebe.
Sonntag: Der Unverschämte. Hilla Bobba. Die Schlangendame.

Neue Kgl. Oper (Kroll).
Novität! Sonnabend, 12. Mai:
Alpenkönig u. Menschenfeind.
Oper in 3 Akten von Leo Blech.
Sonntag, 13. Mai: Alpenkönig
und Menschenfeind.
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus
(Schalter II), Wertheim und In-
validendank.

Theater des Westens
(Station Zoolog. Garten), Stallsfr. 12.
Sonnabend: 26. Vorstellung als
Freitags-Abonnement: Die Fiedor-
maus. Volkstümliche Preise. An-
fang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Uedins. Abends 8 Uhr: Schlützen-
hiesel. Volkstümliche Preise. Josef
König u. G.
Montag: Die vier Grobiane. Volk-
tümliche Preise. Anfang 8 Uhr.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte
Preise: Hoffmanns Erzählungen.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzäh-
lungen.
Montag: Die Bohème.

Zentral-Theater.
(Operette) 8 Uhr:
Gloden von Corneville!

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Morgen nachm. 3 Uhr: Legenbrüder.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Deute und folgende Tage Anf. 8 Uhr
Liebeskunst.
Sombdie in 3 Akten v. Leon Kanrol
und Michel Carré.

Deutsch-Amerikanisch-Theater.
Köpenickerstr. 67/68.
Heute Abend 8¹¹ Uhr:
ARME MÄDCHEN.
Von Adolf Philipp.
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Zum letzten Male:
Ueber'n großen Teich.
Abends 8¹¹ Uhr: Arme Mädchen.

Urania Tauben-
str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
Täglich nachm. 4 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Das vollständig neue Programm:
D'Osha-Trio, Akrobaten a. schwebenden
Ringen. Les Figuras, Quallbristen
Hainrich Blak mit seiner Szene in
der Waldhölle. Martin Kettner mit
seinem Repertoire.
Gumpsti-Bumsti
Egcentrische Creation, ausgeführt von
Reccé und Privati.
Elfentänze, Märchenpiel.
Die Wundergrotte, Reerie.

Wintergarten
Neues Programm!
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desrosches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brésina, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und
Tänzer.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Die Perseus, Kugelspieler.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue
Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Aus altem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. d. neuesten
Roman aus d. Berl. Lokal-Anzeiger
von A. Gené.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Montag keine öffentl. Vorstellung.
Sonntag im Garten: Spezialitäten-
Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Seemannstr. 15.
Große Extra-Vorstellung:
Die Schuld einer Frau.
Schauspiel in 3 Akten von Lichterfeld.
Sacher.
Der Platzregen als Eheprokurator.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schönem Wetter Vorstellung
im Garten.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 13. Mai 1906:
Große Garten-Vorstellung.
Glück auf!
aber:
Der Streit der Grubenarbeiter.
Schausp. in 4 Akten mit feierl. Be-
nennung der Bernerschen Erzählung
in der 'Gartenlaube' v. Karl Wegel.
Auhenden: Auftreten erstklassiger
Spezialitäten. Anfang 4 Uhr.
Blattverkauf von 10 Uhr an.

Kasino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationeller Erfolg!
Madame Bonivard.
Dazu das brillante Abfchiedsprög.
Montag, 29. Mai: Schlussvorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Arbeit schadet nicht.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Schauspiel in 4 Akten von Gustav
u. Mejer und Thilo v. Trotha.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Montag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.

Schiller-Theater N. (Gledr. Bild. Th.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann
Sudermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Montag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Kinematografische Vorführungen.
Charivari-Abende.
Volkstümliches Kabarett.
Abends 6 Uhr u. a.: Der urkomische Bendix.

Landes-Ausstellungs-Park.
Neu erbaut: Festsaal, Café u. Konditorei, gedeckte
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Garten-Konzert
Theater, Spezialitäten
Am Saale Extratanz. Gr. Tanzmusik.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung
im Saal.
Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten
erstklassiger Spezialitäten.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Einquartierung.
Wilt zum
von Weisel.
Anfang
Bis Sonntag
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
-Straße 4a.
Dr. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Feiert., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonnt. 5 u. 8 Uhr, Feiert. 8 u.
11 Uhr.
Der gefoppte Feldweibel.
Der große Theatersaal ist noch für
Mittwochs zu vergeben.

Dresdenerstr. 97.
Colosseum
Spezialitäten.
Neues Programm.
10¹¹ Uhr:
Les Batignolles?
Dobersteins
Cristall-Palast,
Prinzenstr. 94.
Täglich: Gesellschafts-Abend.
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Pinol
An allen Orten werden Verkaufsstellen
errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

TUMA-ZARI
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Alfred Bernhardt, NW., Alt-Moabit 84
vis a vis der Heilandskirche
Spezialhaus größeren Stils für moderne
Herren- und Knaben-Bekleidung.
Wollen Sie Geld sparen
schick und fein gekleidet gehen, reell bedient sein?
dann beachten Sie erst meine 3 Schaufenster und 5 Schaukästen, bevor Sie Ihren Bedarf
in Herren- und Knaben-Bekleidung für den Sommer decken.
Meine Grundsätze sind: Streng reelle Bedienung, Preise konkurrenzlos billig, aber streng fest.
Vorzeiger dieses Inserats gewährt beim Einkauf 5 Prozent Rabatt.

Als Heubäcker der Firma: Verlag
der Neuen Gesellschaft, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung, in Berlin,
fordere ich die Gläubiger auf, sich zu
melden.
11832*
Diese Aufforderung bezieht die im
Oktober 1903 nach zwei Nummern
eingegangene Forderung, hat aber
nichts zu tun mit der von Dr. Deh-
ring, Baum und Ullrich Braun heraus-
gegebenen sozialistischen Wochenzeitung:
Die Neue Gesellschaft, die nach wie
vor in Berlin erscheint.
Dr. Helmuth Braun.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Die schönsten 999*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Spezialisten getragene Sachen,
sollt neu für jede Figur passend,
bestenfalls auch angereicht sein zu
großer Auswahl stets zu Hausennd
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Arbeiter-Berufs-Kleidung.
Trikotagen
Herren-Artikel
jetzt
Brunnenstr. 158,
zweites Haus v. d. Anflamerstr.
Gelber Laden.

206/20*
Achtung!!!
St. Felix-Brasil
hochfeine gestreckte Blätter
Cruz das Almas
ff. schmeckend und brennend
per Pfund 1.10 M.
Hamburger Rohthak-Haus.
Filiale Berlin N., Brunostr. 100.

Einen 10832*
Selbstmord
an seinem Vermögen begeht ein
jeder, welcher sich bei Neu-
anschaffung v. Herren-garde-
robe nicht an das Spezial-
Herren-Bekleidungs-Ges-
chäft, fertig u. nach Maß,
von J. Kurzberg, An der
Jannowitzbrücke 1, wen-
det. Es ist dies kein
Waren-Kredit-Haus,
und man erhält dort
beste Qualitäten bei
billigen Preisen ge-
gen Teilzahlung
von 1 Mark an.

Krauz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Theor. u. praktische Ausbildung zum
Chauffeur.
Programm kostenfrei. Un-
entgeltlicher Nachweis von
Wichtigen Chauffeuren.
Technikum Altenburg
Sachsen-Altenburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Robert Schweitzer
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Reinholdsdorfer
Kirchhofes in der Humboldtstraße
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
wünscht
118/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Rigdorf).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Wilhelm Budraß
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem neuen
Reinholdsdorfer Kirchhof, Mariendorfer-
weg statt.
Um rege Beteiligung erwünscht
85/15 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 6. Mai, ver-
starrt plötzlich infolge Herbesfahrens
durch die Straßenbahn unser
lieber Kollege, der Buchdrucker
Heinrich Salzmänn
aus Schwesin in Meckl.
im 33. Lebensjahre.
Sein Andenken werden wir in
Ehren halten.
Die Mitglieder der
Norddeutschen Buchdruckerel.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Reinholdsdorfer-
Kirchhofes, Bergmannstraße, aus
statt
17605

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß unser lieber Mann,
unser guter Vater, Schwieger-
und Großvater
Paul Menna
plötzlich verstorben ist. 11962
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, nachmittags 9 Uhr, von der
Leichenhalle des Kirchhofes in
Rödenitz aus statt.
Um hilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Maurer
Paul Menna
wohnhaft Forststr. 67
(Stadtbl. 112a)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, vor-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes in Rödenitz
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erwünscht
243/6 Der Vorstand.

Freie Vereinigung
der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Mitglied
Paul Menna
Zahlstelle Südost
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, vor-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle in Rödenitz statt. 129/20
Um rege Beteiligung erwünscht
Der Vorstand.

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirk 5.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kamerad
Paul Marquardt
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Matthias-Kirch-
hofes in Südend, Schöneberger-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
wünscht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Robert Schweitzer
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Reinholdsdorfer
Kirchhofes in der Humboldtstraße
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
wünscht
118/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Rigdorf).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Wilhelm Budraß
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem neuen
Reinholdsdorfer Kirchhof, Mariendorfer-
weg statt.
Um rege Beteiligung erwünscht
85/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rohrer!

Montag, den 14. Mai 1906, abends 8 Uhr, in Wilkes Gefäßlen, Brunnenstr. 188:

Öffentliche Versammlung

fämtlicher im Verufe beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Stellungnahme zum Tarif der Hochbediensteten Berlin und Umgegend. 145/8*

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Lindenstr. 215. Geöffnet von 8-1 und 4-8. — Tel.: Amt 3, 938.

Sonntag, den 13. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Kaiser-Sälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers.
2. Wahl eines weiteren Lokalbeamten.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Durch legitimiert.
64/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Fabrikmänner.

Montag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Versammlung aller in Fabriken beschäft. Maurer.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Des Erscheinens sämtlicher in Fabriken beschäftigten Kollegen erwartet.
Der Zweigvereins-Vorstand.
143/13 S. M.: E. Thön.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

E. H. III Hamburg.
Mitglieder-Versammlungen der örtlichen Verwaltungsstellen
am Sonntag, den 13. Mai 1906, vorm. 10 Uhr:

Berlin D in der Brauerei Friedrichshöhe, Turmstraße 25/26, kleiner Saal.
Berlin H bei Herrn Tolksdorf, Görlitzerstraße 58.

Tages-Ordnung:
1. Kassensbericht vom 1. Quartal 1906. 2. Beratung von Anträgen zu der am 10. Juli stattfindenden Generalversammlung. 3. Aufstellung von Kandidaten zu derselben. 4. Verschiedene Kassensangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen obige Ortsverwaltungen. 184/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 13. Mai 1906, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Lichtenberg, Friedrichsberg, Friedrichsfelde im „Schwarzen Adler“ (Juh. Gebr. Krauß), Frankfurter Chaussee 5.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Karl Schmidt über: Der Einfluss der Unternehmer auf die Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr:

Versammlung für alle in den Galvanisierungen beschäftigten Personen im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche im Lichte der aufgenommenen Statistik. Referent: Kollege R. Wäke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kolleginnen, Kollegen! Die Aufnahme der Statistik hat ein erschreckendes Resultat in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche ergeben. Auf Grund des eingegangenen Materials sind wir verpflichtet, die Kolleginnen und Kollegen auf alle diese Schäden aufmerksam zu machen und sie in breiter Öffentlichkeit zu besprechen. Wir fordern daher alle in Frage kommenden Personen auf, in dieser Versammlung zu erscheinen, um gemeinschaftlich die Schritte zu beraten, welche wir in nächster Zeit zu gehen haben.

Kommt alle zur Versammlung!

Die Kollegen von nachstehenden Firmen laden wir ganz besonders zu dieser Versammlung ein:
Baer & Stein, Erlich & Grätz, Schwintzer & Grätz, Winkler (Walderstraße), Rakonius, Hirschhorn und Kindermann.

Montag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung aller in der Schrauben-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in Graumanns Gefäßlen, Raunynstraße 27.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte über: Aus der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Moskauer. 4. Neuwahl der Agitationskommission. (118/19)
Zahlreicher Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Jede Dame sollte

meine billigen Engrospreise zum Einzelverkauf beachten:
Damenunterrock mit buntem Volant 1 M. 25 Pf.
Damenwäsche mit eleganter Stickerei 1 M.
Damentaschentücher, gestickt Duzend 98 Pf.
Damentaschentücher, garniert 20 Pf.
Reste für Kleider und Hüte Meter 24 Pf.
Im Engrosgehalt Neuer Markt 1-2, Laden.

SPREE-HAVEL Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
Sonntag, den 13. Mai 1906:
Beginn der regelmäßigen tägl. Fahrten nach dem Sommerfahrplan auf der Havel:
95 Berlin, Weidendammer Brücke (Friedrichstr.) 9 Uhr
Moabit Brücke (Café Hartmann) 9 15
Charlottenburg, Schloßbrücke 9 30
Spandau, Charlotten-Brücke 9 45, 10 15, 10 45, 11 15, 11 45
Potsdam, Langebrücke, vorm. stündl., nachm. halbst. 12 15
Dannsee, vorm. stündl., nachm. halbst. Berkebr. um 12, 2, 4, 6
Potsdam 10 15 u. 5 1/2 nach Berkebr. Rückf. 7 1/2, um 12, 2, 4, 6 bis Werder; um 10, 2, 4, 6 bis Baumgarten-Brück.
95 Berlin, Jannowitz-Brücke, 9 Uhr: Sonderfahrt nach Woltersdorfer Schleuse, um 10 Uhr nach: Schmöckwitz, Krampenburg. Einmalige Fahrten 60 Pf.
Auf der Oberspree vorm. von 10 Uhr ab stündl., nachm. halbstündl. Berkebr. Richtung: Loreley, Grünau-Schmöckwitz.
95 Erfur, Eisenbahnhotel, von 10 Uhr ab stündlicher Berkebr. auf der Löcknitz bis Alt-Buchhorst.
Dampfer für Vereine und Gesellschaften sind billig bei uns zu haben!

Blitz

Herren-Anzüge 4.95
hochelegant, von 4. M. an
Herren-Paletots 5.60
hochelegant, von 5. M. an
Burschen-Anzüge 4.35
hochelegant, von 4. M. an
Lüster-, Loden-, Leinen-Joppen sowie Berufskleidung zu den denkbar billigsten Preisen.
Wir bitten genau auf die Firma

Blitz

zu achten zu achten
80 Chaussee-Straße 80
137 Gr. Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.

Ein großer Posten
hocheleg. Herren-Anzüge
Ersatz für feinste Maßarbeit,
von 17.50 M. an
nur bei

Blitz

Tempelhof.
Achtung!
Einladung zur Delegierten-Ergänzungswahl zum Montag, den 21. Mai 1906, im Restaurant Noak, Wilhelmstr. 9.
Tempelhof, Berlinerstr. 9.
Zu wählen sind:
6 Kassenmitglieder und 2 Arbeitgeber.
Die Wahl der Kassenmitglieder findet von 5 1/2-7 Uhr nachmittags, die der Arbeitgeber von 8-9 Uhr abends statt. 274/1
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Kassenmitglieder haben als Legitimation das Quittungsbuch mitzubringen.
Tempelhof, den 10. Mai 1906.
Der Vorstand
der gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Tempelhof und Hasenheide.
W. Runge, erster Vorsitzender.

Eine Mark
wöchentliche Tatzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.,
Eingang Straußberger Platz.

Anzüge
neuester Mode
Robert Bohn,
Berlin N., Invalidenstr. 135
Herren- u. Knaben-Garderoben
fertig u. nach Maß.
Strog reell!

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zeddensee.
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein alldemaltes, herrlich am Bald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Regelmäßige, große Staffelei. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
Wlein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grünen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbare Klett-Zackeln. Große Hüften umsonst. Die Hose bei Entnahme von 6 Stück 28 Mt. **4 Mt. 50**
Kantel-Hose Marke Cambrinus, Zwirnweite . . . 5 R. 50
Gefütterte Kantel-Hose 14,50, 8,75
Schlammes Kantel-Hose 1 R. 90
Schlammes Kantel-Hose . . . 1 R. 50
prima Körper-Gewebe . . . 2 R. 50
Schlammes Kantel-Hose, prima Körper-Gewebe . . . 2 R. 10
Weiße Reifer-Jackets 3,50, 2 R. 75
Kantel-Hosen, dreifig . . . 4 R. 50
Kantel-Hosen . . . 2,50, 2 R. 25
Reifener-Kittel (braun) 3, —, 2 R. 40
Weiße Leder-Jackets, dreifig 7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 90
Reifeleiner-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussee-Str. 215, 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Bericht 1906 wird kostenlos und portofrei zugelandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite anzugeben. 7732*
— Versand von 20 R. an franco. —

Nachdruck verboten!
Dr. Simmel, Pringstr. 41, Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Haarleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Es ist ja etwas viel verlangt von Schöneberg und Wilmersdorf nach Moabit zu fahren um einen Anzug zu kaufen, aber es geschieht doch weil man bei Schlesinger, Turmstr. 58 sehr gut kauft. 11072

Hausfrauen
spart Geld, Zeit und schonet eure Wäsche durch den Gebrauch von
Kahn's Edelweiß-Seifenpulver
bestes, billigstes Waschmittel der Neuzeit. 771L*
Krone aller Waschmittel.
Ueberall zu haben.

Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal, Nieder-Schöneweide und Rudow. Am Dienstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Brüger zu Johannisthal, Friedrichstr. 10, eine öffentliche Protestversammlung gegen das Volksschulunterhaltungs-gesetz statt.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 13. Mai, findet Flugblattverbreitung statt zu der am 15. Mai im Schwarzen Adler stattfindenden Volksversammlung. Da es sich um eine Protestkundgebung gegen den preussischen Schulgesetzentwurf handelt, erwarten wir zahlreiche Beteiligung der Genossen.

Karlshorst. Die Genossen werden hierdurch aufgefordert, sich zu dem am Sonntag, den 13. Mai, 7 1/2 Uhr früh stattfindenden Flugblattverbreitung im Vereinslokal (Kupich) vollständig einzufinden. Dienstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Protestversammlung im Saale des Herrn Kupich (Waldfische). Tagesordnung: 1. Nieder mit dem preussischen Schulgesetzentwurf. 2. Freie Diskussion.

Spandau. Am Sonntag, den 13. Mai, vormittags 10 Uhr, spricht Schriftsteller Max Schütte-Berlin im Lokale von Wöble, Reumeyerstr. 5, über das Thema: „Heinrich Heine und seine Zeit“. Sonntag früh findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden dringend ersucht, sich hierzu recht zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Berliner Waisenkinder als pommerische Landarbeiter.

Zu unseren Mitteilungen (in Nr. 102) über einen Berliner Waisenkinder W., der vom „Freiwilligen Erziehungsbeirat“ für schulentlassene Waisen zur „Kräftigung“ zunächst mal nach Pommern gegeben worden war und dort bei einem Bauern anstrengende Arbeit verrichten mußte, erhalten wir vom Vorstand des Erziehungsbeirats eine Zuschrift.

Zu den Tatsachen, die wir veröffentlichten, äußert sich der Vorstand nicht. Da konnte er aber nur bestätigen, was wir mitgeteilt haben. Mit keiner Silbe bestritt er, daß der Erziehungsbeirat den Knaben W. als schwächlich anfing und ihn deshalb auf Land schickte. Er stellt auch das nicht in Abrede, daß W. dort die von uns aufgezählten Arbeiten verrichten mußte.

Frühere Pflanzlinge sollen über die Stelle günstig geurteilt haben. Sie schrieben dem Vorstand, es gefalle ihnen sehr gut, sie seien zu ganz guten Leuten gekommen usw. Wir können diese Urteile nicht auf ihren Wert prüfen. Prüfen können wir aber ein Urteil, das von W. selber herrührt, und das der Vorstand als einzigen Trumpf auswirft.

Durch diese „Verteidigung“ hat der Erziehungsbeirat sich selber gerichtet. Der Vorstand bestritt nichts, er entschuldigt sich auch nicht mit einem „Versehen“, seine Darstellung bestätigt die von uns mitgeteilten Dinge als regelmäßigen Zustand — anderes vermögen wir aus seinem Brief nicht herauszufehen.

Die Zuzüge von Dienstmädchen nach Berlin sind alljährlich viel zahlreicher als die Wegzüge. Will man die statistischen An- und Abmeldungen als Maßstab nehmen, so zogen im Jahre 1905 reichlich 13 000 Dienstmädchen mehr nach Berlin zu als von hier weggezogen. Es wurden 49 753 Dienstmädchen als zugezogen, aber nur 36 624 als weggezogen gemeldet.

Die Berliner Straßenbeleuchtung hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht und wird voraussichtlich bald noch weitere Fortschritte machen. Der neueste ist die Beleuchtung der Invalidenstrasse vom Stettiner Bahnhof ab bis zum ehemaligen Hamburger Bahnhof, dem neuen Verkehrsmuseum mit hängendem Gasplättchen.

Grade bewährt hat: Alexander-, Münz-, Weinmeister- und Rosenhakenstraße, die Spandauer Brücke, die Neue Promenade, Burgstraße bis Friedrichsbrücke, dann der nördlich der Königsstraße gelegene Teil der Neuen Friedrichstraße, die Spandauer- und Kaiser-Wilhelmstraße von Spandauer bis Dirschelstraße; ferner die Straßauerstraße, Straßauer Brücke, Blumen-, Holzmarkt- und Dresdenerstraße, die Breite, Alte und Neue Hofstraße, die Dresdener-, Wall- und Köpenickerstraße von der Inselstraße bis zur Köpenicker Brücke, außerdem die Anhalt-, Koch- und Oranienstraße bis Morikopplag, die Wilhelmstraße zwischen Anhalt- und Reizigstraße, die Lindenstraße, der südliche Teil der Jerusalemstraße, die Bringenstraße, soweit sie nicht schon mit dem neuen Licht ausgestattet ist, und die Volkshausstraße.

Aus dem Gewerks-Ausstellungsfonds sind alljährlich im Monat Januar 10 Stipendien zu je 60 Mark an Gewerbegehilfen (Gesellen) behufs ihrer weiteren gewerblichen Ausbildung zu verteilen. Anspruch darauf haben nur solche Gesellen, die Anländer sind, über ihr gutes Verhalten und über ihre erworbenen Geschicklichkeit Zeugnisse vorlegen können und mindestens zwei Jahre lang in hiesigen Verhältnissen als Gesellen gearbeitet haben.

Die Städtische Fortbildungsschule für Schwachbegabte ist mit der verhältnismäßig hohen Zahl von 43 Knaben und 36 jungen Mädchen eröffnet worden. In drei aufsteigenden Jünglings- und Mädchenkursen erhalten die Schüler und Schülerinnen eine ihrer Veranlagung entsprechende Belehrung und Erziehung. Die Eigenart jedes einzelnen Schülers findet Berücksichtigung.

Zur Berliner Glendstatistik. Wegen Bettelei wurden im Monat März d. J. 1699 Personen an die hiesigen Polizeireviere eingeliefert und zwar 1515 Männer, 106 Frauen und 18 Kinder. Von den hiesigen Personen wurden 978 zur Haft eingeliefert, 433 entlassen und angezeigt, 228 verwahrt und entlassen.

Gegen die Aufstellung des Rudolf Virchow-Denkmal nach dem preisgekrönten Kilmischs Entwurf werden verschiedene Stimmen und Bedenken erhoben. Der Entwurf läßt die Person Virchows ganz zurücktreten, er stellt Dexteres im Kampfe mit einem Habeltier dar, den Sieg der Wissenschaft über Krankheit und Aberglaube, während an Virchow selbst nur ein kleines Medaillon-Bildnis am Sockel erinnert.

Die Bedenken werden aber als gegenstandslos angesehen, nachdem die Jury mit dem Bewußtsein zusammengetreten war und ihr Urteil abgegeben hatte, daß der von ihr mit dem ersten Preise bedachte Entwurf auch zur Ausführung zu gelangen habe. In diesem Sinne hat die Jury auch Herrn Kilmisch beschieden. Es sei, so wird berichtet, nicht darauf angekommen, der Radwelt die Gestalt Rudolf Virchows zu überliefern.

Sier Kinder im Straßenverkehr verunglückt. Von einem Geschäftswagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern abend die siebenjährige Schülerin Erna Wegener aus der Wallstr. 38. Die Kleine war mit einer älteren Schwester in Moabit gewesen, und in der Kurmstraße hatte sie sich beim Ueberqueren des Fahrdammes von der Begleiterin getrennt, da sie einem vorüberkommenden Straßenbahnwagen anzuweichen mußte.

Das interessiert der Streit weniger, durch die Wiedergabe desselben wollen wir unsere Leser lediglich unterrichten.

Die Fließbadeanstalten spielten früher im „Vadeleben“ Berlins eine große Rolle, aber in neuerer Zeit haben sie viel von ihrer Bedeutung verloren, obwohl ihre Ausstattung immer weiter verbessert worden ist. Es ist wahr, die Fließbadeanstalten der Stadtgemeinde wurden im letzten Jahre von 576 384 männlichen, 290 657 weiblichen, zusammen 867 041 Personen besucht. Doch diese Ziffern bleiben hinter denen früherer Jahre erheblich zurück.

Die Fließbadeanstalten spielten früher im „Vadeleben“ Berlins eine große Rolle, aber in neuerer Zeit haben sie viel von ihrer Bedeutung verloren, obwohl ihre Ausstattung immer weiter verbessert worden ist. Es ist wahr, die Fließbadeanstalten der Stadtgemeinde wurden im letzten Jahre von 576 384 männlichen, 290 657 weiblichen, zusammen 867 041 Personen besucht.

gezählt. Aber auch die privaten Fließbadeanstalten haben seitdem keineswegs einen besonderen Aufschwung genommen. Die neuere Entwicklung des Berliner Vadelebens sieht unter dem Einfluß der „Vollbadeanstalten“, die auch im Sommer fast benutzt werden und den Fließbädern einen fühlbaren Wettbewerb bereiten. Für die Schuljugend kommen dazu noch die Schulbadebäder, die den Fließbädern gleichfalls manchen Besucher entziehen.

Durch einen von einem Balkon herabfallenden Blumentopf ist gestern ein junges Menschenleben schwer gefährdet worden. Als das fünfjährige Söhnchen des Kaufmanns Baumgart aus Wilmersdorf durch die Sigmaringenstraße ging, stürzte plötzlich aus der zweiten Etage des Hauses Nr. 36 ein Blumentopf herunter und fiel dem Knaben mit solcher Gewalt auf den Kopf, daß die Schädelbede zertrümmert wurde. Der Kleine wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Das Bier soll teurer werden. Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung vom 8. Mai mit den schon früher erwähnten Maßnahmen, die angesichts der Erhöhung der Brauereierträge nötig sein werden. Da keine Hoffnung auf Ablehnung des Gesetzes mehr für vorhanden erachtet wurde, vielmehr auch in der dritten Lesung des Reichstags mit einer Annahme des Antrags Becker und Genossen, also mit einer steuerlichen Mehrbelastung allein der Berliner Lagerbrauereien um mehr als fünf Millionen Mark gerechnet werden muß, wurde allseitig die unabdingbare Notwendigkeit anerkannt, schon jetzt die vorbereitenden Schritte zur Erhöhung des Bierpreises zu tun, damit nicht später durch eine plötzliche Steigerung die ohnehin zu befürchtende Krise noch verschärft würde.

Ein aufregende Szenespielte sich vorgestern abend gegen 6 1/2 Uhr im Tiergarten, an der Schleife ab, die zwischen Bahnhof Tiergarten und Zoologischen Garten liegt. Vor den Augen der zahlreichen Spaziergänger ließ sich ein Mann im Alter von etwa 50—60 Jahren in selbstmörderischer Absicht rücklings von der Böschung in den Kanal gleiten. Die durch das Behr an dieser Stelle hervorgerufene starke Strömung schleppte den Mann im Wasser hin und her und trieb ihn schließlich nach einer ruhigeren Stelle, an der er sich über Wasser halten konnte, da seine Kleider sich ballonartig aufgebläht hatten.

Ein brennender Eisenbahnwagen verursachte gestern nachmittag auf der Schlesienschen Bahn eine Verkehrshinderung. Auf der Strecke zwischen Friedrichshagen und Hirschgarten war die Strohladung eines Wagens eines nach Berlin fahrenden Güterzuges in Brand geraten, und bald loberten aus dem Waggon gewaltige Feuerfäulen empor, durch welche auch die nächstfolgenden Lokomotiven gefährdet wurden. Der Zug mußte zum Stehen gebracht und der in Brand geratene Wagen austrangiert und nach Köpenick geschoben werden.

Alzu vertrauensselig waren zwei Mädchen, welche gestern in Berlin eintrafen und sich zu Verwandten nach Rixdorf begeben wollten. Die beiden Provinzlerinnen führten ihre Bescheidenheit mit sich, die ihnen jedoch zu schmer wurden, und sie stellten ihr Gepäck in einem Hausflur am Kolonnen-Damm, um es von dort später abholen zu lassen. Als die Mädchen nach längerer Zeit mit ihren Verwandten zurückkehrten, waren die Sachen, die einen erheblichen Wert hatten, verschwunden.

Der ist der Tote? Am 6. d. M., abends 10 1/2 Uhr, wurde ein unbekannt gebliebener Mann vor dem Hause Nachstr. 5 von einem Anhängewagen der Straßenbahn-Linie 98 überfahren und von zwei Schutzleuten des 38. Polizeireviere nach der Unfallstation Kronenstraße geschafft. Von dort ist der Verletzte nach dem Krankenhaus am Urban transportiert worden, wo derselbe am 7. d. M., früh, verstorben ist. Die Leiche befindet sich jetzt im Leichenhause. Der Verstorbene ist 35 bis 40 Jahre alt, 1,50 Meter groß, von untersehter Statur, hat schwarze Haare und Augenbrauen, eine Nase, gut erhaltene Zähne, rundes Kinn mit einer Falte in der Mitte, harten kastanienbraunen Schnurrbart, ovales, volles Gesicht, brünette, gelbliche Gesichtsfarbe; Nase und Mund sind gewöhnlich, etwas klein, Hände und Füße klein. Der Tote war bekleidet mit einem guten dunkelbraunen, blauarierierten Cheviot-Jackettanzug, schwarzen weichen Filzhut, schwarzen Sammetstiefeln, hellbraunen Leinwandhemd bis zum Arme reichenden Strümpfen mit Gummistrumpfbandern. Die Strümpfe hatten am oberen Rand die Buchstaben H. S., in Rot aufgenäht. Ferner trug der Tote ein fleischfarbenes Trikotunterhemd und ein weißes Biquetband mit der Firma Bernhard Heiler, Berlin, ein weißes Taschentuch mit den roteingefärbten Buchstaben H. S. 6 und ein blaues Taschentuch mit weißen Streifen und augenähnlichen Buchstaben H. S.

Nachricht schriftlich zur Nr. 3826 1V/41 06 oder mündlich im Zimmer 318 des Hgl. Polizeipräsidiums.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 6 Uhr kam in der Alexanderstraße 14a in einer Küche Feuer aus, das den Fußboden und das Gebälk erfaßte. — Durch Unvorsichtigkeit entstand in einer Wohnung Oranienburgerstr. 16 ein Brand, der bald gelöscht werden konnte. — Möbel brannten in der Jakobikirchstr. 2. Der dritte Zug wurde nach der Oberbergerstr. 45 gerufen, wo eine Dachrinne abzustürzen drohte. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In den Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen betrug die Frequenz im ersten halben Jahre ihres Bestehens (15. Juni 1905 bis 15. Januar 1906) 800. Von diesen 800 Säuglingen waren 696 ehelich, 104 unehelich. Bis zu 14 Tage alt waren 69, über 14 Tage bis zu drei Monaten 468 und bis zu einem Jahre 263. Hieron waren 162 Brustkinder, 117 wurden mit Brust und Flasche, 621 nur mit der Flasche ernährt. Bei 500 war die Entwicklung eine günstige, bei 67 eine ungünstige, bei 233 ist sie noch nicht zu bestimmen. Die Väter der Kinder waren in 602 Fällen Arbeiter, in 123 Handwerker, in 54 Beamte und Angestellte, in 78 Fällen gehörten sie verschiedenen Berufen an, in 41 Fällen war der Beruf unbestimmt. Was den Milchverbrauch betrifft, so wurden bis zum 31. Dezember an Säuglingsmilch 67 898 Halbliterflaschen abgegeben, und zwar 46 946 gegen Bezahlung und 21 047 gratis. Dazu kommen als Stillprämiemilch 8931 Liter. Die Kosten für die vier Stellen beliefen sich, abgesehen von den einmaligen Einrichtungskosten in Höhe von 3200 Mk., auf etwa 18 000 Mk. für das laufende Etatsjahr sind 54 000 Mk. zur Verfügung gestellt, darunter 15 000 Mk. zur Unterstützung stillender Mütter und Schwangerer. Jedem ein Urteil bezüglich der Erfolge, welche durch diese Einrichtung im Kampfe gegen die Säug-

Angsthaftigkeit erzielt sind, läßt sich heute natürlich noch nicht abgeben. Indessen eine Laskade darf dem amtlichen Bericht zufolge schon jetzt als feststehend angesehen werden: daß durch die ärztlichen Belehrungen der Mütter in den Fürsorgestellen ein erhebliches Moment geschaffen worden ist, das bereits eine Anzahl von Müttern für die Brustnahrung gewonnen, einige selbst von der künstlichen Ernährung zur natürlichen zurückgeführt und zahlreiche Flaschenkinder durch rationelle Ernährung vor Schaden bewahrt hat.

Schöneberg.

Eine eigenartige Szene spielte sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag vor dem Rathaus in Schöneberg ab. Als die 18jährige, bei ihren Eltern wohnhafte Kontoristin Elise Walter eilenden Schrittes den Kaiser-Wilhelmsplatz passierte, hielt plötzlich neben ihr ein Automobil und 3 Männer sprangen aus dem Auto heraus. Ohne jede Veranlassung stürzte sich einer derselben auf das junge Mädchen und umarmte es. Das Mädchen hat, man möge sie doch gehen lassen, doch vergeblich. Als sich der Attentäter zum drittenmal dem Mädchen näherte, schlug die Bedrohte ihm abwechselnd ins Gesicht, daß er zurücktaumelte. Während stürzte er sich jetzt auf das junge Mädchen und im nächsten Augenblick erhielt die M. kräftige Faustschläge auf den Kopf, sodaß ihr die Haarnadeln in das Fleisch drangen. Durch hinzukommende Passanten wurde die Bedrohte von dem Täter befreit. Der letztere wurde nach der Polizeiwache hinführt.

Groß-Lichterfelde.

Ein tödlicher Baumsturz erfolgte am Donnerstag in der Moosstraße in Groß-Lichterfelde. Beim Aufrichten des Dachgerüsts auf einem dortigen Neubau stürzte der Zimmermann Theodor Zuhla vom Dach herunter und erlitt einen Bruch des Rückgrats. Der Verunglückte wurde sofort nach dem Kreis-Krankenhaus übergeführt, nach jedoch bald nach seiner Einlieferung.

Friedrichsfelde.

Während der Fahrt aus einem Vorortzuge gesprungen ist in der vorgeführten Nacht auf der Strecke nach Erkner der Schlächtergehilfe Gustav Fleischer aus Dresden. Zwischen den Stationen Friedrichsfelde und Karlshorst öffnete er plötzlich die Coupétür und stürzte sich, bevor ihn die übrigen Passagiere daran hindern konnten, aus dem Zuge heraus. Als kurz darauf Beamte, denen der Vorfall gemeldet worden war, die Strecke absuchten, fanden sie F. mit zerstückelten Gliedern bereits tot auf dem Bahndamm liegend auf. Es ist anzunehmen, daß F. in selbstmörderischer Absicht aus dem Zuge herausgesprungen ist.

Karlshorst.

Zur dringenden Warnung für Hausfrauen mag ein schwerer Unglücksfall dienen, der aus Karlshorst gemeldet wird. Das bei dem Villenbesitzer H. in der Treckow-Allee 82 angestellte Dienstmädchen Martha Brenner war mit dem Aufheben von Wollenerzeugnissen beschäftigt. Plötzlich wurden aus einem daneben auf dem Herd stehenden Topf mit kochendem Wasser mehrere Tropfen in die Wollenerzeugnisse geschleudert. Die siedende Flüssigkeit spritzte hoch auf, entzündete sich am Herdfeuer und steckte die Kleider des Dienstmädchens in Brand. Als auf die Hülfsrufe desselben die Hausfrau hinzueilte, roste das Mädchen in seiner Angst an ihr vorüber und lief gleich einer brennenden Säule in den Garten hinaus. Der vorüberkommende Malermeister Götsch sprang jetzt rasch entschlossen über den Zaun hinweg und es gelang ihm auch, die Flammen zu ersticken. Leider hatte das Mädchen am ganzen Körper bereits schwere Brandwunden erlitten.

Pankow.

In eine furchtbare Lage geriet der 84jährige Rottenführer Otto Scharte aus der Kappelerstr. 5 in Nieder-Schönhausen, der am Donnerstagmorgen von einem Eisenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde. Sch. hatte auf der Nordbahn bei Pankow mit Streckenarbeiten zu tun gehabt und war dabei auf den Doppelschienen entlanggegangen. Plötzlich glitt sein Fuß aus und stürzte sich so fest zwischen die Doppelschienen, daß Sch. vergeblich versuchte, ihn zu befreien. In diesem Augenblicke kam ein von der Lokomotive abgehender Güterwagen auf dem Gleis heruntergefahren. Verzweifelt bemüht sich sowohl Sch. als auch Arbeitskollegen, den eingezwängten Fuß aus der Schiene herauszubekommen. Es war unmöglich, den Güterwagen noch vorher zum Stehen zu bringen und unarmherzig rollte der schwere Wagon über den Unglücklichen hinweg. Sch. wurde furchtbar zugerichtet. Das linke Bein war ihm bis zur Hüfte zerfleischt und zerstückelt worden und außer erheblichen Kopf- und Armverletzungen hatte der Kerniste einen Beckenbruch erlitten. Arbeitskollegen brachten Sch. im bewußtlosen Zustand nach der Unfallstation in der Badstraße und nachdem er dort die ersten Notverbände erhalten, erfolgte seine Ueberführung in das Lazarus-Krankenhaus.

Nowawes-Neuendorf.

Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm den Bericht des Vorsitzenden über den Verlauf der Wahlen entgegen. Danach haben sich an den Vormittagsversammlungen ca. 80 Proz. der erwachsenen männlichen Einwohnerzahl von Nowawes-Neuendorf beteiligt. Auf Antrag des Genossen Seifert wurde beschlossen, den Ausschluß des Metallarbeiters Verloß aus der Partei zu beantragen, da sich derselbe dem Tisch-Dummkocher-Gewerbetreibenden angeschlossen und am 1. Mai gearbeitet habe, trotzdem der Metallarbeiter-Verband, dem er bis dahin angehört, beschlossen hatte, zu feiern. Der vom Genossen Höfner erstattete Massenbericht für das 1. Quartal ergab eine Einnahme von 317,85 M., wovon 211,90 M. an den Zentralwahlverein abgeliefert wurde; die sonstigen Ausgaben betragen 249,90 M.

Gerichts-Zeitung.

Zur Sonntagsruhe.

Der § 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung enthält das Verbot der Beschäftigung von Arbeitern in Fabriken, Werkstätten usw. Dieses Verbot sollte Herr Wisdek in Seitzin durch sonntägliche Beschäftigung eines Gewerbegehilfen in seiner Werkstatt übertreten haben. Herr W. hat ein offenes Geschäft und handelt mit photographischen Bedarfsartikeln. Zugleich übernimmt er aber die Entwicklung, das Kopieren und Retouchieren von Bildern mittels photographischer Platten seiner Kunden, mit denen diese Aufnahmen gemacht haben. Während der für den Betrieb in offenen Handelsstätten Sonntags freigegebenen Zeit hatte nun der von ihm mit jenen Arbeiten beschäftigte Photograph solche Bilder fertigt, wobei er noch keine Nachbesserungen vornahm. Herr W. bestritt, strafbar zu sein, da die Arbeit seinem Handelsgewerbe zugerechnet wäre und während der für dieses, soweit es sich um offene Verkaufsstellen handele, freigegebenen Zeit ausgeführt worden sei. Das Landgericht verurteilte W. jedoch wegen Übertretung des § 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung. Das Sortieren der Bilder sei als Werkstättearbeit im Sinne dieses Paragraphen anzusehen, wonach in der Regel in Fabriken, Werkstätten usw. Sonntags nicht gearbeitet werden darf. Die Annahme rechtfertigt sich umso mehr, als der Photograph noch keine Verbesserungen beim Sortieren an den Bildern vorgenommen habe. — Das Kammergericht verwarf am Donnerstag die von W. eingelegte Revision.

Im der Kampf gegen Anzucht Anzucht?

Ein von einem Arzt für Ärzte geschriebenes Buch unterlag gestern der Prüfung der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. da gegen den Verfasser Dr. Hans P. Fischer und den Verleger Curt Wigand die Anklage wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift erhoben worden ist. Es handelt sich um das Buch „Krankheiten — Abzuchtsgeld“, welches Herr Dr. Fischer unter dem Pseudonym Hans v. d. Wörtnitz hat erscheinen lassen. Das Buch enthält eine

Reihe seiner Skizzen aus dem städtischen Sprechzimmer, durch welche der Verfasser, wie er versichert, an der Hand erlebter Tatsachen Auswüchse des ärztlichen Standes geißeln und zeigen wollte, daß wenn Leute von verdrehterer Bestimmung das ideale und verantwortungsvolle Amt des Arztes ausüben, es ihnen möglich ist, die größten Verbrechen ungestraft zu begehen. Eine dieser Skizzen unter dem Titel: „Der falsche Mythenkranz“ hat bei der Staatsanwaltschaft Anstoß erregt. Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß die ganze Darstellung in dieser Skizze keineswegs darauf hindeute, daß sie für Ärzte geschrieben sei, vielmehr müsse sie als unzüchtig gelten. Der Staatsanwalt beantragte je 300 M. Geldstrafe event. je 60 Tage Gefängnis. — Der Angeklagte Dr. Fischer verwahrte sich entschieden dagegen, daß es ihm auf die Erregung sexueller Lüsterheit angekommen sei und Angeklagter Wigand wies auf die ganze Ausstattung und die Verbreitungsart des Buches hin, um daraus zu beweisen, daß es das Buch unmöglich als ein Werk angesehen habe, das zur Schmutzliteratur zu rechnen wäre. Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblin bestritt, daß die Schrift objektiv unzüchtig und geeignet sei, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen. Der Verfasser habe sehr ernste Zwecke verfolgt und die Form der Novelle gewählt, weil er auf diesem Wege am besten wirken konnte. Er wolle Mißstände im ärztlichen Stande rügen, in diesem Stande, dessen Angehörige absolut intakt sein müssen, da ihnen oft Leben und Tod der Menschen in die Hand gegeben sei. Das Thema sei so ernstlich ernst, daß bei dem Verfasser sexuelle Nebengedanken gar nicht aufkommen konnten; er habe mit dem Buche moralisierend und nicht demoralisierend wirken wollen, allein eine solche Wirkung könne bei normalen Menschen herbeigeführt werden. — Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung der beiden Angeklagten.

Kautionschwindler.

Als Typus eines auch in Kautionschwindeln arbeitenden Verkrüger schäuferte der Staatsanwalt gestern vor der vierten Strafkammer den Buchhändler Walter Strehlow, der sich wegen mehrerer Fälle des vollendeten und des verjähnten Betruges zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der vorbestraft ist und den Offenbarungseid geleistet hat, besaß eine ganz kleine Buchhandlung in der Gütchinerstraße, die ohne jede Bedeutung war und in keiner Weise seine Ansprüche an seine Lebenshaltung erfüllte. Um sich über Wasser zu halten, hat er eine Reihe gewissenloser Betrügereien in Szene gesetzt und dabei ein bewundernswertes Raffinement bewiesen. In einem Falle trat er mit einem Geldmanne in Verbindung, der überflüssiges Geld hypothekarisch anlegen wollte, aber dabei die Bedingung stellte, daß ein kleines ländliches Anwesen mit übernommen werden sollte. Dem Angeklagten war es lediglich darum zu tun, den Besitztum über dieses Anwesen in die Hände zu bekommen. Er trat als „reicher Mann“ mit dem Geldgeber in Verbindung, gerierte sich als den Inhaber einer Buchhandlung, die zahlreiche Personen beschäftigte und profitierte mit seinem „Konto bei der Bank“. Er spielte sich als den Besitzer eines Grundstücks auf, von dem ihm kein Ziegelstein geblieben und wiegte den Kontrahenten so in Sicherheit, daß ihm die Uebertragung des Besitztums beinahe geplatzt wäre, wenn nicht ein gütiges Geschick dem Geldgeber gnädig gewesen wäre und ihn vor größerem Verlust bewahrt hätte. In einem anderen Falle suchte er durch Zeitungsannoncen für seine in ein „Erholungsheim“ umgewandelte Villa in Jossen ein Fräulein als selbständige Hausdame, die aber etwas Vermögen besitzen müsse. Es meldete sich darauf eine Dame bei ihm, die sich in einem Hotel einquartiert hatte, und erklärte sich bereit, die Stellung zu übernehmen und 1000 M. zum Ausbau der Villa zur Verfügung zu stellen. Er zeigte der Reflektantin auch Abbildungen der „Villa in Jossen“, erklärte, daß sie sich schleunigst entscheiden müsse, da noch andere Bewerberinnen vorhanden seien und wollte am liebsten die 1000 M. sofort haben. Das Fräulein schloß aber notwendige Rücksprache mit Verwandten vor und fuhr nach Jossen, um die Villa an Ort und Stelle zu besichtigen. Dort erfuhr sie, daß der Villenbesitzer Strehlow vollständig unbekannt sei und seine Villa vielleicht im Monde liege. Auch sie ist vor Verlust bewahrt worden. Anders ein junger Mann, der von dem Angeklagten als Expedient für die „große Buchhandlung“ engagiert worden war. Er hatte als erste Rate 100 M. als Kautions gezahlt, die der Angeklagte an einem Abend in einem Café verjährt haben soll und sah sehr bald ein, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. In dieser Einsicht kam auch sehr bald ein früherer Kolonialwarenhändler, dem der Angeklagte seine Buchhandlung unter Vorpiegelung aller möglichen falschen Tatsachen verkaufte. Der Mann hat einen Verlust von weit über 1000 M. erlitten. Es lagen noch einige ähnliche Fälle vor und neuerdings sind noch mehrere Anzeigen eingegangen, die erst später erledigt werden können. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule nahm in ihrer regelmäßigen Quartals-Generalversammlung den Bericht des Vorstandes entgegen. Im letzten Quartal gehörten der Schule 937 Mitglieder (71 Damen, 866 Herren) an, davon waren nur politisch organisiert 13, nur gewerkschaftlich 340, beiden Organisationen gehörten 433 an. An einem Kurzus nahmen 501, an zwei Kurzen 90, an drei Kurzen 29, an vier Kurzen 3 und an fünf Kurzen 1 Mitglieder teil, während 313 Mitglieder den Unterricht nicht besuchten. Die Einnahme betrug im Quartalsquartal 1500,62 M., die Ausgabe 1828,11 M., so daß ein Ueberschuß von 172,51 M. zu verzeichnen ist. Der Vorsitzende polemisierte gegen einzelne Sätze des in Nr. 28 der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikels des Genossen Kossiol, die nach seiner Meinung geeignet sind, der Schule zu schaden, oder den Vorstand der Schule in eine falsche Beleuchtung zu rufen. Insbesondere weist der Vorsitzende den Vorwurf zurück, der Vorstand der Schule stelle sich den Diskutierclubs aus Konkurrenzgierd feindlich gegenüber. Diese Bemerkungen des Vorsitzenden waren der Anlaß zu einer umfassenden Debatte über Fragen der Arbeiterbildung. Alle Redner waren sich darüber einig, daß wenn die Arbeiterbildungsschule wirklich ihre Mission erfüllen solle, eine Erweiterung derselben dringend notwendig sei. Von Vorstandsmitgliedern ist ein Antrag eingelaufen, die Zentrale der Schule mehr nach dem Mittelpunkt der Stadt zu verlegen. Von anderer Seite wird beantragt, der Vorstand solle die feste Anstellung eines besoldeten Leiters ins Auge fassen, der sich nur der Schule zu widmen hätte. Von allen Rednern wird hervorgehoben, daß namentlich in letzter Zeit sich in ganz Deutschland ein Drängen nach Weiterbildung im Proletariat zeige, dem auch schon von anderer Seite Rechnung getragen sei. Es sei aber notwendig, in Verhandlungen mit jener Seite eine Zentrale ins Leben zu rufen, von der aus diese Sache planmäßig geleitet werden könne. — Es sind außerdem noch verschiedene Anträge auf Statutenänderung eingelaufen. Da in vorgerückter Stunde ein Ende der Versammlung noch nicht abzusehen ist, wurde die Versammlung auf Sonnabend, den 28. cc., vertagt.

Am 28. April fand dann die Fortsetzung der Generalversammlung statt. In dieser wurde die Debatte über die Anträge fortgesetzt. Kossiol verspricht sich nicht viel von all den Anträgen, die auf eine Vergößerung und Erweiterung der Schule ausgehen. Lieber weniger Mitglieder, diese aber qualitativ gut ausgebildet. Kossiol empfiehlt, nur etwas zu beschließen, was auch erreichbar sei; er ironisiert die verschiedensten Vorschläge, welche alle schon dargelegt seien, aber sich schnell als wirkungslos erwiesen hätten, sowie es den jetzigen Vorschlägen auch ergehen werde. Er ging des näheren auf die Gründung der Schule ein und erinnerte daran, welche Hoffnungen damals gehegt wurden und welchen heißen Julauf auch die Interdisziplinäre hatten. Wie dann später Heinrich Schulz, nachdem ein harter Rückgang eingetreten war, sich unfähig zeigte, gegeben habe, die Schule besser und weiter auszugestalten, aber

über keine Erfolge nicht hinausgekommen sei. Grunwald warnt ebenfalls vor zu großen Hoffnungen. Man solle lieber langsam aber sicher vorgehen. Der nächste Parteitag werde sich wahrscheinlich mit der Bildungsschule befassen, und nachdem liege sich vielleicht ein klares Bild schaffen, wie am besten zu handeln sei. Lieber sei ihm auch eine geringe Teilnehmerzahl, die an den einzelnen Kursen teilnehmen, damit diesen auch eine gründliche Kenntnis beigebracht werden könne. Dies sei aber bei einer zu großen Zahl ausgeschlossen, da der Lehrer dann nicht imstande sei, den einzelnen Schülern die gebührende Beachtung zu schenken. Scharf bekennt er einen Antrag Jacher, welcher die Anstellung der Lehrkräfte nicht mehr dem Vorstand überlassen will, sondern dieses von der Generalversammlung verlangt. Nach seiner Auffassung ist der Vorstand viel besser in der Lage, sich über die Lehrer ein Urteil zu bilden als die Generalversammlung; denn dieselbe könne sehr leicht gegen den einzelnen Lehrer voreingenommen sein, da doch die Zusammensetzung einer solchen Versammlung nur eine zufällige ist. In letzter Instanz müsse ja doch immer der Vorstand entscheiden. Gefällt dieses oder jenes der Versammlung nicht, so hat sie ja immer das Recht, Änderungen zu verlangen. Kossiol schließt sich diesen Ausführungen an und empfiehlt nochmals eingehend seinen Antrag. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Langhammer, Tarnow, Geißner, Kossiol, Jacher usw. Bei der Abstimmung werden die Anträge Kossiol und Jacher und Kossiol, welche beide eine bessere Ausgestaltung der Schule bezwecken, angenommen. Die Anträge Jacher und Dittmer wurden abgelehnt, der Vorstandsantrag zurückgezogen.

In der nun folgenden Vorstandswahl wurde H. Lamé als erster Vorsitzender, O. Geißner als zweiter Vorsitzender, H. König als erster Kassierer, P. Eisner als zweiter Kassierer, H. Mann als erster und Reuhausler als zweiter Schriftführer, die Genossen Freyer, Markus, Bleichrodt und Weichmann als Bibliothekare, die Genossen Büchel und Walzer als Revisoren gewählt.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexandrinerstr. 26. Geöffnet täglich von 5^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. Mai cc., vormittags 8^{1/2} Uhr im Rathaus, Saal 109, Eingang Lindenstraße. Versammlung: „Freireligiöse Versammlung“. — Um 10^{1/2} Uhr vorm. in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Hrn. Ida Klumpp über: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei“. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Veren der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonnabend, den 12. Mai, bei Wils, Christianstraße, Ecke Schulstraße: Vortrag des Kollegen Hans Reinhardt über: „Entwicklung der Lehrlinge und Lehrlinge“. Diskussion. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx II.“ Heute Sitzung bei Karow, Müllerstr. 35. Vortrag des Genossen Kossiol: „Erläuterungen zum 1. Programm“. Diskussion. Gäste willkommen.

Christlicher Arbeiterbildungsverein. Sonntag, den 13. Mai, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Rosinestr. 3: Versammlung. Stellungnahme zu einem Verbleib zu erkrankten Arbeitersekretariat. Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch wird gebeten.

Eingegangene Druckschriften.

Blut. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). 19. Heft. (Abdomenentzündung einschließlich der Blut-Verhältnisse) vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

Graf von Guedebroeck. Moderner Staat und römische Kirche. Ein kirchenpolitisches Programm auf geschichtlicher Grundlage. Berlin 1906, Verlag von C. A. Schwetschke und Sohn. Preis 5 M., gebunden 6 M.

Rechnungsbericht der Deutscher Arbeitervereine der Reichsanstalt, Optiker und verwandten Gewerbe. 16 Seiten. Scherlverlag.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Halbjährlich 3,20 M. Einzelheft 0,80 M. Verlag Böhler u. Dreyler, Jülich (Schweiz).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist eine Besichtigung und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

H. Sch. 44. Erst nach Beendigung der Zählung können Sie von Ihrem Kollektor den Betrag erheben. — **D. N. 19.** Ihre Aufschrift haben wir einem Mitgliede der Straßenreinigung-Deputation übermitteln. — **H. K. 20.** 1. Ja. 2. Das Einkommen ist dem Abgaben zugerechnet. 3. Ja. 4. In Berlin ja. — **25.** Sie müssen Klage beim Amtsgericht anbringen. Ein Beispiel für solche Darlehnslage finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **C. D. Liebenwalderstr. 32.** 1. und 2. Ja. — **C. 118.** Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ist das Wahlrecht auch dort genommen, wenn Sie die Krankheitskosten ratenweise abtragen. Es läßt sich deshalb nur raten: nicht zu zahlen. In einem Jahre nach der Entlassung Ihrer Tochter aus dem Krankenhaus lebt Ihr Wahlrecht wieder auf. — **C. A. 26.** 1. Sie müssen gegen die Veranlagung reklamieren. 2. Rekl. 3. Das bei der Steuerermäßigung in Abzug zu bringen ist, ist nicht in der „Vormerkung“, zuletzt am 23. April unter Lokal, ausführlich dargelegt. — **H. M. 14.** 1. und 2. Leider nein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 61—65 Pf., IIa 51—60, IIIa 47—50, IVa 39—45, engl. Bullen 00—00, dän. Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00. Kalbsfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 78—88, IIa 64—76, IIIa 50—62. Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 58—64. Rindfleisch 0,40—0,60. Gähner, alte, Eid 2,00—3,00, junge, per Stück 0,80—1,00. Tauben, junge 0,50—0,60, alte 0,00. Gänse, junge, per Stück 0,00, Hamburger per Stück 3,00 bis 3,75. Gänse, junge, per Pfd. 0,85—1,00, per Stück 3,50—4,50. Hühner 09—110, Schafe, 80—120. Gänse 37—31, mittel 60. Kälber, groß 101—109, mittel 104—111, klein 78—75, unfr. 82—100. Widder 00—00. Blindern, pomm. I, per Schock 3,00—6,00. Ästler, Stiege Ia 4—6, da, mittel, per Rille 2—4, do. klein, per Rille 00—00. Bücklinge, holl. per Ball 0—0,00. Ästler 1—3, Strauß 3—4. Kälber, groß, per Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, II 0,50—0,60. Sprotten, Ästler, 2 Ball 1—1,50, III, per Rille 0,00—0,00. Sprotten, 1906r, per Anker 76,00, 1904r 74,00, 1903r 70,00. Schilling'sche Holzpreise 1905 00—00, large 40—44, full 36—38, mod. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Waller, per 1/2, Tonnen 60—120. Gummern, IIa, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schock, große 17,50—22,50 mittel, 15,00—17,00, kleine 5,00 bis 6,00, unsortiert 8,50—11,50. Eier, Land, per Schock 00—00, frische 2,80. Butter per 100 Pfund, Ia 113, IIa 108—112, IIIa 106—108, abfallende 105—108. Sauer Gurken, Schock 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magr. bon. 2,10—2,35, rote Daberger 2,00—2,20, rund weiß 1,80—2,00. Kirschkorn, holl., per Schock 0,00—0,00. Weizen, holl., per Schock 7,00—8,00, Rotkorn, holl., per Schock 00,00—00,00. Gerst, holl., per 100 Pfd. 00—00. Hafer, weiß 00—00, Tallow 00—00. Roggen, per Schock 2,50—4,50, holl. 5—6.

Witterungsübericht vom 11. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Eutinberg	755,8		2wolkig	15		Saparanda	756,8		4bedeckt	8	
Qambrow	759,8		2bedeckt	8		Betersburg	758,0		1bedeckt	17	
Berlin	756,8		2bedeckt	14		Geilich	752,0		5bedeckt	9	
Frankfurt a. M.	756,8		3heiter	14		Alberden	753,0		1wolkig	6	
Wandern	757,0		3wolkig	14		Paris	757,0		2bedeckt	9	
Wien	757,0		2wolkig	16							

Weiterprognose für Sonnabend, den 12. Mai 1906.
Bleibend heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südlichen Winden; keine oder unerschütterliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.
Wasserstand am 10. Mai. Elbe bei Ruffig + 0,30 Meter, bei Dresden — 1,14 Meter, bei Magdeburg + 1,39 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Rathow — 0,70 Meter, bei Breslau Oberpegel — 0,70 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,50 Meter, bei Frankfurt + 1,39 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,18 Meter. — Warthe bei Posen + 0,70 Meter.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.